

Werkstattbericht der  
Forschungs- und  
Dokumentationsstelle zur  
Analyse politischer und  
religiöser Extremismen  
in Niedersachsen (FoDEx)

15  
—  
25

# Demokratie- Dialog

## Überberichtete Unterschiede

*Simon T. Franzmann*

## Vereinzeltäter

*Tobias Neef-Methfessel*

## Die politische Repräsentation von Querdenken & Co

*Joschua Helmer, Manon Biediger*

# Inhalt

## Demokratie und politische Kultur

## Linker Radikalismus

### Ein Konzept, viele Deutungen

Wie Menschen über ihre Zufriedenheit mit der Demokratie nachdenken

Philipp Harfst / Sally A. Fitzpatrick 4

### Weibliche Militanz?

Eine historische Spurensuche am Beispiel der Roten Zora

Katharina Heise / Philipp Scharf 40

### Partei im Aufbau

Entstehung und Entwicklung des BSW-Niedersachsen

Alexander Hensel / Leander Fricke / Dario Wehner 14

### Überberichtete Unterschiede

Der *Gender Vote Gap* in Niedersachsen

Simon T. Franzmann 26

## Radikaler Islam

## Rechtsradikalismus

### **Die Bricolage des Antisemitismus**

Zwei Fallbeispiele aus einer Interview-Studie zur Demokratiewahrnehmung unter jungen Muslim\*innen

Lino Klevesath

50

### **Die politische Repräsentation von Querdenken & Co**

Von der Bewegung zum Vorfeld-Netzwerk?

Manon Biediger / Joshua Helmer

64

### **Empörung auf Knopfdruck**

Wie KI-Inhalte Teil einer altbekannten Dramaturgie werden

Greta Jasser

76

### **Vereinzeltäter**

Der Fall Heinz Lembke und die Konstituierung rechtsterroristischer Einzeltäter in der späten Bundesrepublik

Tobias Neef-Methfessel

84



# **Demokratie und politische Kultur**

DOI: <https://doi.org/>

10.17875/gup2025-2820

Harfst, Philipp / Fitzpatrick,

Sally A. (2025): „Ein Kon-

zept, viele Deutungen. Wie

Menschen über ihre Zufrie-

denheit mit der Demokratie

nachdenken“ In: Demokratie-

Dialog 15 (2025) S. 4–13.

# Ein Konzept, viele Deutungen

Wie Menschen über ihre  
Zufriedenheit mit der  
Demokratie nachdenken

Philipp Harfst / Sally A. Fitzpatrick

**B**ereits in der zwölften Ausgabe des *Demokratie-Dialogs* fragten wir danach, was unsere Befragten im Niedersächsischen Demokratie-Monitor (NDM) – oder in anderen Bevölkerungsumfragen – eigentlich unter der Frage nach ihrer Demokratiezufriedenheit verstehen.<sup>1</sup> Ein Blick in die Forschungsliteratur verdeutlichte bereits, dass hinsichtlich dieser Frage keine Einigkeit herrscht.<sup>2</sup> Wäh-

rend einzelne Forscher\*innen aufgrund dieser Unsicherheit dafür plädieren, das Item Demokratiezufriedenheit in Befragungen nicht zu verwenden,<sup>3</sup> möchten wir in diesem Beitrag untersuchen, wie sich die Antworten der Bürger\*innen auf die Frage nach ihrer Zufriedenheit mit dem Zustand der Demokratie konzeptionell interpretieren lassen. Da die Frage nach der Demokratiezufriedenheit bereits seit 1973 in mehr als 2.000 Umfragen in 140 Ländern

---

1 Vgl. Harfst, Philipp: Was genau erfragen wir eigentlich, wenn wir nach „Demokratiezufriedenheit“ fragen?, in: *Demokratie-Dialog*, H. 12/2023, S. 4–13, <https://doi.org/10.17875/gup2023-2367>.

2 Siehe hierzu insbesondere Canache, Damarys/Mondak, Jeffery J./Seligson, Mitchell A.: *Meaning and*

*Measurement in Cross-National Research on Satisfaction with Democracy*, in: *Public Opinion Quarterly*, Jg. 65 (2001), H. 4, S. 506–528, <https://doi.org/10.1086/323576>.

3 So zum Beispiel Rose, Richard/Mishler, William/Harper, Christian: *Democracy and Its Alternatives. Understanding Post-Communist Societies*, Baltimore 1998.

gestellt wurde,<sup>4</sup> tragen wir mit dieser Analyse dazu bei, diesen unvergleichlichen Datenschatz besser nutzbar zu machen. Zudem hilft uns die Analyse dabei, die Daten, die wir im Niedersächsischen Demokratie-Monitor erheben, besser zu interpretieren.

Um der Frage nach dem Bedeutungsgehalt der Demokratiezufriedenheit nachzugehen, fassen wir im folgenden Abschnitt die Ergebnisse unserer ersten Untersuchung im *Demokratie-Dialog* kurz zusammen. Anschließend werten wir die Daten eines von uns im Rahmen des NDM durchgeführten Online-Probings aus. In einem Probing werden die Teilnehmer\*innen einer Bevölkerungsumfrage gebeten zu berichten, wie sie eine Frage, die sie gerade beantwortet haben, verstanden haben. So konnten wir herausarbeiten, dass unsere Befragten sehr unterschiedlich über Demokratie nachdenken. Unterschiede in der Interpretation dessen, was Demokratie sein sollte, finden wir insbesondere zwischen den zufriedenen und den unzufriedenen Befragten.

### Der Bedeutungsgehalt von Demokratiezufriedenheit

Ausgehend von David Eastons<sup>5</sup> Unterscheidung zwischen spezifischer und diffuser Systemunterstützung stellt Pippa Norris die Unterstützung eines politischen Systems als Kontinuum dar.<sup>6</sup> Der Pol der spezifischen Systemunterstüt-

zung bezieht sich auf einzelne politische Akteur\*innen, ist stark geprägt von deren wahrgenommener Leistungsbilanz und damit auch abhängig von den (partei-)politischen Präferenzen der Befragten. Am entgegengesetzten Ende des Kontinuums beschreibt die diffuse Systemunterstützung die prinzipielle Unterstützung der Bürger\*innen für demokratische Werte. Doch orientieren sich auch unsere Befragten an einem solchen, aus der politikwissenschaftlichen Theoriediskussion stammenden Verständnis von Demokratie? Und wenn ja: Auf welche Position dieses Kontinuums zielt die Frage nach der Demokratiezufriedenheit?

Bereits im eingangs zitierten Beitrag konnten wir basierend auf der Datengrundlage des Niedersächsischen Demokratie-Monitors 2021<sup>7</sup> zeigen, dass sowohl das Vertrauen in die Landesregierung als auch die prinzipielle Unterstützung der repräsentativen Demokratie einen deutlich positiven Effekt auf die Zufriedenheit mit der Demokratie hat. Auch eine positive Wahrnehmung der Problemlösungskompetenz der Politik hat einen positiven, aber deutlich schwächeren Effekt auf die Demokratiezufriedenheit.<sup>8</sup> Wir interpretierten dieses Ergebnis als Bestätigung dafür, dass die Frage nach Demokratiezufriedenheit Antworten hervorruft, die sowohl durch spezifische als auch durch diffuse Demokratieunterstützung geprägt sind.

Statt Fragen zum Bedeutungsgehalt der Demokratiezufriedenheit zu klären, stellt uns diese Erkenntnis indes vor neue Herausforderungen. Wenn sowohl die Leistungsbilanz der Demokratie als auch deren Wertebasis das Demokratieverständnis unserer Befragten prägt, so müssen wir schließen, dass die Frage sehr unterschiedliche Konnotationen auslöst. Allerdings konnten wir zeigen, dass das Demokratieverständnis über Altersgruppen, Geschlechter und Bildungs-

4 Vgl. Valgarðsson, Victor Orri/Devine, Daniel: What Satisfaction with Democracy? A Global Analysis of „Satisfaction with Democracy“ Measures, in: *Political Research Quarterly*, Jg. 75 (2022), H. 3, S. 576–590, hier S. 577.

5 Vgl. Easton, David: *The Political System. An Inquiry into the State of Political Science*, New York 1953; Easton, David: A Re-Assessment of the Concept of Political Support, in: *British Journal of Political Science*, Jg. 5 (1975), H. 4, S. 435–457.

6 Vgl. Norris, Pippa: *Democratic Deficit. Critical Citizens Revisited*, Cambridge 2011, hier S. 24.

7 Vgl. Schenke, Julian et al.: *Niedersächsischer Demokratie-Monitor 2021*, Göttingen 2021, <http://doi.org/10.17875/gup2021-1817>.

8 Vgl. Harfst: *Demokratiezufriedenheit*, S. 9.

niveaus hinweg homogen zu sein scheint. Damit haben wir mit der Demokratiezufriedenheit zwar einen „zuverlässigen zusammenfassenden Indikator zur Verfügung [...], der es uns erlaubt, die Wertschätzung der Bürger\*innen in Niedersachsen für die Demokratie zu analysieren“<sup>9</sup>. Der genaue Bedeutungsgehalt dieses Indikators bleibt damit aber weiterhin im Verborgenen.

### Online-Probing zur Demokratiezufriedenheit

Der vorliegende Beitrag greift einen Lösungsvorschlag auf, den wir in der zwölften Ausgabe des *Demokratie-Dialogs* thematisierten: ein sogenanntes Probing im Anschluss an die Frage nach der Demokratiezufriedenheit. In einem Probing werden die Teilnehmer\*innen eines Surveys gebeten zu beschreiben, was genau ihnen bei der Beantwortung einer Frage durch den Kopf gegangen ist. Ein solches Probing zur Demokratiezufriedenheit haben wir im Online-Pretest zur Vorbereitung des Niedersächsischen Demokratie-Monitors NDM 2023<sup>10</sup> durchgeführt.

Im Zuge der Weiterentwicklung der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage Sozialwissenschaften (ALLBUS) haben Karin Kurz, Peter Prüfer und Margrit Rexroth zwei Probing-Verfahren zur Untersuchung des Frageverständnisses unter Teilnehmer\*innen eines Surveys vorgeschlagen:<sup>11</sup> ein Comprehension Probing und ein Category Selection Probing. Ein Comprehension Probing

soll uns helfen herauszufinden, was den Teilnehmer\*innen bei der Beantwortung der Frage durch den Kopf gegangen ist. In einem Category Selection Probing bitten wir die Teilnehmer\*innen zu begründen, *warum* sie eine bestimmte Antwortkategorie ausgewählt haben. So können wir Schlüsse über die der Antwort zugrunde liegende Interpretation der abgefragten Begriffe ziehen.

In unserer im Frühjahr 2023 durchgeführten Online-Umfrage haben wir die mehr als tausend Befragten zunächst gebeten, uns zu sagen, wie zufrieden sie „ganz allgemein mit dem Zustand der Demokratie in Deutschland“<sup>12</sup> sind. Ihre Antwort konnten die Befragten mithilfe einer fünfstufigen Skala (sehr zufrieden, eher zufrieden, teils/teils, eher unzufrieden, sehr unzufrieden) ausdrücken. Direkt im Anschluss an diese Frage forderten wir eine zufällig ausgewählte Hälfte der Befragten auf, an einem Comprehension Probing teilzunehmen.<sup>13</sup> Die andere Hälfte der Befragten wurde gebeten, an einem Category Selection Probing teilzunehmen.<sup>14</sup> Die jeweilige

9 Harfst: Demokratiezufriedenheit, S. 12.

10 Für eine detaillierte Beschreibung des Online-Pretests siehe Harfst, Philipp et al.: Niedersächsischer Demokratie-Monitor NDM 2023. Politik in der Vertrauenskrise, Göttingen 2024, hier S. 6, <https://doi.org/10.17875/gup2024-2651>.

11 Vgl. Kurz, Karin/Prüfer, Peter/Rexroth, Margrit: Zur Validität von Fragen in standardisierten Erhebungen. Ergebnisse des Einsatzes eines kognitiven Pretestinterviews, in: ZUMA Nachrichten, Jg. 23 (1999), H. 44, S. 83–107.

12 Im Niedersächsischen Demokratie-Monitor fragen wir seit 2019 nach dem Zustand der Demokratie. Eine andere mögliche Formulierung, die statt nach dem Zustand nach dem Funktionieren der Demokratie fragt, haben wir einer zufällig ausgewählten Hälfte der Befragten vorgelegt, um zu testen, ob die unterschiedlichen Formulierungen einen Unterschied machen. Eine anschließende Untersuchung hat ergeben, dass zwischen den beiden Fragevarianten keine Unterschiede bestehen.

13 Die exakte Formulierung der ersten Variante der Probing-Frage lautet: „Als Sie eben die Frage nach dem Zustand der Demokratie in Deutschland beantwortet haben, an was haben Sie da gedacht? Was ist Ihnen alles durch den Kopf gegangen, bis Sie die Antwort gegeben haben?“

14 Die exakte Formulierung der zweiten Variante der Probing-Frage lautet: „Was macht Sie [sehr zufrieden/eher zufrieden/eher unzufrieden/sehr unzufrieden] mit dem Zustand der Demokratie in Deutschland?“ beziehungsweise: „Warum haben Sie auf die Frage nach dem Zustand der Demokratie in Deutschland [mit ‚teils/teils‘ / ‚weiß nicht‘] geantwortet?“

Antwort auf diese Probing-Fragen konnten die Teilnehmer\*innen der Online-Umfrage offen in einem Texteingabefeld formulieren.

Inhalt des Textes haben, werden dabei ausgeschlossen.<sup>15</sup> Die Wortwolken verwenden wir nun als einen ersten Zugang zum Untersuchungsgegenstand, der uns einen Überblick über häufige Begriffe in den Antworten gibt.

### Ergebnisse des Online-Probings

In einem ersten Analyseschritt erstellten wir eine Wortwolke, in der die in den offenen Antworten auf beide Fragen genannten Begriffe entsprechend der Häufigkeit ihrer Nennung mit unterschiedlichen Schriftgrößen dargestellt werden (siehe Abbildung 1). Je häufiger ein Begriff genannt wurde, desto größer erscheint er in der

Die Frage nach der Demokratiezufriedenheit weckt mit Begriffen wie Wahlen, Bürger und Meinungsfreiheit also Assoziationen, die demokratische Grundwerte repräsentieren und damit in den Bereich der diffusen Systemunterstützung fallen. Gleichzeitig deuten Begriffe wie Regierung, Meinung, Parteien und Politiker eher auf eine Bewertung der Leistungsbilanz von Politik hin, die der spezifischen Systemun-



Abbildung 1: Wortwolke Demokratieverständnis. Eigene Berechnung auf der Grundlage von Daten des Online-Pretests zum NDM 2023.

Wortwolke. Sogenannte Stoppworte wie aber, dass oder zum, die in deutschsprachigen Texten häufig auftreten, aber keine Relevanz für den

15 Darüber hinaus haben wir folgende Worte herausgefiltert, die die anderen Begriffe sehr deutlich überlagert haben: Demokratie, Deutschland und mehr.





Abbildung 3: Wortwolke Demokratieverständnis für Befragte, die sehr/eher unzufrieden mit dem Zustand der Demokratie sind. Eigene Berechnung auf der Grundlage von Daten des Online-Pretests zum NDM 2023.

spielen bei den Zufriedenen hingegen Parteien und Politiker.

In der Wortwolke der Unzufriedenen hingegen sind es Begriffe wie Meinung, Bürger, Volk und Entscheidungen, die den Reflexionsprozess bei der Beantwortung der Frage nach der Demokratiezufriedenheit prägen. Etwas weniger prominent, aber doch deutlich sichtbar finden sich zudem nur bei den Unzufriedenen Begriffe wie Ausländer, Flüchtlinge, Corona und Grüne. Insgesamt scheint diese Sammlung von Begriffen auf radikal-rechtspopulistische Einstellungsmuster, einen völkischen Demokratiebegriff und einen von den Befragten empfundenen Mangel an Leistungsfähigkeit des politischen Systems hinzuweisen.

Wenn wir die Ergebnisse der Wortwolken für die Gruppe der Zufriedenen und der Unzufriedenen vergleichen, finden sich also erste Hinweise darauf, dass die Zufriedenen den Zustand der

Demokratie in Deutschland eher im Lichte der Garantie demokratischer Grundrechte sowie demokratischer Werte und Prinzipien interpretieren. Die Unzufriedenen hingegen betonen konkrete politische Probleme und parteipolitische Polarisierung.<sup>17</sup> Doch lässt sich diese Interpretation der Wortwolken auch in einer stärker systematisierenden sozialwissenschaftlichen Analyse erhärten?

Um eine Untersuchung der Antworten aus dem Online-Probing durchzuführen, haben wir jede einzelne Antwort in einem manuellen Kodierprozess einer der folgenden Kategorien zugeordnet: politische Institutionen, politische Akteure, politische Probleme sowie demokratische Prinzipien und Werte. Eine Argumentation, die

17 Für eine detaillierte Analyse gesellschaftlicher und parteipolitischer Polarisierung in Niedersachsen siehe Harfst et al.: NDM 2023, hier insb. S. 32 ff.

von demokratischen Werten und Prinzipien geprägt ist, interpretieren wir als eine diffuse Systemunterstützung (oder – je nach Antwort auf die Frage nach der Demokratiezufriedenheit – auch als diffuse Systemkritik). Antworten, die in die Kategorien politische Probleme und politische Akteure fallen, interpretieren wir als eine spezifische Systemunterstützung (oder auch als spezifische Systemkritik). Der Code politische Institutionen wurde insgesamt nur acht Mal und damit so selten vergeben, dass er in einer statistischen Analyse nicht berücksichtigt werden kann.

So generieren wir zwei neue Variablen: diffuse Demokratiewahrnehmung und spezifische Demokratiewahrnehmung. Die Variable diffuse Demokratiewahrnehmung nimmt den Wert 1 an, wenn demokratische Prinzipien genannt werden, und den Wert 0, wenn dies nicht der Fall ist. Die Variable spezifische Demokratiewahrnehmung erhält den Wert 1, wenn politische Probleme oder Akteure genannt werden, und den Wert 0, wenn dies nicht der Fall ist. Diese Variablen nutzen wir dann als abhängige Variablen in einer logistischen Regression, um zu analysieren, ob ein diffuses oder spezifisches Demokratieverständnis systematisch mit der Demokratiezufriedenheit zusammenhängt. Zusätzlich können wir in diesen Regressionsanalysen überprüfen, inwiefern auch andere Faktoren wie Alter, Geschlecht, Bildung, ein Wohnort in Ost- oder Westdeutschland<sup>18</sup> sowie die Selbsteinstufung auf einer Links-Rechts-Achse die Demokratiewahrnehmung unserer Befragten prägen.<sup>19</sup> Mithilfe einer logistischen Regression

schätzen wir dann, wie stark die verschiedenen erklärenden Variablen auf die Wahrscheinlichkeit einwirken, dass ein bestimmtes Ereignis – in unserem Fall also eine spezifische oder diffuse Demokratiewahrnehmung – eintritt.

Die zentrale erklärende Variable ist die Demokratiezufriedenheit. Sie ist ursprünglich fünfstufig kodiert (1 – sehr unzufrieden bis 5 – sehr zufrieden), wird für diese Analyse aber so umgeformt, dass der Wert 0 für das Minimum und der Wert 1 für ihr Maximum steht.<sup>20</sup> Auch die übrigen erklärenden Variablen (Geschlecht, Alter, Bildung, Links-Rechts-Selbstverortung und Wohnort in Ost- oder Westdeutschland) werden – sofern sie nicht bereits dichotom kodiert sind<sup>21</sup> – so umgeformt, dass sie von 0 bis 1 reichen, damit die Regressionskoeffizienten zu allen Variablen leicht miteinander vergleichbar sind. Diese Koeffizienten zeigen an, mit welcher Wahrscheinlichkeit eine\*r Befragte\*r eine spezifische oder diffuse Demokratiewahrnehmung hat, je nachdem, wie zufrieden sie\*er mit der Demokratie ist, wie alt oder gebildet sie\*er ist, ob sie\*er ein Mann oder eine Frau ist und ob sie\*er in Ost- oder Westdeutschland wohnt (siehe Abbildung 4).

Die Koeffizienten für eine von spezifischer Systemunterstützung geprägte Demokratiewahrnehmung sind als hellblaue Kreise dargestellt. Dunkelblaue Kreise stehen für eine Demokratieinterpretation, die sich an diffuser Systemunterstützung orientiert. Links und rechts der Kreise finden sich Linien, die das Konfidenzintervall rund um den Koeffizienten markieren. Schnei-

18 Der Online-Pretest zum NDM 2023 war nicht auf Niedersachsen beschränkt, sondern wurde bundesweit durchgeführt. Details zum Online-Pretest finden sich in Harfst et al.: NDM 2023, S. 6.

19 Eine weitere Variable in der Analyse berücksichtigt, ob ein Comprehension oder ein Category Selection Probing durchgeführt wurde. In keiner unserer Analysen ist sie statistisch signifikant, sodass wir schließen können, dass die Art des Probings keinen Einfluss auf das Ergebnis hat. Daher wird die Variable

in allen Modellen zwar berücksichtigt, aber in der Präsentation der Ergebnisse nicht gezeigt.

20 Technisch gesprochen wird von den Ausgangswerten, die von 1 bis 5 reichen, zunächst der Wert 1 abgezogen, dann wird durch 4 geteilt. Die neuen Werte der rekodierten Variable reichen nach dieser Umformung von 0 bis 1.

21 Folgende Variablen sind bereits dichotom (also 0 und 1) kodiert: Geschlecht: weiblich, Abitur, Studium, Berufsausbildung, Wohnort: Ostdeutschland.

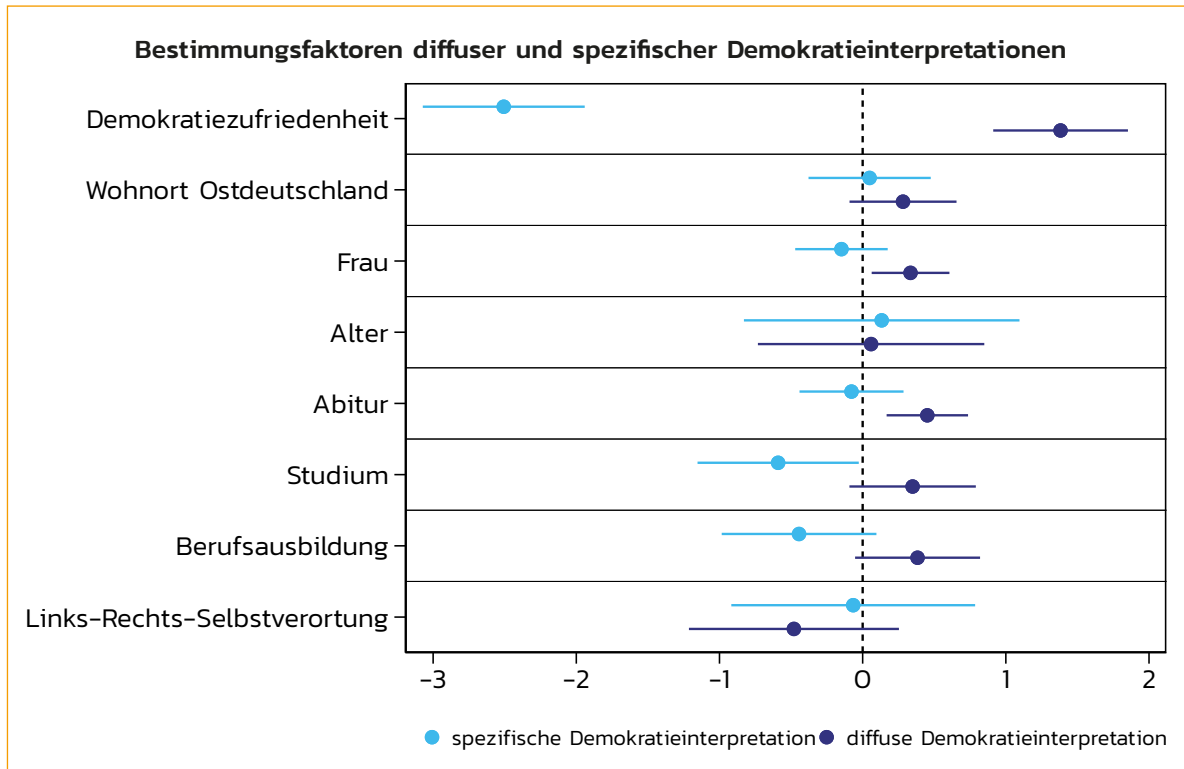


Abbildung 4: Logistische Regression – Einflussfaktoren Demokratieverständnis. Eigene Berechnung auf der Grundlage von Daten des Online-Pretests zum NDM 2023.

den diese Linien den als gestrichelte vertikale Linie eingezeichneten Wert 0, ist der entsprechende Koeffizient statistisch nicht signifikant. Mit anderen Worten: Wir können nicht sicher sein, dass der auf der Grundlage der Beobachtungen in unserer Stichprobe geschätzte Koeffizient auf die Grundgesamtheit, also alle Menschen zwischen 18 und 74 Jahren mit Wohnsitz in Deutschland, übertragen werden kann.

Zweifelsfrei lässt sich ablesen, dass die Demokratiezufriedenheit einen ganz erheblichen Einfluss darauf hat, ob ein\*e Befragte\*r Demokratie spezifisch oder diffus interpretiert. Menschen, die mit dem Zustand der Demokratie in Deutschland sehr zufrieden sind, haben eine nur geringe Wahrscheinlichkeit, Demokratie problem- und akteursorientiert wahrzunehmen. Umgekehrt neigen jene Menschen, die sich zufrieden mit dem Zustand der Demokratie in Deutschland zeigen, eher zu einer diffusen Demokratieinterpretation. Wenn sie über ihre Zufriedenheit mit der Demokratie nachdenken, beziehen sich die Zufriedenen demnach deut-

lich öfter auf grundlegende Prinzipien der Demokratie als auf Akteure und Probleme. Hinzu kommen Effekte von Geschlecht und Bildung: Frauen und besser Gebildete (Abitur und Studium) stützen sich mit höherer Wahrscheinlichkeit auf eine diffuse, auf demokratischen Werten beruhende Argumentation als der Rest der Befragten. Im Vergleich zur Demokratiezufriedenheit sind diese Effekte jedoch deutlich geringer.

Auf der Grundlage der in Abbildung 4 gezeigten Ergebnisse unserer Regressionsmodelle können wir schließlich berechnen, dass Personen, die sehr zufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie sind, mit einer Wahrscheinlichkeit von 55 Prozent eine diffuse Argumentation verfolgen. Umgekehrt argumentieren die Unzufriedenen lediglich mit einer Wahrscheinlichkeit von 24 Prozent mit einer diffusen Demokratiewahrnehmung. Der Unterschied zwischen Zufriedenen und Unzufriedenen liegt also bei 31 Prozentpunkten. Für Frauen liegt die Wahrscheinlichkeit bei 42 Prozent (Männer: 35 Pro-

zent) und bei Menschen mit Abitur bei 45 Prozent (ohne Abitur: 35 Prozent). Auch hier zeigt sich also, dass die Demokratiezufriedenheit einen deutlich stärkeren Effekt auf die Demokratiewahrnehmung hat als die soziodemografischen Merkmale.

### Zusammenfassung

Unsere Ergebnisse zeigen einen starken Zusammenhang zwischen *Demokratiewahrnehmung* und *Demokratiezufriedenheit*. Befragte, die sich zufrieden mit dem Zustand der Demokratie zeigen, neigen eher dazu, in prinzipieller und wertgebundener Weise über Demokratie nachzudenken. Sie argumentieren in Anlehnung an Muster diffuser Systemunterstützung, entsprechend der oben eingeführten Systematik von Pippa Norris beziehungsweise von David Easton.<sup>22</sup> Jene Menschen hingegen, die unzufrieden mit dem Zustand der Demokratie sind, nennen eher parteipolitisch geprägte, spezifische Probleme oder einzelne politische Akteure; ihr Nachdenken über Demokratie ist demnach geprägt von Argumenten, die an eine spezifische Systemunterstützung erinnern.

Doch was bedeutet dieses Ergebnis nun für das Item *Demokratiezufriedenheit*, das seit Jahrzehnten in einer Reihe von nationalen und internationalen Umfragen verwendet wurde und immer noch wird? Analysen, die das Item als zusammenfassendes Maß nutzen wollen, müssten berücksichtigen, dass die Befragten die Frage unterschiedlich interpretieren. Diejenigen, die sich zufrieden zeigen, sind vornehmlich zufrieden mit den Werten und Prinzipien der repräsentativen Demokratie, unabhängig von Politik und Leistungsbilanz der aktuellen Amtsinhaber\*innen. Jene hingegen, die sich unzufrieden äußern, tun dies insbesondere in Bezug auf einzelne Akteure und deren empfundene

Problemlösungsfähigkeit. Die Werte und Prinzipien der Demokratie sind in ihrer Argumentation nachrangig. Hinzu kommt, dass die Unzufriedenen in ihrem Nachdenken über Demokratie häufig Schlagwörter wie Volk, Migration, Grüne und Ausländer verwenden. Daraus schließen wir, dass diese Personen oftmals rechtsextreme, völkische und sozialchauvinistische Einstellungen vertreten. Dies verdeutlicht die Problematik der Interpretation des Items *Demokratiezufriedenheit*: Rechtsextreme Einstellungen sind nicht mit Werten und Prinzipien der repräsentativen Demokratie vereinbar, sodass eine sinnvolle Interpretation einer Variable, die nach der *Demokratiezufriedenheit* fragt, bei dieser Personengruppe unmöglich wird.

Wenn sich die Ergebnisse dieser Analyse in weiteren Untersuchungen bestätigen lassen, müssten wir über das Item und seine Interpretation neu nachdenken. Es wäre dann kein zusammenfassendes Maß der Systemunterstützung, sondern ein Indikator, der uns Aufschluss über grundlegend verschiedene Bilder der Demokratie in den Köpfen der Befragten liefert. Statt *Zufriedenheit mit der Demokratie* zu messen, führt uns das Item möglicherweise eher auf die Spur von liberalen oder von autoritären Demokratievorstellungen.

---

22 Vgl. Norris: *Democratic Deficit*; Easton: *The Political System* sowie Easton: *Concept of Political Support*.

### Literaturverzeichnis

Canache, Damarys/Mondak, Jeffery J./Seligson, Mitchell A.: Meaning and Measurement in Cross-National Research on Satisfaction with Democracy, in: *Public Opinion Quarterly*, Jg. 65 (2001), H. 4, S. 506–528, <https://doi.org/10.1086/323576>.

Easton, David: *The political system. An Inquiry into the State of Political Science*, New York 1953.

Easton, David: A Re-Assessment of the Concept of Political Support, in: *British Journal of Political Science*, Jg. 5 (1975), H. 4, S. 435–457.

Harfst, Philipp: Was genau erfragen wir eigentlich, wenn wir nach „Demokratiezufriedenheit“ fragen?, in: *Demokratie-Dialog*, H. 12/2023, S. 4–13, <https://doi.org/10.17875/gup2023-2367>.

Harfst, Philipp/Franzmann, Simon T./Kühnel, Steffen M./Fitzpatrick, Sally A./Krug, Laura/Hartmann, Jonah/Schmidt, Sara P./Siepert, Emelie/Zylla, Michael: *Niedersächsischer Demokratie-Monitor 2023. Politik in der Vertrauenskrise*, Göttingen 2024, <https://doi.org/10.17875/gup2024-2651>.

Kurz, Karin/Prüfer, Peter/Rexroth, Margrit: Zur Validität von Fragen in standardisierten Erhebungen: Ergebnisse des Einsatzes eines kognitiven Pretestinterviews, in: *ZUMA Nachrichten*, Jg. 23 (1999), H. 44, S. 83–107.

Norris, Pippa: *Democratic Deficit. Critical Citizens Revisited*, Cambridge 2011.

Rose, Richard/Mishler, William/Haerpfer, Christian: *Democracy and Its Alternatives. Understanding Post-Communist Societies*, Baltimore 1998.

Schenke, Julian/Munderloh, Annemieke/Franzmann, Simon T./Kühnel, Steffen: *Niedersächsischer Demokratie-Monitor 2021*, Göttingen 2021, <http://doi.org/10.17875/gup2021-1817>.

Valgarðsson, Victor Orri/Devine, Daniel: What Satisfaction with Democracy? A Global Analysis of „Satisfaction with Democracy“ Measures, in: *Political Research Quarterly*, Jg. 75 (2022), H. 3, S. 576–590, <https://doi.org/10.1177/10659129211009605>.



**Dr. Philipp Harfst** ist Projektmanager von FoDEX und Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Demokratieforschung. Seine Forschung ist im Spannungsfeld zwischen vergleichender Demokratie-, Einstellungs- und Verhaltensforschung angesiedelt. Insbesondere interessiert er sich für Fragen der Demokratiezufriedenheit und der politischen Legitimität sowie deren institutioneller und individueller Determinanten.



**Sally A. Fitzpatrick** (B. A.) studiert an der Georg-August-Universität Göttingen Politikwissenschaft und Kulturanthropologie im Master. Seit November 2022 arbeitet sie am Institut für Demokratieforschung im FoDEX-Projekt als studentische Mitarbeiterin im Bereich Niedersächsischer Demokratie-Monitor.

DOI: <https://doi.org/10.17875/gup2025-2821>  
Hensel, Alexander / Fricke, Leander / Wehner, Dario (2025): „Partei im Aufbau. Entstehung und Entwicklung des BSW-Niedersachsen“ In: Demokratie-Di-alog 15 (2025) S. 14–25.

# Partei im Aufbau

## Entstehung und Entwicklung des BSW-Niedersachsen

Alexander Hensel / Leander Fricke / Dario Wehner

**D**as deutsche Parteiensystem befindet sich schon länger in einem Prozess der Pluralisierung und der Polarisierung.<sup>1</sup> Es reüssieren also vermehrt neue und mitunter auch radikale Parteien. Doch längst nicht alle Neugründungen etablierten sich auch dauerhaft, wie es in den 1980er Jahren den Grünen, in den 2000er Jahren der Partei Die Linke und in den 2010er Jahren der Alternative für Deutschland (AfD) gelang. Unter den Parteien zeigt zumindest aktuell das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) die stärkste Entwicklungs-

dynamik.<sup>2</sup> Erst Anfang 2024 gegründet, erzielte die Neupartei bereits im Herbst desselben Jahres beachtliche Erfolge bei drei ostdeutschen Landtagswahlen, die dem BSW in Thüringen und Brandenburg sogar zu Regierungsbeteiligungen verhalfen. Kurz vor den vorgezogenen Bundestagswahlen im Februar 2025 allerdings steckt das BSW insgesamt – auch angesichts nachlassender Unterstützung und interner Friktionen<sup>3</sup> – in einer kritischen Phase der Parteienentwicklung.

Die Parteienforschung hat bislang drei Aspekte des BSW ausführlicher analysiert. Große Auf-

---

1 Vgl. Jun, Uwe: Das Ende des „Volksparteiensystems“?, in: INDES. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft, H. 1–2/2024, S. 191–197.

2 Die Recherchen zum vorliegenden Artikel wurden Anfang Februar 2025 abgeschlossen.

3 Vgl. etwa Ripperger, Anna-Lena: Wachstumsschmerzen einer jungen Partei, in: FAZ, 13.01.2025, S. 2.

merksamkeit erfuhr erstens das ungewöhnliche politische Profil des BSW, das eine linke Wirtschafts- mit einer konservativen Gesellschaftspolitik kombiniert.<sup>4</sup> Ein solcher, einst auch in der Sozialdemokratie und der Partei Die Linke beheimateter linker Konservatismus organisierte sich damit nun auch in Deutschland parteiförmig eigenständig.<sup>5</sup> Zweitens wurde untersucht, in welchen Wähler:innengruppen das BSW bereits oder voraussichtlich besonders reüssieren kann.<sup>6</sup> Populistische Stilelemente sowie die – parteipolitisch zusehends unbehaute – Friedenspolitik gelten bislang als zentrale Mobilisierungsfaktoren für BSW-Wähler:innen.<sup>7</sup> Drittens liegen erste Untersuchungen der personenzentrierten Führung und Organisation des BSW vor, die auf Spannungen zwischen der zentral und restriktiv gesteuerten Mitgliederaufnahme und

den Vorgaben des deutschen Parteienrechts hinweisen.<sup>8</sup>

Indes: All diese Befunde gelten für die Bundesebene des BSW. Die in der Frühentwicklung von Parteien stets relevante Landesebene wurde hingegen von der Forschung bislang nicht betrachtet. Dies gilt auch für Niedersachsen, wo das BSW erst jüngst, im September 2024, seinen insgesamt neunten Landesverband gründete. Um den Entwicklungsstand des BSW-Niedersachsen explorierend zu erkunden und damit zu dokumentieren, analysiert der vorliegende Artikel Entstehung, Organisation und Profil der neuen Landespartei und diskutiert abschließend deren Charakter, Potenziale und Herausforderungen. Die empirische Basis hierfür bilden die Analyse von regionalen Medienartikeln, Parteidokumenten und Social-Media-Posts sowie vereinzelt durchgeführte Vor-Ort-Beobachtungen von Parteiveranstaltungen in Hannover und Göttingen.

4 Vgl. Franzmann, Simon T./Kasten, Nadine/Hensel, Alexander: (K)ein Lückenfüller? Zu Profil und Programm der neuen Partei Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW), in: Demokratie-Dialog, H. 14/2024, S. 12–26, hier S. 12–15, <https://doi.org/10.17875/gup2024-2629>.

5 Kahrs, Horst: Kulturkampf mit Wagenknecht. Zum politischen Potenzial einer linksautoritären Partei, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 10/2023, S. 69–76; Holzhauer, Thorsten: Linkskonservativer Populismus, in: merkur-zeitschrift.de, 02.05.20243, URL: <https://www.merkur-zeitschrift.de/2023/05/02/linkskonservativer-populismus/> [eingesehen am 05.02.2025].

6 Vgl. etwa: Jandura, Olaf/Marcinkowski, Frank/Anicker, Fabian: Außerhalb gewohnter Pfade. Wer zählt zum Wählerpotenzial des Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW)?, in: Zeitschrift für Parteienwissenschaft, H. 3/2023, S. 288–303.

7 Vgl. Thomeczek, Jan Philipp: Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW): Left-Wing Authoritarian — and Populist? An Empirical Analysis in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 65 (2024), H. 3, S. 535–552, <https://doi.org/10.1007/s11615-024-00544-z>; Heckmann, Leon/Wurthmann, L. Constantin/Wagner, Sarah: Who's afraid of Sahra – Understanding the shift in votes towards Germany's Bündnis Sahra Wagenknecht, in: Research & Politics, Jg. 12 (2025), H. 1, S. 1–7, hier S. 2, <https://doi.org/10.1177/20531680241311504>.

### Entstehung: Von der Linken zum BSW

Auch in Niedersachsen sind die Genese und die Prägung des BSW nicht ohne einen Blick auf die vorherige Entwicklung der Partei Die Linke zu verstehen. Diese hatte es im hiesigen, relativ strukturstabilen Parteiensystem stets schwer. Im Schlagschatten einer erdverwachsenen und besonders stimm- sowie organisationsstarken niedersächsischen Sozialdemokratie gedieh Die Linke seit ihrer Gründung im Jahr 2007 eher kläglich.<sup>9</sup> Bei der niedersächsischen Landtagswahl 2008 konnte sie zwar mit 7,1 Prozent und

8 Vgl. Schönberger, Sophie: There's a new kid in town – das Bündnis Sahra Wagenknecht als Herausforderung für das Parteienrecht, PRUF Working Paper No. 5/2024.

9 Vgl. Klecha, Stephan: Wahlen und Wahlverhalten in Niedersachsen, in: Nentwig, Teresa/Werwath, Christian (Hrsg.): Politik und Regieren in Niedersachsen, Wiesbaden 2016, S. 79–104, hier S. 103–104.

elf Abgeordneten in den Hannoveraner Landtag einziehen, verfehlte den Wiedereinzug bei allen folgenden drei Landtagswahlen aber deutlich. Im politischen Abseits der außerparlamentarischen Opposition verfiel der Landesverband immer wieder in heftige Strömungs- und Personalkonflikte.<sup>10</sup> Hierzu trugen auch Auseinandersetzungen um den innerparteilichen Oppositionskurs Sahra Wagenknechts bei, die in Niedersachsen lange vergleichsweise großen Rückhalt genoss.<sup>11</sup> Vor allem die Strömung der Sozialistischen Linken um den ehemaligen Bundestagsabgeordneten Dieter Dehm, der den Landesverband als schillernder Strippenzieher jahrelang prägte, unterstützte Wagenknecht treu.<sup>12</sup> Im Zuge des generationellen Wandels und verschiedenster Kontroversen gerieten die Wagenknecht-Unterstützer:innen in der niedersächsischen Linken jedoch zusehends in die Defensive und verloren infolge der Niederlage bei der Landtagswahl 2022 erkennbar an Macht und Einfluss.<sup>13</sup>

Während der Anfang 2023 neugewählte Landesvorstand – im Einklang mit der Linken-Bundesführung – in Konfrontation zu Wagenknecht ging, zeigten sich regional verschiedene Absetzbewegungen, die später teils im BSW münden sollten:<sup>14</sup> Einerseits formierte sich – wie auch in

anderen Bundesländern – ab etwa Mitte 2023 das von sozialistischen Kräften getragene Netzwerk Was tun?!, das sich als Gegenbewegung zur „grün-linksliberale[n] Neuausrichtung“<sup>15</sup> der Linken verstand. Einige Teilnehmer:innen schlossen sich später dem BSW an, wie etwa der ehemalige Landesvorsitzende Lars Leopold.<sup>16</sup> Andererseits orchestrierte ein regionales Netzwerk um die aus Oldenburg stammende Co-Vorsitzende der Linksfraktion im Bundestag, Amira Mohammed Ali, die später zur Co-Parteivorsitzenden des BSW aufstieg, die organisatorische Abspaltung der neuen Partei: Jonas Christopher Höpken aus der Oldenburger Linken-Ratsfraktion gründete 2023 den Verein, der der BSW-Parteigründung vorausging.<sup>17</sup> Der Ratsfraktionsvorsitzende Holger Onken bereitete als späterer Landesbeauftragter für Niedersachsen den BSW-Parteiaufbau mit vor. Bereits einige Tage vor der offiziellen Gründung der Bundespartei im Januar 2024 verkündete die Oldenburger Ratsfraktion ihren Wechsel zum BSW.<sup>18</sup> In den folgenden Monaten liefen weitere niedersächsische Funktionär:innen und Mandatsträger:innen der Linken zum BSW über. Die prominenteste Renegatin war Jessica Kaußen, ehemalige Spitzenkandidatin der Linken bei der Landtagswahl 2022; weitere Kommunalmandatsträger:innen

10 Vgl. Beucker, Pascal: Linkspartei bleibt APO, in: taz.de, 09.10.2022, URL: <https://taz.de/Landtagswahl-in-Niedersachsen/!5886620/> [eingesehen am 16.01.2025].

11 Vgl. Lehmann, Anna: Das System Dieter Dehm, in: taz.de, 12.10.2017, URL: <https://taz.de/Die-Linke-in-Niedersachsen/!5452484/> [eingesehen am 20.01.2025].

12 Vgl. Wallbaum, Klaus: Die Linkspartei wird jünger, rebellischer und auch unberechenbarer, in: Rundblick, 03.03.2019, URL: <https://www.rundblick-niedersachsen.de/die-linkspartei-wird-juenger-rebellischer-und-auch-unberechenbarer/> [eingesehen am 20.01.2025].

13 Vgl. Wallbaum, Klaus: Wirbel um Diether Dehm: Linken-Politiker wollen das Urgestein aus der Partei werfen, in: Rundblick, Nr. 202, 15.11.2022.

14 Vgl. Woldt, Elisabeth: Darum steht die Linke in Niedersachsen vor der Spaltung, in: haz.de, 12.08.2023,

URL: <https://www.haz.de/der-norden/netzwerk-was-tun-darum-steht-die-linke-in-niedersachsen-vor-der-spaltung-SZC4GQMAXRELRP7655JTDKIMA.html> [eingesehen am 16.01.2025].

15 Czesla, Vincent: Flucht nach vorn, in: unsere-zeit.de, 08.12.2023, URL: <https://www.unsere-zeit.de/flucht-nach-vorn-2-4786513/> [eingesehen am 05.02.2025].

16 Vgl. o.V.: Innerparteiliche Opposition, in: Rundblick, Nr. 131, 08.08.2023.

17 Vgl. Wallbaum, Klaus: Wagenknecht-Partei kann mit vielen Helfern aus Niedersachsen rechnen, in: Rundblick, Nr. 183, 23.10.2023.

18 Vgl. Michael, Anja: Linken-Fraktion wechselt geschlossen zur neuen Wagenknecht-Partei, in: oldenburger-onlinezeitung.de, 05.01.2024, URL: <https://www.oldenburger-onlinezeitung.de/politik/linken-fraktion-wechselt-geschlossen-zur-neuen-wagenknecht-partei-!18650.html> [eingesehen am 16.01.2025].

aus Hannover, Schaumburg oder Göttingen folgten ihrem Beispiel.<sup>19</sup> Die insgesamt übersichtliche Zahl von Parteiwechsellern wurde von den verbliebenen Linken-Funktionär:innen jedoch vielfach weniger als tragischer Verlust denn als überfälliger Klärungsprozess beschrieben.<sup>20</sup>

Die BSW-Mitglieder in Niedersachsen, zu denen sich auch Personen ohne Linken-Hintergrund gesellten, wurden schon vor der Landespartei-gründung vor erhebliche Herausforderungen gestellt. Ohne regionale Parteistrukturen und mit nur etwa fünfzig offiziellen Parteimitgliedern im Land wurde im Frühsommer der von der BSW-Bundeszentrale gesteuerte Wahlkampf zur Europawahl 2024 betrieben. Bei dieser fiel das Ergebnis des BSW in Niedersachsen mit 4,5 Prozent merklich niedriger aus als auf Bundesebene (6,2 Prozent); der auf Listenplatz 11 angetretene spätere Landesvorsitzende Holger Onken verfehlte den Einzug ins EU-Parlament.<sup>21</sup> Dennoch gelang es, eine recht große Schar an registrierten regionalen Unterstützer:innen zu gewinnen, deren Zahl bis zum Herbst auf etwa 2.000 Personen anwuchs.<sup>22</sup> Am 15. September

2024 schließlich gründete sich das BSW-Niedersachsen in Oldenburg als eigenständiger Landesverband, wo – unter weitgehendem Ausschluss von Medien und Öffentlichkeit – der erste 13-köpfige Landesvorstand gewählt wurde.<sup>23</sup> In Reaktion auf die vorgezogenen Neuwahlen zum Bundestag wurde Anfang Dezember 2024 die niedersächsische BSW-Landesliste bestimmt, die weitgehend mit den neugewählten Landesvorstandsmitgliedern besetzt wurde und von der Bundes-Co-Vorsitzenden Mohammed Ali angeführt wird.<sup>24</sup> Direktkandidat:innen in den Wahlkreisen wurden in Ermangelung an Mitgliedern und regionalen Strukturen nicht aufgestellt.

### Organisation: Sukzessiver Strukturaufbau

Das BSW-Niedersachsen, das drei Monate nach seiner Gründung über etwa achtzig Mitglieder verfügte, ist bislang eine Partei mit schmaler Organisation.<sup>25</sup> Zu dieser gehören der Landesparteitag, der laut Satzung bis zu einer Mitgliederzahl von 250 als Mitgliederversammlung abgehalten wird, sowie der bereits gewählte Landesvorstand.<sup>26</sup> Die geplanten Kreis- und

19 Vgl. etwa Paul, Reimar: Kreis Göttingen: Aderlass der Linken, in: nd-aktuell, 09.11.2023, URL: <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1177648.wagenknecht-kreis-goettingen-aderlass-in-der-linken.html> [eingesehen am 03.02.2025].

20 Vgl. etwa o.V.: Neue Wagenknecht-Partei: So reagiert die Linke rund um den Harz, in: harzkurier.de, 23.10.2023, URL: <https://www.harzkurier.de/lokales/osterode/article239870807/Neue-Wagenknecht-Partei-So-reagiert-die-Linke-im-Landkreis-Goettingen.html> [eingesehen am 16.01.2025].

21 Vgl. Wallbaum, Klaus: So geht es mit dem „Bündnis Sahra Wagenknecht“ in Niedersachsen weiter, in: Rundblick, Nr. 91, 21.05.2024.

22 Vgl. etwa Likus, Harald: Sie bleibt Linke, er will zum BSW, in: Braunschweiger Zeitung, 08.09.2024, URL: <https://www.braunschweiger-zeitung.de/niedersachsen/braunschweig/article407200923/sie-bleibt-linke-er-will-zum-bsw-braunschweiger-paar-berichtet.html>; Lindner, Kerstin: Starke Unterstützer für das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) in Braunschweig, in: Braunschweiger Spiegel, 03.06.2024, URL: <https://>

[braunschweig-spiegel.de/starke-unterstuetzung-fuer-das-buendnis-sahra-wagenknecht-bsw-in-braunschweig/](https://www.braunschweig-spiegel.de/starke-unterstuetzung-fuer-das-buendnis-sahra-wagenknecht-bsw-in-braunschweig/) [beides eingesehen am 16.01.2025].

23 Vgl. Wallbaum, Klaus: Plagt das BSW die Angst vor Unterwanderung, oder ist es nur die Angst vor Widerspruch?, in: Rundblick, Nr. 160, 15.09.2024.

24 Vgl. Wallbaum, Klaus: Parteivorsitzende führt Landesliste des BSW für den Bundestag an, in: Rundblick, Nr. 215, 03.12.2024.

25 Vgl. o.V.: BSW will sich für Mitglieder öffnen, in: noz.de, 17.01.2025, URL: <https://www.noz.de/deutschland-welt/niedersachsen/artikel/bsw-will-sich-fuer-mitglieder-oeffnen-48239979> [eingesehen am 16.01.2025].

26 Vgl. Bündnis Sahra Wagenknecht: Satzung des Landesverbands Niedersachsen, Tagungsunterlagen zur Gründungsversammlung des Landesverbands Niedersachsen der Partei Bündnis Sahra Wagenknecht

Ortsverbände und Expertenräte existieren bislang ebenso wenig wie eine offizielle Geschäftsstelle oder Homepage des Landesverbands.<sup>27</sup> Es gibt jedoch eine Reihe von Strukturen und Ressourcen ohne Satzungsrang, die dennoch für den Organisationsaufbau nutzbar sind. Hierzu gehören einerseits die aktuell etwa 3.000 registrierten Unterstützer:innen in Niedersachsen, die sich selbstständig in lokalen Gruppen organisiert haben.<sup>28</sup> Der Landesvorstand versucht, diese informelle Parteibasis unter anderem über lokale Treffen organisatorisch und politisch einzubinden und für Wahlkampfaktivitäten zu nutzen.<sup>29</sup> Andererseits finden sich auf Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte aktuell etwa ein Dutzend zum BSW übergelaufene Kommunalmandatsträger:innen, die das BSW etwa in den Kreistagen von Göttingen, Braunschweig, Emden, Oldenburg und Friesland oder der Regionsversammlung Hannover vertreten.<sup>30</sup>

Das organisatorische und strategische Zentrum des BSW-Niedersachsen bildet der Landesvorstand. Angeführt wird dieser vom Politikwissenschaftler und ehemaligen Linken-Kommunalpolitiker Holger Onken aus Oldenburg und vom Arzt Thorsten Renken aus dem nahegelegenen Wes-

terstede.<sup>31</sup> Die Geschäftsführung hat Johannes Zang aus Celle inne, der zuvor Die Linke-Fraktion in der Region Hannover organisiert hat.<sup>32</sup> Mit Blick auf die Herkunft der 13 Vorstandsmitglieder des BSW-Niedersachsen zeichnet sich bislang eine regionale organisatorische Konzentration im Nordwesten Niedersachsens sowie im Raum Hannover ab, während der Norden, Osten und Süden des Landes organisatorisch bislang deutlich schwächer erschlossen sind.

Unter den Vorstandsmitgliedern sind überdies drei Ressourcen erkennbar, die beim Organisationsaufbau hilfreich sind:<sup>33</sup> Erstens verfügt rund die Hälfte von ihnen über politische Vorerfahrungen als Parteifunktionäre oder kommunale Mandatsträger:innen der Linken Niedersachsen. Zweitens lassen berufliche Profile von Selbstständigen, Geschäftsführer:innen oder Projektmanager:innen auf Organisations- und Führungsfähigkeiten schließen. Drittens kann der Landesverband von den engen regionalen und persönlichen Verbindungen zur aus Oldenburg stammenden Amira Mohammed Ali profitieren, deren organisatorische Stellung und politische Prominenz auf der BSW-Bundesebene auch landespolitisch genutzt werden können.

Die zentralistische Organisationskultur des BSW zeigt sich auch in Niedersachsen,<sup>34</sup> wo sie Vor- und Nachteile erzeugt: Einerseits stärken programmatische Vorgaben und Organisationsressourcen aus dem Bund den Aufbau der Landespartei. Die für Parteigründungen wichtige Identitätsbildung wird durch eine gemeinsame

---

– Vernunft und Gerechtigkeit am 15. September 2024 in Oldenburg, S 12.

27 Vgl. Ziegler, Simon: Bündnis Sahra Wagenknecht: Johannes Zang aus Celle ist Geschäftsführer des Landesverbands, in: Cellische Zeitung, 19.11.2024, URL: <https://www.cz.de/lokales/celle-1k/celle/buendnis-sahra-wagenknecht-in-celle-keine-direkt-kandidaten-kein-kreisverband-vor-2025-VXIOEX-ZUZRAL5GDZ7576HLZNWE.html> [eingesehen am 16.01.2025].

28 Vgl. o.V.: BSW will sich öffnen.

29 Vgl. Onken, Holger/holger.onken.7: Post vom 16.01.2025, in: facebook.com, URL: <https://www.facebook.com/share/p/19Zqn6Tits/> [eingesehen am 09.02.2025].

30 Vgl. Homepages der Landkreise und kreisfreien Städte (Stand: 29.01.2025). Hinzu kommt eine schwer zu überblickende Zahl von zum BSW übergelaufenen Gemeinde- und Stadtratsmitgliedern.

31 Vgl. Wallbaum, Klaus: BSW kündigt Kurswechsel an und will „Mitgliederpartei“ werden, in: Rundblick, 17.01.2025, URL: <https://www.rundblick-niedersachsen.de/bsw-kuendigt-kurswechsel-an-und-will-mitgliederpartei-werden/> [eingesehen am 09.02.2025].

32 Vgl. Ziegler: Zang aus Celle.

33 Vgl. folgend: Bündnis Sahra Wagenknecht: Kandidaturen für den BSW-Landesvorstand Niedersachsen, Tagungsunterlagen Gründungsversammlung (Stand: 03.09.2024).

34 Vgl. Wallbaum: Angst vor Unterwanderung.

Bezugnahme auf Sahra Wagenknecht stabilisiert, deren Person und Positionen vielen Mitgliedern und Unterstützer:innen als Orientierung dienen und diese zum Wahlkampf motivierten.<sup>35</sup> Deren Engagement wird auch durch die bundeszentral bereitgestellten Wahlkampfmaterialien gefördert. Andererseits bremsen politische und organisatorische Vorgaben *von oben* jedoch Dynamiken *von unten* aus, die für den anstehenden Parteaufbau wichtig wären. Lokal- oder landespolitische Anliegen der Parteibasis stehen hinter dem diktierten Bundesprogramm zurück, was die regionale Profilbildung hemmen kann.

Zwiespältig erweist sich auch der Kurs eines kontrollierten Wachstums der Mitglieder, über deren Aufnahme – nach Gesprächen mit dem Landesvorstand und dessen Empfehlung – der Bundesverband entscheidet.<sup>36</sup> Um entrüstische Übernahmen, den Einfluss von Extremist:innen sowie ein „Chaos der Gutwilligen“<sup>37</sup> zu verhindern, ist die Mitgliederzahl des BSW in Niedersachsen seit der Gründung nur von fünfzig auf achtzig gewachsen – während viele Unterstützer:innen ungeduldig auf ihre Aufnahme drängen. Wenn sich deren Motivation erschöpfen sollte,<sup>38</sup> fehlen im Flächenland Niedersachsen

schlicht Mitglieder, die den Aufbau von Kreis- und Ortsverbänden stemmen und die breitflächige Teilnahme an den Kommunalwahlen 2026 und Landtagswahlen 2027 gewährleisten können.

Auf das Dilemma zwischen Steuerung und Wachstum wurde zuletzt mit einem Kurswechsel reagiert. Nachdem grundlegende Positionen bestimmt und zentrale Posten besetzt worden waren, kündigte der Landesvorstand Mitte Januar 2025 eine Entwicklung in Richtung „Mitgliederpartei“ an, was sowohl ein „kräftiges Mitgliederwachstum“<sup>39</sup> als auch die Gründung von Kreisverbänden umfassen soll. Ob und wie weit das BSW-Niedersachsen zukünftig eine stärkere Autonomie gegenüber der Bundesführung sowie Beteiligungsprozesse der Parteibasis entwickelt, wird sich unter anderem bei der anstehenden Programmbildung zeigen. Zu dieser sollen sowohl Mitglieder als auch Expertenräte beitragen, die laut Satzung vom Landesvorstand zur „Bearbeitung komplexer Themenschwerpunkte und Programmfragen“<sup>40</sup> zeitweise einberufen und mit parteiinternen oder -externen Mitgliedern besetzt werden können.

### Profil: Soziale und politische Schwerpunkte

Wenige Monate nach seiner Gründung verfügt das BSW-Niedersachsen noch über keine eigenständige Programmatik oder eine klare landespolitische Profilbildung.<sup>41</sup> Bislang lassen sich anhand von einzelnen Positionierungen sowie

35 Vgl. o.V.: „Ich mochte Sahra immer“: Maik Smidt will das BSW in der Region verankern, in: kreiszeitung.de, 17.07.2024, URL: <https://www.kreiszeitung.de/lokales/rotenburg/rotenburg-ort120515/das-aktive-bsw-mitglied-maik-smidt-ich-mochte-sahra-immer-schon-93192104.html> [eingesehen am 07.02.2025].

36 Vgl. Nimz, Ulrike: „Partei eines ganz neuen Typs“, in: Süddeutsche.de, 15.09.2022, URL: <https://www.sueddeutsche.de/politik/bsw-partei-landesverband-niedersachsen-lux.4RW5U2YfCHyG4ST7BD7DYN> [eingesehen am 20.01.2025].

37 Vgl. Likus: Er will zum BSW.

38 Vgl. Likus, Harald: Knatsch im BSW: Wieso zwei zornige Helmstedter hinschmeißen, in: Braunschweiger Zeitung, 02.12.2024, URL: <https://www.braunschweiger-zeitung.de/niedersachsen/helmstedt/article407810566/wagenknecht-partei-wieso-zwei-zornige-helmstedter-hinschmeissen.html> [eingesehen am 03.02.2025].

39 Vgl. o.V.: BSW will sich öffnen, sowie Wallbaum: Kurswechsel.

40 Vgl. BSW: Satzung Niedersachsen, § 19.

41 Vgl. Doecke, Karl: Das Bündnis Sahra Wagenknecht gibt es jetzt auch in Niedersachsen, in: haz.de, 15.09.2024, URL: <https://www.haz.de/der-norden/buendnis-sahra-wagenknecht-hat-in-niedersachsen-einen-landesverband-SVKJ7QN2QNDP2LIEXSCEI.html> [eingesehen am 16.01.2025], sowie Wallbaum: Angst vor Unterwanderung.

aus den biografischen Hintergründen der Landesvorstandsmitglieder nur vage Konturen eines landesparteilichen Profils herauschälen, die sich insbesondere in den Bewerbungen der Kandidat:innen zur Landesvorstandswahl abzeichnen.<sup>42</sup>

Das Sozialprofil des Landesvorstands ähnelt grundsätzlich Mustern vergangener Parteineugründungen.<sup>43</sup> Das BSW-Niedersachsen wird von Männern dominiert, die elf von 13 Plätzen im Landesvorstand besetzen. Stark vertreten sind die mittleren Kohorten der – privat wie beruflich situierten – Vierzig- bis Sechzigjährigen, die zwischen den 1970er und 1990er Jahren politisch sozialisiert wurden. Lediglich ein Drittel der Mitglieder sind jünger. Der Typus des politisch wieder oder spätaktiven Rentners ist, anders als auf den BSW-Unterstützer:innen-Treffen, nicht vertreten. Das Bildungsniveau im Vorstand ist hoch: Das Gros hat ein Studium abgeschlossen, weitere akademische Titel sind allerdings die Ausnahme. Auch die Bildungs- und Berufsbiografien, in denen sich Schwerpunkte im Bereich Medizin, Wirtschaft und Verwaltung andeuten, weisen weniger auf bildungsbürgerliche Hintergründe als auf soziale Aufstiegserfahrungen und berufliche Suchbewegungen hin.

Politisch lässt sich der BSW-Vorstand in Parteierfahrene und Neuaktive unterscheiden. Etwa die Hälfte der Mitglieder waren vor dem BSW als regionale Funktionär:innen oder kommunale Mandatsträger:innen für Die Linke aktiv. Hinzu kommen gewerkschaftliche Erfahrungen: Ein Vorstandsmitglied arbeitet als politischer Sekretär der IG Metall, ein anderes beschreibt sich als „überzeugter Metalller“, ein weiteres ist

in einem pflegepolitischen Bündnis aktiv.<sup>44</sup> Die politisch Vorerfahrenen heben vor allem sozial- und wirtschaftspolitische Themen sowie organisatorische Fähigkeiten hervor. Dem gegenüber stehen neumobilisierte Politeinsteiger:innen, die über keine oder allenfalls kurze Parteierfahrungen verfügen. Sie heben überwiegend beruflich-biografische Themen und Kompetenzen, wie Wirtschaft, Digitalisierung oder Bildung, sowie Management- und Kommunikationsfähigkeiten hervor.

Darüber hinaus geben bisherige Positionierungen und Vorstöße der Vorstandsmitglieder und gewählten Listenkandidat:innen erste Hinweise auf das Profil des BSW-Niedersachsen, in dem grundsätzlich ökonomisch-soziale Fragen stärker hervorstechen als kulturelle. Für die Identitätsbildung ist die Abgrenzung vom Feindbild eines für realpolitische Fragen blinden Moralismus zentral, der vor allem den Grünen, aber auch anderen Parteien vorgeworfen wird. Aus Sicht des BSW-Niedersachsen führen die „Energiesanktionen gegen Russland“ in Verbindung mit dem ebenfalls kritisierten „Verbrenner-Aus“ dazu, dass das „Land gerade seine industrielle Wohlstandsbasis“ verliere.<sup>45</sup> Zurückgewiesen wird ebenso die Außenpolitik der Ampelregierung. Dieser wird vorgeworfen, in einer unterkomplexen Gut-Böse-Dichotomie zu verharren, historisch bewährte Prinzipien der Friedenssicherung zu missachten und mittelfristig Gefahr zu laufen, in einen „III Weltkrieg“ oder gar in einen „globalen Bürgerkrieg“<sup>46</sup> zu stürzen.

42 Vgl. folgend und wenn nicht anders angegeben BSW: Kandidaturen.

43 Vgl. etwa zur Piratenpartei Hensel, Alexander/Klecha, Stephan/Walter, Franz: Meuterei auf der Deutschland. Ziele und Chancen der Piratenpartei, Berlin 2012, S. 52–60.

44 Vgl. auch Duncan, Lisa: Maik Smidt aus Langwedel engagiert sich in Bündnis für Pflegende und Patienten, in: kreiszeitung.de, 18.08.2022, URL: <https://www.kreiszeitung.de/lokales/verden/langwedel-ort120521/maik-smidt-aus-langwedel-engagiert-sich-in-buendnis-fuer-pflegende-91731157.html> [eingesehen am 06.02.2025].

45 Vgl. hier und im Folgenden, wenn nicht anders angegeben: BSW: Kandidaturen.

46 Vgl. Onken, Facebook-Post.

Den skizzierten Gefahren wird eine Begriffs-triade aus „Frieden, Gerechtigkeit und Vernunft“ gegenübergestellt. Dies umfasst außenpolitisch eine Rückkehr zum „Kurs der Diplomatie und des Dialogs“, der Sicherheit, Frieden und Handelsbeziehungen absichern solle. Wirtschaftspolitisch müssten die für den Wohlstand notwendige „Wettbewerbsfähigkeit“ sowie das „Vertrauen in das Leistungsversprechen“ wiederhergestellt werden, etwa indem Industrie und Mittelstand von einer „strangulierende[n] Bürokratie“ und „unausgewogene[n] Klimapolitik“ befreit werden. Auf diese Weise solle die ökonomische Grundlage für Gerechtigkeit und sozialen Ausgleich geschaffen werden. Diese könne etwa durch tarifgebundene Löhne, höhere Renten, einen Kampf gegen „Mietsteigerungen und Wohnungsmangel“ sowie die Reformierung öffentlicher Infrastrukturen insbesondere in den Bereichen Erziehung, Schule, Pflege und der medizinischen Versorgung erreicht werden. Seltener wird vom BSW-Niedersachsen dagegen die Asyl- und Migrationspolitik adressiert, in der – zumeist in Verweis auf die Überlastung sozialer Systeme – eine stärkere Kontrolle der Grenzen gefordert wird.<sup>47</sup> Prononciert wird diese Position insbesondere von – durchaus zahlreichen – BSW-Aktivist:innen mit eigener Migrationsgeschichte, die versuchen, sowohl linke als auch konservative Orientierungen aufstiegsorientierter Migrant:innen insbesondere in türkischen und arabischen Migrationscommunitys zu adressieren.<sup>48</sup> Besonders engagiert zeigte sich in diesem Zusammenhang der aus Syrien stammende Landesschatzmeister, der in Posts und Videos in sozialen Netzwerken sowie

in Informationsveranstaltungen das BSW auf Arabisch bewarb und sich intensiv um die Unterstützung von muslimischen Verbänden oder arabischsprachigen Youtubern bemühte.<sup>49</sup>

In den ersten Wochen des Bundestagswahlkampfes 2025 orientierte sich das BSW-Niedersachsen bislang stark an der BSW-Bundeskampagne, die von Kandidat:innen, Mitgliedern und Unterstützer:innen in Niedersachsen durch Plakatierungen, Wahlkampfstände, Social-Media-Aktivitäten sowie Teilnahmen an regionalen Podien unterstützt wurde. Dabei wurden einige regionale Akzente des BSW-Niedersachsen erkennbar: So stellten sich die Wahlkämpfer:innen des BSW-Niedersachsen zumeist unpräzise und bodenständig dar. Sie posteten Videos, die sie mit hochgekrempelten Ärmeln auf der Dorfstraße, beim Gewichtheben im Fitnessstudio oder mit Kettensäge bei der Waldarbeit zeigen.<sup>50</sup> Vereinzelt finden sich auch personelle oder regionale Schwerpunktsetzungen. So fokussierte etwa der zweitplatzierte Listenkandidat für die Bundestagswahl, der Co-Landesvorsitzende Thorsten Renken, auf die Kritik an einem als ineffizienten und ungerecht bewerteten Gesundheitssystem, die er durch Erzählungen aus seinem Berufsalltag als Hausarzt verdeutlichte.<sup>51</sup> Wirtschaftspolitisch wurde vor allem die niedersächsische Automobilindustrie in den Blick genommen, die durch eine falsche Energie- und

47 Vgl. o.V.: Einzug über Liste unwahrscheinlich. Martin Vornkahl und Lars Leopold kandidieren auf BSW-Listenplätzen neun und zehn, in: Leine-Deister-Zeitung, 29.01.2025, S. 1.

48 Vgl. etwa: Giesecke, Stephanie: Wahlkampf in Wolfsburg: Vier Musketiere für „Sahra“, in: Braunschweiger Zeitung, 22.01.2025, URL: <https://www.braunschweiger-zeitung.de/niedersachsen/wolfsburg/article408131385/wahlkampf-in-wolfsburg-vier-musketiere-fuer-sahra.html> [eingesehen am 09.02.2025].

49 Vgl. etwa Saker, Basil/saker.basil: Post vom 04.02.2025, in: facebook.com, URL: <https://www.facebook.com/1096962868/videos/1397085011272892/> [eingesehen am 09.02.2025].

50 Vgl. BSW Niedersachsen/bsw.niedersachsen: Posts vom 23.01.2025, 29.01.2025 sowie 30.01.2025, in: facebook.com, URL: <https://www.facebook.com/share/r/16DR8y3Uhb/>, <https://www.facebook.com/share/r/1ACUs8xB3/> sowie <https://www.facebook.com/share/r/1A7eQUh3AA/> [alle eingesehen am 09.02.2025].

51 Vgl. phoenix: BSW-Parteitag: Rede von Thorsten Renken, in: phoenix, 12.01.2025, URL: <https://youtu.be/watch?v=JYk3JRNrC4c&t=26s> [eingesehen am 09.02.2025].

Klimapolitik in die Krise geraten sei. Letztere solle durch einen „Comeback-Plan“ gegen „Deindustrialisierung und wirtschaftlichen Abstieg“ gelöst werden, der etwa die Abschaffung einer „völlig unsozialen CO<sub>2</sub>-Bepreisung“, die Rückkehr zur „Technologieoffenheit“ oder die Einführung eines „Volksleasing“ für umweltfreundliche Fahrzeuge aus europäischer Produktion enthält, was insbesondere Menschen „mit geringem/normalen Einkommen“ unterstützen solle.<sup>52</sup>

### **BSW-Niedersachsen: Charakter, Potenziale und Herausforderungen**

Die vorliegende Analyse hat die dynamische Vor- und Frühentwicklung des BSW-Niedersachsen exploriert. Im Vergleich zur Bundespartei sind viele Ähnlichkeiten sowie einige Abweichungen ersichtlich. Die Gründungsgeschichte des Landesverbands verdeutlicht, dass es sich, anders als etwa bei den frühen Grünen oder der Piratenpartei, weder um eine genuine gesellschaftliche Neugründung noch um eine breite Sammlungsbewegung handelt. Grundlegend für die Parteikultur des BSW-Niedersachsen ist vielmehr die Entstehungsgeschichte als Abspaltung von Wagenknecht-Unterstützer:innen aus Der Linken, die Traditionen ihrer Herkunftspartei in veränderter Form fortführen. Ex-Linke und parteipolitisch Neuaktive haben dabei wichtige Posten und Positionen des BSW-Niedersachsen besetzt und können als Gründergeneration die weitere politische und organisatorische Entwicklung des BSW aus dieser Position auf regionaler Ebene mitprägen.

Organisatorisch hat das BSW-Niedersachsen bislang von den Vorteilen zentralistischer Steuerung profitiert. Die politischen *und* organisatorischen Vorgaben des Bundesverbands haben die Parteigründung und die ersten Wahlkampf-

teilnahmen stark vereinfacht. So wurden auch die für Neuparteien typischen Macht-, Identitäts- und Strategiekonflikte, die etwa Grüne oder AfD in ihrer Frühgeschichte über Jahre hinweg in Atem hielten, vorerst umschifft. In der nun anstehenden Parteaufbauphase können sich derartige Vor- allerdings rasch in Nachteile verkehren, da sie die Eigeninitiativen der Parteibasis und landesparteiliche Autonomie gegenüber dem Bundes-BSW blockieren. Um die bislang vorhandene Engagementsbereitschaft der rund 3.000 registrierten BSW-Unterstützer:innen in Niedersachsen zu erhalten und strukturell nutzen zu können, muss der bereits angekündigte Spurwechsel in Richtung Mitgliederpartei allerdings rasch und konsequent erfolgen.

Das ideologisch-programmatische Profil des BSW-Niedersachsen lässt sich wenige Monate nach seiner Gründung bislang nur schemenhaft erkennen. Die in biografischen Hintergründen, politischen Positionierungen und Wahlkampfaktivitäten ersichtliche Betonung wirtschaftlicher, sozialer und friedenspolitischer Forderungen verweist auf Themenschwerpunkte, Forderungen und Erfahrungen, die in den letzten Dekaden vor allem in linken und sozialdemokratischen Parteien sowie Gewerkschaften beheimatet waren. Eine konservative Schlagrichtung zeigt sich im BSW-Niedersachsen weniger in kultur- oder gesellschaftspolitischen Vorstößen als vor allem im Versuch, die wirtschaftlichen und industriellen Grundlagen von Wachstum und Wohlstand zu erhalten, um soziale Sicherheit und Ausgleich zu garantieren. Diese auch für die Migrationspolitik prägende Logik adressiert eher ökonomische Abstiegsängste als kulturelle Entfremdungsgefühle und versucht zugleich, die Interessen und Erfahrungen verschiedener Schichten zu verklammern.

Ob die vom BSW-Niedersachsen vertretene Offerte im bislang äußerst dynamischen und polarisierten Bundestagswahlkampf bei Wähler:innen verfangt, ist freilich nicht ausgemacht. Innen- und außenpolitische Eruptionen fordern die Kampagne des BSW heraus, dessen Hochburgen bei den Europawahlen 2024 – ähnlich

52 Bündnis Sahra Wagenknecht Niedersachsen: Autopolitik im Interesse von Beschäftigten und Kunden, Flyer zur Bundestagswahl 2025.

zur AfD – vor allem in den neuindustriellen Regionen im Nordwesten und Osten Niedersachsens sowie auf lokaler Ebene vor allem in sozial angespannten Quartieren lagen.<sup>53</sup> Sollte der Sprung in den Bundestag gelingen, könnten die niedersächsischen BSW-Abgeordneten zum regionalen Machtzentrum und Motor für den Aufbau der Landespartei avancieren; sollte er scheitern, dürfte die wohl folgende Demobilisierung in der Parteibasis den Aufbau des BSW in Niedersachsen massiv herausfordern.

#### Literaturverzeichnis

- Franzmann, Simon T./Kasten, Nadine/Hensel, Alexander: (K)ein Lückenfüller? Zu Profil und Programm der neuen Partei Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW), in: Demokratie-Dialog, H. 14/2024, S. 12–26, <https://doi.org/10.17875/gup2024-2629>.
- Heckmann, Leon/Wurthmann, L. Constantin/Wagner, Sarah: Who's afraid of Sahra – Understanding the shift in votes towards Germany's Bündnis Sahra Wagenknecht, in: Research & Politics, Jg. 12 (2025), H. 1, S. 1–7, <https://doi.org/10.1177/20531680241311504>.
- Hensel, Alexander/Klecha, Stephan/Walter, Franz: Meuterei auf der Deutschland. Ziele und Chancen der Piratenpartei, Berlin 2012.
- Holzhauser, Thorsten: Linkskonservativer Populismus, in: merkur-zeitschrift.de, 02.05.2023, URL: <https://www.merkur-zeitschrift.de/2023/05/02/linkskonservativer-populismus/> [eingesehen am 05.02.2025].
- Jandura, Olaf/Marcinkowski, Frank/Anicker, Fabian: Außerhalb gewohnter Pfade. Wer zählt zum Wählerpotenzial des Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW)?, in: Zeitschrift für Parteienwissenschaft, H. 3/2023, S. 288–303, <https://doi.org/10.24338/mip-2024288-303>.
- Jun, Uwe: Das Ende des „Volksparteiensystems“?, in: INDES. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft, H. 1–2/2024, S. 191–197.
- Kahrs, Horst: Kulturkampf mit Wagenknecht. Zum politischen Potenzial einer linksautoritären Partei, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 10/2023, S. 69–76.
- Klecha, Stephan: Wahlen und Wahlverhalten in Niedersachsen, in: Nentwig, Teresa/Werwath, Christian (Hrsg.): Politik und Regieren in Niedersachsen, Wiesbaden 2016, S. 79–104.
- Schönberger, Sophie: There's a new kid in town – das Bündnis Sahra Wagenknecht als Herausforderung für das Parteienrecht, PRUF Working Paper No. 5/2024.
- Thomeczek, Jan Philipp: Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW): Left-Wing Authoritarian—and Populist? An Empirical Analysis in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 65 (2024), H. 3, S. 535–552, <https://doi.org/10.1007/s11615-024-00544-z>.

#### Quellenverzeichnis

- Beucker, Pascal: Linkspartei bleibt APO, in: taz.de, 09.10.2022, URL: <https://taz.de/Landtagswahl-in-Niedersachsen/!5886620/> [eingesehen am 16.01.2025].
- Bündnis Sahra Wagenknecht Niedersachsen: Autopolitik im Interesse von Beschäftigten und Kunden, Flyer zur Bundestagswahl 2025.
- BSW Niedersachsen/bsw.niedersachsen: Post vom 23.01.2025, in: facebook.com, URL: <https://www.facebook.com/share/r/16DR8y3UHb/> [eingesehen am 09.02.2025].
- BSW Niedersachsen/bsw.niedersachsen: Post vom 29.01.2025, in: facebook.com, URL: <https://www.facebook.com/share/r/1ACUs8xsB3/> [eingesehen am 09.02.2025].
- BSW Niedersachsen/bsw.niedersachsen: Post vom 30.01.2025, in: facebook.com, URL: <https://www.facebook.com/share/r/1A7eQUh3AA/> [eingesehen am 09.02.2025].
- Bündnis Sahra Wagenknecht: Kandidaturen für den BSW-Landesvorstand Niedersachsen, Tagungsunterlagen Gründungsversammlung (Stand: 03.09.2024).
- Bündnis Sahra Wagenknecht: Satzung des Landesverbands Niedersachsen, Tagungsunterlagen zur Gründungsversammlung des Landesverbands Niedersachsen der Partei Bündnis

53 Vgl. Landeshauptstadt/Region Hannover: Europawahl 2024 in der Region Hannover. Ergebnisse – Analysen – Vergleiche, URL: <https://www.hannover.de/content/download/991189/file/Wahlbericht%20Europawahl%2024%20%28%29.pdf> [eingesehen am 09.02.2024], hier S. 31 sowie S. 39.

Sahra Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit am 15. September 2024 in Oldenburg.

Cziesla, Vincent: Flucht nach vorn, in: unsere-zeit.de, 08.12.2023, URL: <https://www.unsere-zeit.de/flucht-nach-vorn-2-4786513/> [eingesehen am 05.02.2025].

Doeleke, Karl: Das Bündnis Sahra Wagenknecht gibt es jetzt auch in Niedersachsen, in: haz.de, 15.09.2024, URL: <https://www.haz.de/der-norden/buendnis-sahra-wagenknecht-hat-in-niedersachsen-einen-landesverband-SV-KJ7QN2QNDLDDP2LIEXSCEI.html> [eingesehen am 16.01.2025].

Duncan, Lisa: Maik Smidt aus Langwedel engagiert sich in Bündnis für Pflegende und Patienten, in: kreiszeitung.de, 18.08.2022, URL: <https://www.kreiszeitung.de/lokales/verden/langwedel-ort120521/maik-smidt-aus-langwedel-engagiert-sich-in-buendnis-fuer-pflegende-91731157.html> [eingesehen am 06.02.2025].

Giesecke, Stephanie: Wahlkampf in Wolfsburg: Vier Musketiere für „Sahra“, in: Braunschweiger Zeitung, 22.01.2025, URL: <https://www.braunschweiger-zeitung.de/niedersachsen/wolfsburg/article408131385/wahlkampf-in-wolfsburg-vier-musketiere-fuer-sahra.html> [eingesehen am 09.02.2025].

Landeshauptstadt/Region Hannover: Europawahl 2024 in der Region Hannover. Ergebnisse – Analysen – Vergleiche, URL: <https://www.hannover.de/content/download/991189/file/Wahlbericht%20Europawahl%202024%20%282%29.pdf> [eingesehen am 09.02.2024].

Lehmann, Anna: Das System Dieter Dehm, in: taz.de, 12.10.2017, URL: <https://taz.de/Die-Linke-in-Niedersachsen/!5452484/> [eingesehen am 20.01.2025].

Likus, Harald: Sie bleibt Linke, er will zum BSW, in: Braunschweiger Zeitung, 08.09.2024, URL: <https://www.braunschweiger-zeitung.de/niedersachsen/braunschweig/article407200923/sie-bleibt-linke-er-will-zum-bsw-braunschweiger-paar-berichtet.html> [eingesehen am 16.01.2025].

Likus, Harald: Knatsch im BSW: Wieso zwei zornige Helmstedter hinschmeißen, in: Braunschweiger Zeitung, 02.12.2024, URL: <https://www.braunschweiger-zeitung.de/niedersachsen/helmstedt/article407810566/wagenknecht-partei-wieso-zwei-zornige-helmstedter-hin-schmeissen.html> [eingesehen am 03.02.2025].

Lindner, Kerstin: Starke Unterstützer für das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) in Braunschweig, in: Braunschweiger Spiegel, 03.06.2024, URL: <https://braunschweig-spiegel.de/starke-unterstuetzung-fuer-das-buendnis-sahra-wagenknecht-bsw-in-braunschweig/> [eingesehen am 16.01.2025].

Michael, Anja: Linken-Fraktion wechselt geschlossen zur neuen Wagenknecht-Partei, in: oldenburger-onlinezeitung.de, 05.01.2024, URL: <https://www.oldenburger-onlinezeitung.de/politik/linken-fraktion-wechselt-geschlossen-zur-neuen-wagenknecht-partei-118650.html> [eingesehen am 16.01.2025].

Nimz, Ulrike: „Partei eines ganz neuen Typs“, in: Süddeutsche.de, 15.09.2022, URL: <https://www.sueddeutsche.de/politik/bsw-partei-landesverband-niedersachsen-lux.4RW5U2Y-fCHyG4ST7BD7DYN> [eingesehen am 20.01.2025].

O.V.: BSW will sich für Mitglieder öffnen, in: noz.de, 17.01.2025, URL: <https://www.noz.de/deutschland-welt/niedersachsen/artikel/bsw-will-sich-fuer-mitglieder-oeffnen-48239979> [eingesehen am 16.01.2025].

O.V.: Einzug über Liste unwahrscheinlich. Martin Vornkahl und Lars Leopold kandidieren auf BSW-Listenplätzen neun und zehn, in: Leine-Deister-Zeitung, 29.01.2025, S. 1.

O.V.: „Ich möchte Sahra immer“: Maik Smidt will das BSW in der Region verankern, in: kreiszeitung.de, 17.07.2024, URL: <https://www.kreiszeitung.de/lokales/rotenburg/rotenburg-ort120515/das-aktive-bsw-mitglied-maik-smidt-ich-moechte-sahra-immer-schon-93192104.html> [eingesehen am 07.02.2025].

O.V.: Innerparteiliche Opposition, in: Rundblick, Nr. 131, 08.08.2023.

O.V.: Neue Wagenknecht-Partei: So reagiert die Linke rund um den Harz, in: harzkurier.de, 23.10.2023, URL: <https://www.harzkurier.de/lokales/osterode/article239870807/Neue-Wagenknecht-Partei-So-reagiert-die-Linke-im-Landkreis-Goettingen.html> [eingesehen am 16.01.2025].

Onken, Holger/holger.onken.7: Post vom 16.01.2025, in: facebook.com, URL: <https://www.facebook.com/share/p/19Z-qn6Tits/> [eingesehen am 09.02.2025].

Paul, Reimar: Kreis Göttingen: Aderlass der Linken, in: nd-aktuell, 09.11.2023, URL: <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1177648.wagenknecht-kreis-goettingen-aderlass-in-der-linken.html> [eingesehen am 03.02.2025].

phoenix: BSW-Parteitag: Rede von Thorsten Renken, in: phoenix, 12.01.2025, URL: <https://youtu.be/watch?v=JYk-3JRNrC4c&t=26s> [eingesehen am 09.02.2025].

Ripperger, Anna-Lena: Wachstumsschmerzen einer jungen Partei, in: FAZ, 13.01.2025.

Saker, Basil/saker.basil: Post vom 04.02.2025, in: facebook.com, URL: <https://www.facebook.com/1096962868/videos/1397085011272892/> [eingesehen am 09.02.2025].

Wallbaum, Klaus: Die Linkspartei wird jünger, rebellischer und auch unberechenbarer, in: Rundblick, 03.03.2019, URL: <https://www.rundblick-niedersachsen.de/die-linkspartei-wird-juenger-rebellischer-und-auch-unberechenbarer/> [eingesehen am 20.01.2025].

Wallbaum, Klaus: Wirbel um Diether Dehm: Linken-Politiker wollen das Urgestein aus der Partei werfen, in: Rundblick, Nr. 202, 15.11.2022.

Wallbaum, Klaus: So geht es mit dem „Bündnis Sahra Wagenknecht“ in Niedersachsen weiter, in: Rundblick, Nr. 91, 21.05.2024.

Wallbaum, Klaus: Plagt das BSW die Angst vor Unterwanderung, oder ist es nur die Angst vor Widerspruch?, in: Rundblick, Nr. 160, 15.09.2024.

Wallbaum, Klaus: Wagenknecht-Partei kann mit vielen Helfern aus Niedersachsen rechnen, in: Rundblick, Nr. 183, 23.10.2023.

Wallbaum, Klaus: Parteivorsitzende führt Landesliste des BSW für den Bundestag an, in: Rundblick, Nr. 215, 03.12.2024.

Wallbaum, Klaus: BSW kündigt Kurswechsel an und will „Mitgliederpartei“ werden, in: Rundblick, 17.01.2025, URL: <https://www.rundblick-niedersachsen.de/bsw-kuendigt-kurswechsel-an-und-will-mitgliederpartei-werden/> [eingesehen am 09.02.2025].

Woldt, Elisabeth: Darum steht die Linke in Niedersachsen vor der Spaltung, in: haz.de, 12.08.2023, URL: <https://www.haz.de/der-norden/netzwerk-was-tun-darum-steht-die-linke-in-niedersachsen-vor-der-spaltung-SZC4GQMAXREL-RP76S5JTDKIMA.html> [eingesehen am 16.01.2025].

Ziegler, Simon: Bündnis Sahra Wagenknecht: Johannes Zang aus Celle ist Geschäftsführer des Landesverbands, in: Cellische Zeitung, 19.11.2024, URL: <https://www.cz.de/lokales/celle-1k/celle/buendnis-sahra-wagenknecht-in-celle-keine-direktkandidaten-kein-kreisverband-vor-2025-VXI0EX-ZUZRAL5GDZ7576HLZLNWE.html> [eingesehen am 16.01.2025].



**Alexander Hensel**, geb. 1983, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Göttinger Institut für Demokratieforschung. Er forscht seit mehreren Jahren zur Parteien- und Parlamentsentwicklung der AfD auf Bundes- und Landesebene.



**Leander Fricke (B.A.)**, geb. 1994, studiert im Master Soziologie an der Universität Göttingen. Seit Juli 2022 arbeitet er als studentischer Mitarbeiter im Fachbereich Rechtsradikalismus in der Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen (FoDEx) am Institut für Demokratieforschung.



**Dario Wehner**, geb. 1999, studiert Philosophie und Politikwissenschaft an der Georg-August-Universität Göttingen. Seit Januar 2023 arbeitet er hier als studentischer Mitarbeiter am Institut für Demokratieforschung, zuletzt im Fachbereich Rechtsradikalismus des Projekts FoDEx.

DOI: <https://doi.org/10.17875/gup2025-2822>  
Franzmann, Simon T.  
(2025): „Überberichtete Unterschiede. Der Gender Vote Gap in Niedersachsen“ In: Demokratie-Dialog 15 (2025) S. 26–37.

# Überberichtete Unterschiede

## Der *Gender Vote Gap* in Niedersachsen

Simon T. Franzmann

/// **M**änner wählen rechts, Frauen wählen links“, intonierten verschiedene Medien in den vergangenen Monaten.<sup>1</sup> Mit der Bundestagswahl Ende Februar gewann diese Annahme neue Aktualität, da insbesondere die Gruppe der Erstwählerinnen zu 35 Prozent die Linke wählte, die männlichen Erstwähler hingegen nur

zu 16 Prozent.<sup>2</sup> Bei der Alternative für Deutschland (AfD) lag das Stimmverhältnis bei der jüngsten Wähler:innenkohorte umgekehrt bei 15 Prozent (Frauen) respektive bei 27 Prozent (Männer).<sup>3</sup> Die Diskussion um den sogenannten *Gender Vote Gap* – also das unterschiedliche Wahlverhalten nach dem binär erhobenen

---

1 Biallas, Manuel und Schneider, Isabel: Warum junge Männer rechts wählen, in: NDR.de, 15.05.2024, URL: <https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/panorama/archiv/2024/Warum-junge-Maenner-rechts-waehlen,jungemaenner100.html> [eingesehen am 12.03.2025].

---

2 Daum, Philipp: „In Dating-Apps sagen linke Frauen, sie würden nie Konservative daten“, in: Zeit Online, 03.03.2025, URL: <https://www.zeit.de/gesellschaft/2025-03/geschlechterforschung-wahlverhalten-linke-frauen-rechte-maenner-alice-evans> [eingesehen am 12.03.2025].

3 O.V.: Wer wählte die AfD – und warum?, in: tagesschau.de, 24.02.2025, <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2025-02-23-BT-DE/umfrage-afd.shtml> [eingesehen am 25.03.2025].

Geschlecht männlich und weiblich – ist damit endgültig auch in Deutschland angekommen.

Der *Gender Vote Gap* besagt, dass insbesondere (junge) Frauen, progressive Einstellungen und (junge) Männer konservative vertreten und deswegen entsprechend unterschiedliche Parteien wählten. Doch stimmt dieser Rückschluss vom Wahlverhalten auf die dahinterliegenden Einstellungen? Die Politikwissenschaft tendiert in ihrer Deutung des sogenannten *modernen oder neuen Gender Vote Gaps*<sup>4</sup> vielmehr dazu, dass Frauen sich ideologisch überwiegend links der Mitte, Männer hingegen eher rechts verorten würden. Folglich tendierten (junge) Männer eher dazu, nicht konservative, sondern auch rechtspopulistische bis –extreme Parteien häufiger zu wählen als Frauen.<sup>5</sup> Dies ist jedoch kein Naturgesetz: In der historischen Rückschau sah etwa der *alte Gender Vote Gap* während des 20. Jahrhunderts so aus, dass in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg Frauen eher konservative Parteien rechts der Mitte wählten und Männer eher die Sozialdemokratie bevorzugten.<sup>6</sup>

In der jüngeren Vergangenheit wechselten die Geschlechter demzufolge also die politischen Lager.<sup>7</sup>

Somit hat dieser *Gender Vote Gap* auch eine demokratietheoretische Relevanz: Gibt es tatsächlich langfristige geschlechtsspezifische Unterschiede in der Unterstützung der politischen Lager? Korrespondiert dies mit Einstellungen zur repräsentativen Demokratie? Oder handelt es sich vielmehr um eine kurzfristige Momentaufnahme aufgrund externer Einflussfaktoren?

Bisherige empirische Befunde sind – trotz der in Medien suggerierten Eindeutigkeit – hinsichtlich dieser Fragen widersprüchlich. So wählten länderübergreifend bei der letzten Europawahl 2024 tatsächlich mehr Männer rechtspopulistische Parteien – in Deutschland wählten etwa 19 Prozent der Männer, aber nur 12 Prozent der Frauen die AfD.<sup>8</sup> Dies wiederholte sich bei der Bundestagswahl 2025 mit einem Abstand von 6 Prozentpunkten – 24 Prozent bei den Männern, 18 Prozent bei den Frauen.<sup>9</sup> Allerdings können wir in Deutschland dieses Muster durchgängig erst seit 2017 beobachten.<sup>10</sup>

4 Giger, Nathalie: Towards a modern gender gap in Europe? A comparative analysis of voting behavior in 12 countries, in: *The Social Science Journal*, Jg. 46 (2009), H. 3, S. 474–492, <https://doi.org/10.1016/j.sos-cij.2009.03.002>; Abendschön, Simone und Steinmetz, Stephanie: The gender gap in voting revisited. Women's party preferences in a European context, in: *Social Politics*, Jg. 21 (2014), H. 2, S. 315–344, <https://doi.org/10.1093/sp/jxu009>; Hudde, Ansgar: Seven Decades of Gender Differences in German Voting Behavior, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Jg. 75 (2023), H. 2, S. 143–170, <https://doi.org/10.1007/s11577-023-00904-4>.

5 Dassonneville, Ruth: Change and continuity in the ideological gender gap a longitudinal analysis of left-right self-placement in OECD countries, in: *European Journal of Political Research*, Jg. 60 (2021), H. 1, S. 225–238, <https://doi.org/10.1111/1475-6765.12384>.

6 Knutsen, Oddbjørn: Social Class, Sector Employment, and Gender as Party Cleavages in the Scandinavian Countries. A Comparative Longitudinal Study, in: *Scandinavian Political Studies*, Jg. 24 (2001), H. 4, S. 311–350, <https://doi.org/10.1111/1467-9477.00058>.

Im Folgenden wird auf Basis der Daten des Niedersächsischen Demokratie-Monitors (NDM) erörtert, inwieweit die Voraussetzungen für den modernen *Gender Vote Gap* innerhalb der niedersächsischen Bevölkerung gegeben sind

7 Medial diskutiert in: Golle, Anne-Sophie: Gender-Gap beim Wählen. Junge Menschen driften auseinander, in: *MDR Wissen*, 26.04.2024, URL: <https://www.mdr.de/wissen/psychologie-sozialwissenschaften/wahlverhalten-konservativ-liberal-gender-gap-spaltung-junge-generation-102.html> [eingesehen am 12.03.2025].

8 Forschungsgruppe Wahlen: Europawahl 2024. Bericht vom 9. Juni 2024 (Nr. 194), in: *Politikbarometer Extra*, 09.06.2025, URL: [https://www.forschungsgruppe.de/Wahlen/Wahlanalysen/NewsL\\_Euro\\_240609.pdf](https://www.forschungsgruppe.de/Wahlen/Wahlanalysen/NewsL_Euro_240609.pdf) [eingesehen am 12.03.2025].

9 O.V.: Wer wählte die AfD – und warum?

10 Hudde: Gender Differences.

und ob hinter dem *Vote Gap* tatsächlich große ideologische Einstellungsunterschiede liegen. Der NDM erhebt alle zwei Jahre die politische Werteeinstellung der niedersächsischen Bevölkerung mittels einer repräsentativen Befragung. Er ist daher hervorragend geeignet, die oben aufgeworfenen Fragen auf Basis einer Sekundärdatenanalyse zu klären. In diesem Artikel werden zunächst mit diesen Daten die ideologische Verortung der befragten Personen und ihre Problemwahrnehmung als mögliche Gründe für das geschlechtsspezifische Wahlverhalten untersucht. Der Beitrag analysiert das grundsätzliche geschlechtsspezifische Wählerinnenpotenzial für die AfD sowie als Korrelat die Unterstützung der repräsentativen Demokratie und ihre regionale Verteilung.

### Ideologische Verortung

Betrachten wir zunächst die ideologische Selbstverortung. Wir haben die Personen gefragt, wo sie sich selbst innerhalb eines Links-Rechts-Spektrums auf einer Skala von eins bis elf verorten würden. Auf dieser Datengrundlage können wir Gruppen bilden, die eine Mitte-, Links- oder Rechts-Orientierung repräsentieren. Die Skalen-

werte fünf, sechs und sieben stehen demnach für eine ideologisch mittige Selbsteinstufung der Befragten. Werte darunter gelten als links, Werte darüber gelten als rechts. Nach der Theorie des modernen *Gender Vote Gap* sollten Frauen sich deutlich häufiger links, Männer deutlich häufiger rechts einsortieren. In Niedersachsen ist dies aber so eindeutig nicht der Fall (s. Abb. 1).

Es zeigt sich vielmehr, dass sich der Wert für eine linke Selbsteinstufung zwischen den Geschlechtern kaum unterscheidet. Der Unterschied für die rechte Kategorie beträgt knapp vier Prozentpunkte, der sich daraus speist, dass sich mehr Frauen in der Mitte verorten als Männer. Insofern finden wir nur eine schwache Teilbestätigung, dass sich Männer eher rechts verorten. Dass Frauen eher links eingestellt sind, lässt sich anhand unserer Daten hingegen nicht bestätigen.

### Sympathien gegenüber der AfD

Ungeachtet der geringen Unterschiede hinsichtlich der ideologischen Selbsteinstufung betragen die Unterschiede bei der Europawahl 2024 bei der Wahl der AfD zwischen Frauen

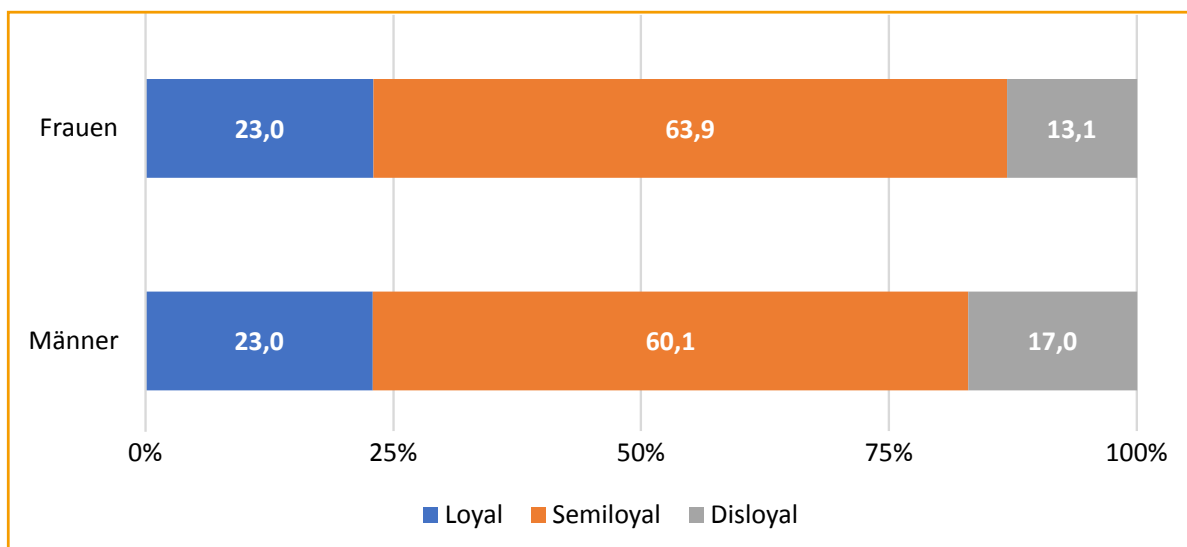


Abbildung 1: Ideologische Links-Rechts-Selbsteinstufung nach Geschlecht. Eigene Darstellung auf Basis von Harfst et al.: Niedersächsischer Demokratie-Monitor 2023.

und Männern ganze sieben Prozentpunkte,<sup>11</sup> bei der Bundestagswahl sechs Prozentpunkte<sup>12</sup> und bei der niedersächsischen Landtagswahl 2022 noch fünf Prozentpunkte.<sup>13</sup> Gibt es also Anhaltspunkte, die erklären, warum Frauen die AfD signifikant seltener wählen? Um diese Frage zu beantworten, kann das Potenzial zur Wahlabsicht über ein Sympathieskalometer auf Basis der NDM-Daten ermittelt werden. Damit wird nicht direkt nach der Wahlabsicht gefragt; da diese klassische Sonntagsfrage volatil gegenüber tagespolitischen Ereignissen ist, können Ergebnisse in entsprechenden Umfragen stark schwanken. Über die Erhebung der Sympathie für die Parteien kann daher robuster geschlussfolgert werden, wie hoch das Potenzial für die jeweiligen Parteien ist.<sup>14</sup>

Bei einer Betrachtung der Extremwerte – maximale Befürwortung und maximale Ablehnung der AfD – zeigt sich in Niedersachsen ein klares Muster: 77 Prozent der befragten Frauen gaben in Niedersachsen den maximal schlechtesten Wert von -5 an, während nur 55 Prozent der Männer diesen Maximalwert wählten. Zum Vergleich: Bei den Grünen liegt diese maximale Ablehnung bei 15 Prozent (Frauen) beziehungsweise 30 Prozent (Männer). Die Grünen bieten sich deswegen als Vergleichsmaßstab an, weil sie zum Erhebungszeitraum des NDM eine spiegelbildliche Ungleichverteilung zur AfD aufwiesen. Hier bildet sich der moderne parteipolitische Geschlechterunterschied sehr deutlich ab: Zwar lehnen beide Geschlechter die AfD mehrheit-

lich ab – bei Frauen fällt diese Ablehnung um bemerkenswerte 22 Prozent deutlicher aus. Umgekehrt lehnen Männer die Grünen um 15 Prozentpunkte stärker ab.

Bislang haben wir erhoben, wer die AfD nicht wählen würde. Um nun zu schätzen, wer denn tatsächlich die AfD wählen könnte, werden nun die Personen verglichen, die eine positive Haltung zur AfD ausdrücken. Wenn die Befragten bewusst einen Wert über null angaben, kann von solch einer positiven Haltung ausgegangen werden – ungeachtet dessen, ob sie diese Partei tatsächlich wählen.

**Tabelle 1: Positive Haltung zur Partei AfD: Auf einer Skala von -5 bis 5 ab einem Wert von 1 oder höher. Die rechte Spalte „(absoluter) Gender Gap“ gibt an, um wie viele Prozentpunkte sich die Geschlechter in der Summe in ihrer Sympathie zur AfD verhalten. Werte über null zeigen, dass ein höherer Prozentanteil an Männern in dieser Altersgruppe Sympathien für die AfD hegt als Frauen, ein negativer Wert zeigt umgekehrt eine höhere Sympathie der Frauen zur AfD in dieser Altersgruppe. Eigene Auswertung auf Basis von Harfst et al.: Niedersächsischer Demokratie-Monitor 2023.**

Kohorte	Alle	Mann	Frau	(absoluter) Gender Gap
16-29	21,15%	20,43%	21,92%	-1,49
30-39	19,81%	20,63%	18,94%	1,69
40-49	26,39%	33,73%	18,65%	15,08
50-59	23,97%	27%	21,25%	5,75
60-69	13,17%	10,29%	15,78%	-5,49
70+	10,71%	13,75%	8,22%	5,53
<b>Gesamt</b>	<b>19,41%</b>	<b>21,49%</b>	<b>17,41%</b>	<b>4,08</b>

Aus Tabelle 1 wird ersichtlich, dass die grundsätzlich positive Bewertung der AfD zwischen den Geschlechtern nicht so unterschiedlich ausfällt wie erwartet. Hier beträgt der *Gap* – die Lücke – insgesamt lediglich rund 4 Prozent. Dies entspricht dem Wert, den wir oben unter Zuhilfenahme der Links-Rechts-Selbsteinstufung identifiziert haben und der dem Niveau

11 Forschungsgruppe Wahlen: Europawahl 2024.

12 O.V.: Wer wählte was?, in: tagesschau.de, 24.02.2025, URL: <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2025-02-23-BT-DE/umfrage-werwas.shtml> [eingesehen am 12.03.2025].

13 O.V.: Wer wählte die AfD – und warum?

14 Eine Alternative ist die verbreitete Erhebung der „Propensity to vote“ mit der Frage: „Wie wahrscheinlich ist es, dass Sie folgende Partei wählen?“ Da wir im NDM an langfristigen Überzeugungen jenseits der Wahlentscheidung interessiert sind, nutzen wir Sympathien.

der Landtagswahl 2022 entspricht. Die beiden jüngeren Kohorten bis 39 Jahre liegen prozentual eng beieinander, hier können wir von einer statistischen Gleichverteilung sprechen. Dieser Befund zur jüngeren Gruppe widerspricht aber wiederum deutlich dem in der Einleitung medial diskutierten Geschlechtsunterschied. Nach den Wahlergebnissen der letzten Bundestagswahl wäre für die jüngste Alterskohorte ein niedrigerer Wert bei den Frauen zu erwarten gewesen. Lediglich in der Gruppe der Vierzig- bis 49-Jährigen gibt es einen massiven Geschlechterunterschied von 15 Prozentpunkten; hier ist die AfD bei Männern also deutlich beliebter. Die extrem hohe Ausprägung bei den Männern zwischen vierzig und fünfzig Jahren spiegelt sich schließlich auch in den Wahlergebnissen wider.<sup>15</sup>

### Gender Problem Gap

Lässt sich diese Teilbestätigung des *Gender Vote Gaps* auf thematische Präferenzen zurückführen? Befunde für andere Länder deuten darauf hin, dass Frauen ökologische und soziale Themen höher priorisieren, Männer hingegen eher Wirtschaftsthemen. Dies könnte den *Vote Gap* themenspezifisch erklären.<sup>16</sup>

In den Niedersächsischen Demokratie-Monitoren der Jahre 2019 und 2023 wurden die Befragten nach dem wichtigsten und zweitwichtigsten politischen Problem gefragt. Ihre Antworten verdeutlichen eine klare Tendenz.

**Tabelle 2: Wichtigste Probleme nach Geschlecht im Jahr 2019. Eigene Darstellung auf Basis von: Marg et al.: Niedersächsischer Demokratie-Monitor 2019.**

Wichtigstes oder zweitwichtigstes Problem 2019	Frau	Mann
Migration	22,01%	23,72%
Umwelt/Klima	16,63%	12,37%
Soziale Gerechtigkeit	32,42%	30,08%
Wirtschaft	6,7%	11,82%
Bildung	17,51%	10,75%

2019 unterschieden sich hinsichtlich der Problemnennung von Migration die Geschlechter praktisch nicht, ebenso im Themenfeld Soziale Gerechtigkeit (Tabelle 2). Unterschiede gab es tatsächlich bei der Nennung von Umwelt und Klima, bei denen – der theoretischen Erwartung entsprechend – die Frauen leicht höhere Werte aufwiesen. Dies war für Männer beim Thema Wirtschaft der Fall. Schließlich nannten Frauen Bildung wesentlich häufiger als Problemkomplex.

Für 2023 gestaltet sich die Situation ähnlich, wenn im Detail auch anders: Migration und Umwelt werden hier insgesamt deutlich häufiger genannt (Tabelle 3). Neu ist allerdings, dass sich Frauen und Männer beim Thema Umwelt und Klima nicht mehr unterscheiden. Preise, Lebenshaltungskosten und Wirtschaft allgemein – all dies wird von Männern weiterhin deutlich häufiger genannt als von Frauen.<sup>17</sup> Dies gilt andersherum für das Thema Bildung. Wir finden damit einen klaren Hinweis auf themenspezifische Unterschiede bei der Problemwahrnehmung, die sich mutmaßlich auch auf die Präferenz von Parteien auswirken. Zumindest korrespondiert

15 O.V.: Wen wählten Jüngere und Ältere?, in: tagesschau.de, 24.02.2025, URL: <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2025-02-23-BT-DE/umfrage-alter.shtml> [eingesehen am 12.03.2025].

16 Fuchs, Gesine: Wählen Frauen anders als Männer?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 12.10.2018, URL: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/277339/waehlen-frauen-anders-als-maenner/> [eingesehen am 12.03.2025].

17 Da es sich um eine offene Frage handelt, sind die Kategorien begrifflich nicht immer vollständig deckungsgleich. Der 2019 noch häufig genannte Begriff der Sozialen Gerechtigkeit ist 2023 kaum noch eigenständig präsent.

dies mit den Kompetenzzuschreibungen und Wahlmotiven für die Grünen und der AfD bei der Landtagswahl 2022. Hier werden für die Grünen Klima- und Bildungspolitik genannt – für die AfD – neben Kriminalitätsbekämpfung und sozialer Gerechtigkeit – Arbeitsplätze und Wirtschaft.<sup>18</sup>

**Tabelle 3: Wichtigste Probleme nach Geschlecht im Jahr 2023. Eigene Darstellung auf Basis von Harfst et al.: Niedersächsischer Demokratie-Monitor 2023.**

Wichtigstes oder zweitwichtigstes Problem 2023	Frau	Mann
Migration	35,89%	38,62%
Umwelt/Klima	24,96%	25,92%
Wirtschaft, Lebenshaltungskosten & Soziales	16,81%	29,76%
Bildung	12,5%	3,27%

### Einstellung zur repräsentativen Demokratie

Auf Basis des *Gender Vote Gaps* wird häufig vermutet, dass Männer nicht nur häufiger rechtspopulistische Parteien wählen, sondern darüber hinaus auch tatsächlich stärker populistisch und demokratieskeptisch eingestellt sind. Doch stimmt dies überhaupt? Da in Umfragen die oft gestellte Frage, ob die Demokratie das „beste politische System“ sei, meist sehr hohe Zustimmungswerte von bis zu neunzig Prozent erzielt, erwarten wir hier keine geschlechtsspezifischen Unterschiede. Der NDM fragt stattdessen nach den Teilelementen der repräsentativen Demokratie – der Notwendigkeit von Parteien und Opposition. Daraus wird

ein Indikator gebildet, der die Loyalität zur repräsentativen Demokratie erfasst – eine Terminologie, die der Politikwissenschaftler Juan Linz in die Politikwissenschaft eingeführt hat.<sup>19</sup> Für eine Demokratie ist Linz zufolge entscheidend, dass die zur repräsentativen Demokratie semiloyalen Personen nicht mit den Disloyalen – das sind offene Demokratiefeind:innen – kooperieren. Wenn die Stabilität und Sicherung von Demokratien diskutiert wird, dann geht es also darum, diese Gruppe der Semiloyalen für die repräsentative Demokratie zu erhalten.

Abbildung 2 stellt dies mit einer kleinen Interpretationshilfe dar. Die hohen Werte sieben und acht repräsentieren die Bevölkerungsanteile, die als uneingeschränkt loyal zur repräsentativen Demokratie angesehen werden können. Die Werte fünf und sechs, hier dargestellt im Raum zwischen gestrichelter und durchgezogener roter Linie, sind die sogenannten semiloyalen Personen. Die Werte von vier oder weniger sind diejenigen, die für die repräsentative Demokratie derzeit kaum gewinnbar sind. Dies sind zusammengerechnet knapp zehn Prozent der Befragten. Der Anteil der Semiloyalen beträgt zusammengerechnet 22,6 Prozent, der der Loyalen über 67 Prozent. Wie sind diese Loyalitätsmuster zur repräsentativen Demokratie in der niedersächsischen Bevölkerung verteilt?

Interessant ist hier zunächst der Blick auf die Geschlechterverteilung: Bei den Disloyalen überwiegen knapp die Männer, bei den Semiloyalen allerdings klar die Frauen, sodass die Männer wiederum die größere Gruppe bei den zur repräsentativen Demokratie loyalen Personen stellen. Der höhere Anteil an Disloyalen bei den Männern korrespondiert mit dem Befund, dass sie eher zu systemfeindlichen Parteien neigen. Allerdings überrascht der hohe Anteil an semiloyalen Frauen. Üblicherweise wird ver-

18 O.V.: Wer wählte die Grünen – und warum?, in: tageschau.de, 09.10.202, URL: <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2022-10-09-LT-DE-NI/umfrage-gruene.shtml> [eingesehen am 12.03.2025]; o.V.: Wer wählte die AfD – und warum?

19 Linz, Juan J. und Stepan, Alfred C.: The breakdown of democratic regimes, Baltimore 1978; Levitsky, Steven und Ziblatt, Daniel: Wie Demokratien sterben. Und was wir dagegen tun können, München 2018.

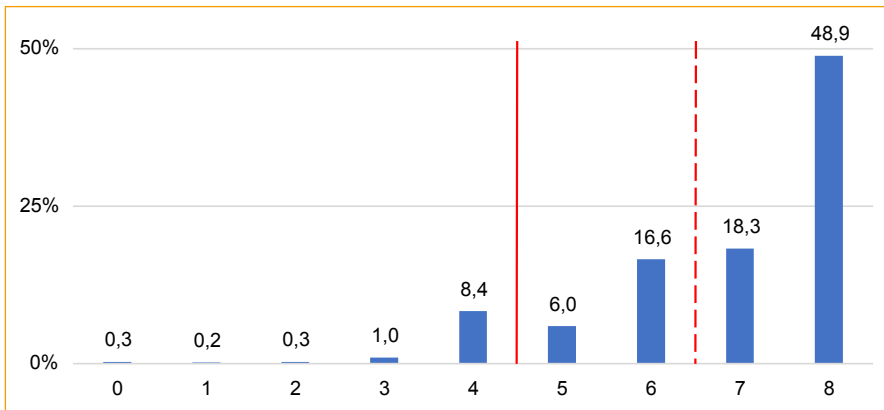


Abbildung 2: Unterstützung der repräsentativen Demokratie in Niedersachsen 2023. Eigene Berechnungen. Wertebereich von 0–8, wobei Werte bis 4 Disloyalität anzeigen, 5 und 6 Semiloyalität und 7 und 8 Loyalität zur repräsentativen Demokratie. Eigene Berechnung auf Basis von Harfst et al.: Niedersächsischer Demokratie-Monitor 2023.

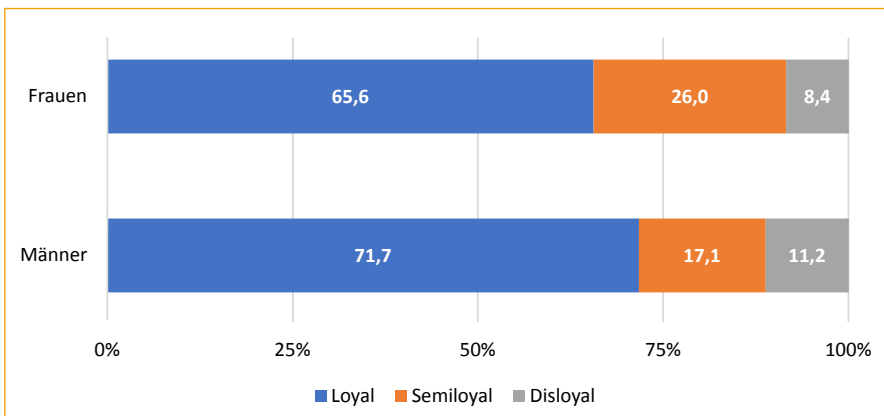


Abbildung 3: Anteil der loyalen, semiloyalen und disloyalen Personen gegenüber der repräsentativen Demokratie nach Geschlecht. Eigene Berechnung auf Basis von Harfst et al.: Niedersächsischer Demokratie-Monitor 2023.

mutet, dass Semiloyalität zur repräsentativen Demokratie mit einer Präferenz für populistische Parteien einhergeht.<sup>20</sup> Der sehr hohe Anteil bei den Frauen von 26 Prozent (Abbildung 3) übersteigt jedoch bei Weitem das Potenzial dieser Parteien bei Frauen, das auf 17,4 Prozent geschätzt werden kann (Tabelle 1). Innerhalb der Gruppe der semiloyalen Frauen ist die CDU mit 32,6 Prozent bei der Frage nach der Wahl am kommenden Sonntag stärkste Partei, die SPD mit 24,1 Prozent die zweitstärkste Kraft vor den Grünen mit 22,2 Prozent und der AfD mit 14 Prozent.<sup>21</sup>

### Regionale Muster bei der Einstellung zur repräsentativen Demokratie

Diese Berechnung sagt jedoch noch nichts über die räumliche Verteilung dieser Einstellungen zur repräsentativen Demokratie aus. Nun wissen wir aber, dass sowohl das Wahlverhalten als auch die politischen Einstellungen, wie sie im Niedersächsischen Demokratie-Monitor erhoben werden, lokal sehr ungleich verteilt sind. Daher lohnt sich zum besseren Verständnis ein Blick in die regionalen Muster der geschlechtsspezifischen Einstellungen zur repräsentativen Demokratie. Hier offenbaren sich deutlich größere Unterschiede *innerhalb* der Geschlechter als *zwischen* den Geschlechtern. So gibt es bei den Frauen eine überraschend deutliche regionale Kluft: In und um Hannover herum erreicht die Loyalitätsskala einen Fabelwert von über 96 Prozent, Göttingen folgt mit 72,9 Prozent und Lüneburg mit 67,7 Prozent. In und um Celle herum erreicht der Wert keine 50 Prozent mehr (Abbildung 4).

20 Kriesi, Hanspeter: Revisiting the Populist Challenge, in: Czech Journal of Political Science, Jg. 25 (2018), H. 1, S. 5–27, hier S. 21, <https://doi.org/10.5817/PC2018-1-5>.

21 Eigene Auswertung auf Basis von Harfst, Philipp et al.: Niedersächsischer Demokratie-Monitor 2023. Politik in der Vertrauenskrise, Göttingen 2024, <https://doi.org/10.17875/gup2024-2651>.

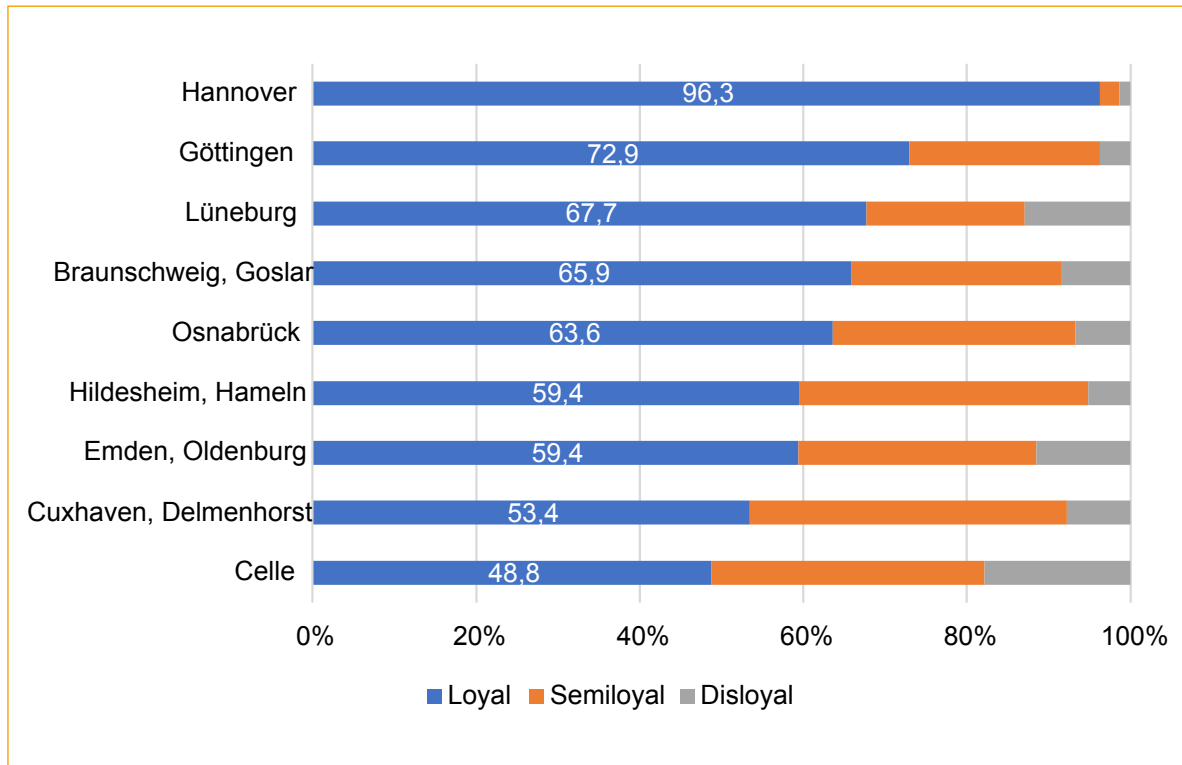


Abbildung 4: Loyalität zur repräsentativen Demokratie bei Frauen nach Postleitungsregionen. Eigene Berechnung auf Basis von Harfst et al.: Niedersächsischer Demokratie-Monitor 2023.

Hier bestätigt sich bei den Frauen, dass die Gegenden mit Universitätsstädten diejenigen sind, die der repräsentativen Demokratie am meisten vertrauen. Dieses regionale Muster zeigt sich ebenfalls bei Männern, jedoch in deutlich abgeschwächter Form. Hannover ist auch hier ein Hort der Loyalität, allerdings noch übertroffen von Lüneburg. In Celle sind die Werte gegenüber den Frauen vergleichsweise hoch, während sie in und um die Universitätsstädte Göttingen und Osnabrück mit 62 und 61 Prozent sogar leicht geringer als bei den Frauen sind. Beide Städte landen bei den Männern sogar hinter der Region Ostfriesland, Emden und Oldenburg und nur ganz knapp vor der Region Cuxhaven und Delmenhorst – was dort in der Regel hoch mit ökonomischer Schwäche und dem Gefühl des Abgehängtseins zusammenhängt,<sup>22</sup> aber für

Göttingen und Osnabrück so nicht festgestellt werden kann (Abbildung 5). Je weiter entfernt die Menschen also vom Entscheidungszentrum Hannover wohnen und je weiter die nächste Universität entfernt ist, desto unzufriedener werden die Menschen mit der Demokratie, sie weisen höhere Populismuswerte auf und haben eine geringere Unterstützung der repräsentativen Demokratie.<sup>23</sup>

22 Gidron, Noam und Hall, Peter A.: Populism as a problem of social integration. in: *Comparative Political Studies*, Jg. 53 (2020), H. 7, S. 1027–1059, <https://doi.org/10.1177/0010414019879947>.

23 Harfst et al.: Niedersächsischer Demokratie-Monitor 2023; erwartungsgemäß korreliert die Unzufriedenheit mit der Demokratie mit Populismus mit 0,45 und die Unterstützung der repräsentativen Demokratie mit 0,23 im Niedersächsischen Demokratie-Monitor 2023 (eigene Berechnung auf Basis von Harfst et al.: Niedersächsischer Demokratie-Monitor 2023). Diese drei Aspekte sind somit nicht deckungsgleich: Die aktuelle Unzufriedenheit mit der Demokratie spiegelt auch die Einstellung zur aktuellen Regierung wider. Jemand kann grundsätzlich die repräsentative Demokratie unterstützen und trotzdem mit dem aktuellen Zustand der Demokratie unzufrieden sein.

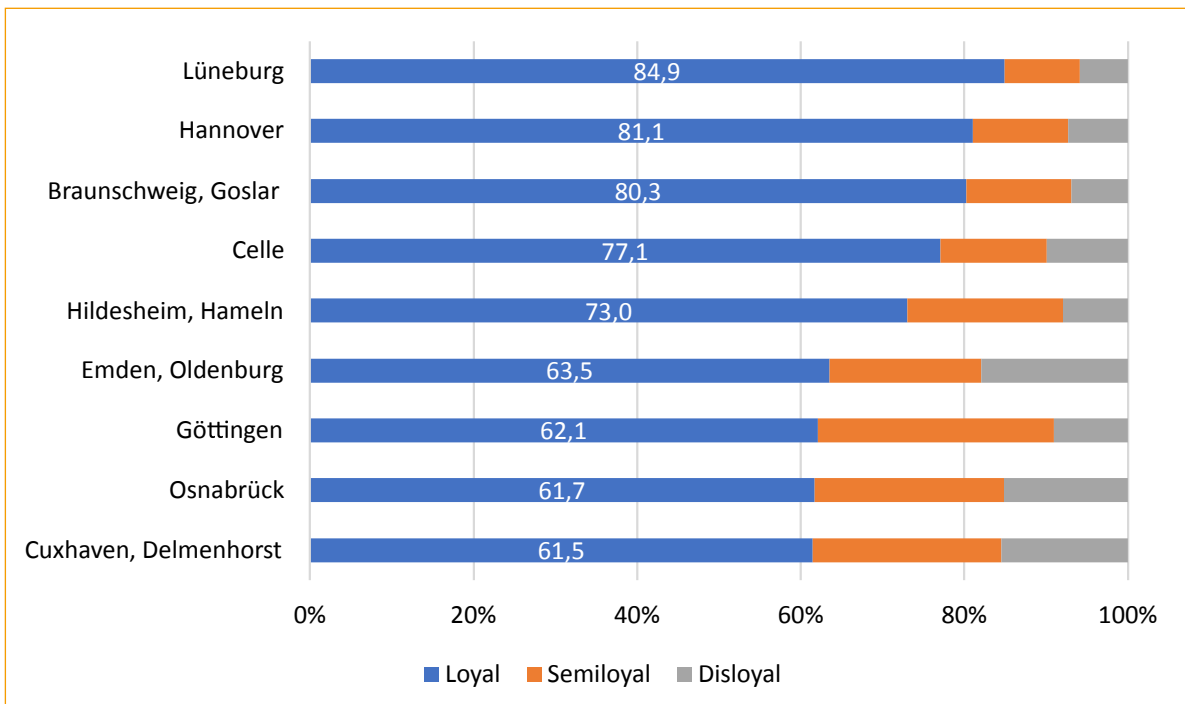


Abbildung 5: Loyalität zur repräsentativen Demokratie bei Männern nach Postleitzahlregionen. Eigene Berechnung auf Basis von Harfst et al.: Niedersächsischer Demokratie-Monitor 2023.

Das Bild der mit der zur repräsentativen Demokratie loyalen Frauen, die weniger zur Wahl extremer oder populistischer Parteien neigen, ist eines, das sich nur für die Landeshauptstadt Hannover und in leicht abgeschwächter Form in den Postleitzahlgebieten Göttingen und Lüneburg bestätigt. In Braunschweig liegt die Demokratiezufriedenheit bei Männern wie Frauen recht hoch. Die genannten Regionen passen bei beiden Geschlechtern zu den internationalen Befunden – die Regionen um Universitäts- und Dienstleistungszentren erweisen sich als Stützen der repräsentativen Demokratie, und umgekehrt sind die alten, ökonomisch schwächelnden Industriezentren eher skeptisch.<sup>24</sup>

### Diskussion und Fazit

Die Ergebnisse offenbaren, dass es sich beim modernen *Gender Vote Gap* und den ideologischen Unterschieden zwischen den Geschlechtern in Niedersachsen um ein komplexes Phänomen handelt, dem die verkürzte mediale Darstellung nicht gerecht wird. Dort wird häufig angenommen, dass vom Wahlergebnis direkt auf die individuellen Einstellungen geschlossen werden kann. Auf individueller Einstellungsebene sind die geschlechtsspezifischen Unterschiede allerdings zum Teil marginal oder – wie bei der Unterstützung der Teilelemente der repräsentativen Demokratie – sie weisen sogar die umgekehrte Richtung gegenüber der ursprünglichen Erwartung auf. Der *Gender Vote Gap* existiert, insbesondere bei der Gruppe der jüngsten Wähler:innen und auch in der Gruppe der Vierzig- bis 49-Jährigen. Allerdings ist der Schluss auf die dahinterliegenden Einstellungsmuster – wonach junge Frauen progressiv und junge Männer konservativ eingestellt sind – zu vereinfachend.

24 Hooghe, Liesbet und Marks, Gary: Cleavage theory meets Europe's crises. Lipset, Rokkan, and the transnational cleavage, in: *Journal of European Public Policy*, Jg. 25 (2018), H. 1, S. 109–135, <https://doi.org/10.1080/13501763.2017.1310279>.

Ein vertiefender Blick auf die dem *Vote Gap* zugrunde liegenden Einstellungsmuster erweitert unser Verständnis für das geschlechterspezifische Wahlverhalten. Tatsächlich scheint der *Vote Gap* nach den hier vorliegenden Ergebnissen *sowohl* dadurch begründet, dass die Parteien links der Mitte ihr Wählerpotenzial bei den Männern nicht ausschöpfen, *als auch* dadurch, dass rechtspopulistische Parteien als Wahlalternative für Frauen (noch) nicht attraktiv genug sind. Obwohl Frauen im Kernthema rechtspopulistischer Parteien – Migration – keine nennenswerten Unterschiede zu den Männern aufweisen, wählen sie diese Parteien bislang seltener. In der jüngsten Wählerinnenkohorte weisen sie sogar migrationsskeptischere Werte als ihre männlichen Pendanten auf. Die geschlechtsspezifischen Unterschiede in der progressiven und rechten Einstellung werden somit rein auf Basis der Wahlergebnisse überschätzt und medial überberichtet. Die grundlegenden Einstellungsmuster scheinen sich ähnlicher zu sein, als dies auf Basis der Wahlergebnisse vermutet werden könnte. Davon auszugehen, dass Frauen auch in Zukunft rechtspopulistische Parteien in ihrer Wahl weiterhin überproportional verschmähen, scheint auf Basis dieser Befunde somit ein Trugschluss zu sein.

Wie lässt sich der Widerspruch zwischen medialer Wahrnehmung und den Befunden der Einstellungsforschung zum *Gender Vote Gap* erklären? Darüber kann hier an dieser Stelle nur spekuliert werden. Ein Grund, der in diesem Beitrag über die Daten des NDM nicht erfasst wurde, könnten in der Berichterstattung transportierte Geschlechtsstereotype sein, die Frauen schlicht nicht direkt mit rechtspopulistischen und –extremen Parteien in Verbindung bringen, da sie als moderat charakterisiert werden. Damit wären die Geschlechtsstereotype medial wirkmächtig – ohne dass es hierfür eine empirische gesellschaftliche Basis gäbe.

Die Soziologin Alice Evans hat herausgefunden, dass ein hoher Social-Media-Konsum den direkten Austausch zwischen Männern und Frauen verringern kann. Dadurch sinkt das Verständ-

nis für die jeweils andere Perspektive, was sich auch in den geschlechtsspezifischen Wahlmustern der jüngsten Wählergruppen zeigt. Dieser Effekt könnte sich in Zukunft noch verstärken: Wenn digitale Echokammern kleine Unterschiede in den Einstellungen über Jahre hinweg vergrößern, könnte sich der *Gender Vote Gap* langfristig in einen sich selbst verstärkenden Kohorteneffekt verwandeln – mit immer stärker auseinandergehenden Wahlpräferenzen zwischen den Geschlechtern.

Die regionalspezifische Analyse für Niedersachsen legt indes nahe, dass die Unterschiede innerhalb der Frauen größer sind als zwischen Frauen und Männern. Insbesondere die Sonderstellung der Landeshauptstadt Hannover fällt ins Auge. Dort und in den Universitätsstädten sehen wir den erwarteten Zusammenhang von Wahlverhalten und systemloyalen sowie links-progressiven Einstellungsmustern. Der *Gender Vote Gap* und die unterschiedliche Problemwahrnehmung zwischen den Geschlechtern sind vor allem durch Hannover und die Universitätsstädte gegenüber dem Land getrieben – und in der direkten Wohnnachbarschaft der dort verankerten Medien existiert der *Gender Gap* so wie häufig berichtet, während es abseits der Metropolen auch innerhalb der Gruppe der Frauen deutlich anders aussieht. Dies kann kulturelle Gründe haben, zum Beispiel aufgrund der langjährigen sozialdemokratischen Prägung der Hauptstadt;<sup>25</sup> es könnte aber auch sozioökonomische Ursachen haben, die im Metropoleffekt begründet liegen und mit höherem Wohlstand, Bildungsniveau und Nähe zum Entscheidungszentrum einhergehen. Jüngste Befunde für Europa scheinen diese Vermutung zu bestätigen. Die Politikwissenschaftler Armin Schäfer und Nils D. Steiner finden nämlich nur bei den hohen, nicht aber bei den niedrigen Bildungsab-

25 Scharf, Philipp/Schenke, Julian/Tappé, Luke: Konstitutionsfaktoren des „anderen Hannovers“. Politische Kultur und linksradikales Engagement in der niedersächsischen Landeshauptstadt, Göttingen 2021, <https://doi.org/10.17875/gup2021-1610>.

schließen das geschlechtsspezifische Muster des Wahlverhaltens.<sup>26</sup>

Zwar gibt es im Aggregat den modernen *Vote Gap*. Die eigentlichen Ursachen dafür scheinen jedoch nicht unbedingt das Geschlecht, sondern Bildung und Wohnort zu sein. Tatsächlich war zum Beispiel bereits bei den Europawahlen 2024 erkennbar, dass über den Bildungsabschluss relativ präzise das Wahlverhalten vorausgesagt werden kann. Dieser korreliert wiederum hoch mit der Art des Beschäftigungsverhältnisses einer Person – und tatsächlich wiesen schon frühere Studien der *Gender Vote Gaps* darauf hin, dass die Beschäftigungsart und der Wirtschaftssektor, geordnet nach Industrie-, Agrar- oder Dienstleistungs- und Wissensvermittlungssektor, eine hohe Erklärungskraft besitzen.<sup>27</sup> Frauen arbeiten eher in Dienstleistungsberufen, wo geschlechtsunabhängig eher progressiv-linke Politikentwürfe verankert sind. Im Zusammenspiel dieser sozioökonomischen Faktoren mit den multiplen sozialen Identitäten aufgrund des Wohnorts, der Region, der Ethnie sowie des Migrationsstatus und schließlich der Geschlechtsidentität scheint sich die eigentliche Erklärung des geschlechtsspezifischen Wahlverhaltens zu ergeben.<sup>28</sup> Es gilt, die spezifischen gesellschaftlichen Dynamiken hinter dem geschlechtsspezifischen Wahlverhalten in den Blick zu nehmen.

Die Ergebnisse des NDM 2023 und die eben diskutierten Daten legen nahe, dass Männer eher *trotz* als *wegen* ihrer zum Teil als rechts-extrem eingestuften Landesverbände und Akteure in der Vergangenheit überproportional AfD gewählt haben. Zumindest weisen viele von

ihnen eine hohe Zustimmung zu den Teilaspekten der repräsentativen Demokratie auf. Zugleich sind viele Frauen durchaus offen für die Kernthemen der AfD wie die Begrenzung der Migration. Mehrere Szenarien sind demnach für die Zukunft für Niedersachsen und Deutschland denkbar: Erstens könnte sich das Wahlverhalten von Männern und Frauen auch in der jüngsten Kohorte annähern, in der nämlich die Frauen vermehrt wie in Frankreich rechtspopulistisch wählen. Zweitens könnten Männer besser von den anderen Parteien angesprochen werden, insbesondere von der Sozialdemokratie, wie beispielsweise in Dänemark und von Labour bei der letzten Wahl in Großbritannien.<sup>29</sup> Drittens könnten wir bei der Bundestagswahl stärkere Kohorteneffekte sehen, die sich dadurch zeigen, dass bildungs- und einkommensbedingt Frauen mit jeder neuen Generation verstärkt links-progressiv wählen, während Männer verstärkt konservativ wählen. Damit hätten wir bei der jüngsten Bundestagswahl einen Trend gesehen, der sich in Zukunft verstärken könnte. Allerdings sprechen die oben diskutierten Daten für Niedersachsen dafür, dass das grundsätzliche Wähler:innenpotenzial für die AfD sich nicht so stark unterscheidet.

Unabhängig davon, welches Szenario wir zukünftig erleben werden: Das Geschlecht an sich scheint somit nicht die eigentliche Ursache für das Wahlverhalten zu sein. Es sind eher die auf unterschiedlichen Bildungsabschlüssen und ökonomischen Voraussetzungen basierenden Lebenswelten, die zunehmend mit dem Geschlecht zusammenhängen, die zu den unterschiedlichen Wahlergebnissen bei Männern und Frauen führen.

26 Schäfer, Armin und Steiner, Nils D.: How education, generation and gender jointly structure green and radical right voting. *West European Politics* (2025), online first, 1–28.

27 Knutsen: *Social Class*.

28 Kittilson, Maul. C.: Gender and political behavior, in: *Oxford Research Encyclopedia of Politics*, Online 2016, <https://doi.org/10.1093/acrefore/9780190228637.013.71>.

29 Cheron, Lou: Gender and generational shifts in UK voting trend: What should we think?, in: *Political Studies Association*, 24.06.2024, URL: <https://www.psa.ac.uk/psa/news/gender-and-generational-shifts-uk-voting-trends-what-should-we-think> [eingesehen am 25.03.2025].

## Literaturverzeichnis

Abendschön, Simone und Steinmetz, Stephanie: The gender gap in voting revisited. Women's party preferences in a European context, in: *Social Politics*, Jg. 21 (2014), H. 2, S. 315–344, <https://doi.org/10.1093/sp/jxu009>.

Biallas, Manuel und Schneider, Isabel: Warum junge Männer rechts wählen, in: NDR.de, 15.05.2024, URL: <https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/panorama/archiv/2024/Warum-junge-Maenner-rechts-waehlen,jungemaenner100.html> [eingesehen am 12.03.2025].

Cheron, Lou: Gender and generational shifts in UK voting trend: What should we think?, in: *Political Studies Association*, 24.06.2024, URL: <https://www.psa.ac.uk/psa/news/gender-and-generational-shifts-uk-voting-trends-what-should-we-think> [eingesehen am 25.03.2025].

Dassonneville, Ruth: Change and continuity in the ideological gender gap. a longitudinal analysis of left-right self-placement in OECD countries, in: *European Journal of Political Research*, Jg. 60 (2021), H. 1, S. 225–238, <https://doi.org/10.1111/1475-6765.12384>.

Daum, Philipp: „In Dating-Apps sagen linke Frauen, sie würden nie konservative daten“, in: *Zeit Online*, 03.03.2025, URL: <https://www.zeit.de/gesellschaft/2025-03/geschlechterforschung-wahlverhalten-linke-frauen-rechte-maenner-alice-evans> [eingesehen am 12.03.2025].

Forschungsgruppe Wahlen: Europawahl 2024. Bericht vom 9. Juni 2024 (Nr. 194), in: *Politikbarometer Extra*, 09.06.2025, URL: [https://www.forschungsgruppe.de/Wahlen/Wahlanalysen/News\\_Euro\\_240609.pdf](https://www.forschungsgruppe.de/Wahlen/Wahlanalysen/News_Euro_240609.pdf) [eingesehen am 12.03.2025].

Fuchs, Gesine: Wählen Frauen anders als Männer?, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 12.10.2018, URL: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/277339/waehlen-frauen-anders-als-maenner/> [eingesehen am 12.03.2025].

Gidron, Noam und Hall, Peter A.: Populism as a problem of social integration. in: *Comparative Political Studies*, Jg. 53 (2020), H. 7, S. 1027–1059, <https://doi.org/10.1177/0010414019879947>.

Giger, Nathalie: Towards a modern gender gap in Europe? A comparative analysis of voting behavior in 12 countries, in: *The Social Science Journal*, Jg. 46 (2009), H. 3, S. 474–492, <https://doi.org/10.1016/j.soscij.2009.03.002>.

Golle, Anne-Sophie: Gender-Gap beim Wählen. Junge Menschen driften auseinander, in: *MDR Wissen*, 26.04.2024, URL: <https://www.mdr.de/wissen/psychologie-sozialwissenschaften/wahlverhalten-konservativ-liberal-gender-gap-spaltung-junge-generation-102.html> [eingesehen am 12.03.2025].

Harfst, Philipp/Franzmann, Simon T./Kühnel, Steffen/Fitzpatrick, Sally A./Krug, Laura/Hartmann, Jonah/Schmidt, Sarah P./Siefert, Emilie/Zylla, Michael: *Niedersächsischer Demokratie-Monitor 2023. Politik in der Vertrauenskrise*, Göttingen 2024, <https://doi.org/10.17875/gup2024-2651>.

Hooghe, Liesbet und Marks, Gary: Cleavage theory meets Europe's crises. Lipset, Rokkan, and the transnational cleavage, in: *Journal of European Public Policy*, Jg. 25 (2018), H. 1, S. 109–135, <https://doi.org/10.1080/13501763.2017.1310279>.

Hudde, Ansgar: Seven Decades of Gender Differences in German Voting Behavior, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Jg. 75 (2023), H. 2, S. 143–170, <https://doi.org/10.1007/s11577-023-00904-4>.

Kittilson, Maul. C.: Gender and political behavior, in: *Oxford Research Encyclopedia of Politics*, Online 2016, <https://doi.org/10.1093/acrefore/9780190228637.013.71>.

Knutsen, Oddbjørn: Social Class, Sector Employment, and Gender as Party Cleavages in the Scandinavian Countries. A Comparative Longitudinal Study, in: *Scandinavian Political Studies*, Jg. 24 (2001), H. 4, S. 311–350, <https://doi.org/10.1111/1467-9477.00058>.

Kriesi, Hanspeter: Revisiting the Populist Challenge, in: *Czech Journal of Political Science*, Jg. 25 (2018), H. 1, S. 5–27, <https://doi.org/10.5817/PC2018-1-5>.

Levitsky, Steven und Ziblatt, Daniel: *Wie Demokratien sterben. Und was wir dagegen tun können*, München 2018.

Linz, Juan J. und Stepan, Alfred C.: *The breakdown of democratic regimes*, Baltimore 1978.

Marg, Stine/Finkbeiner, Florian/Kühnel, Steffen/Dermitzaki, Efraxia: *Niedersächsischer Demokratie-Monitor 2019*, Göttingen 2019.

O.V.: Wer wählte die AfD – und warum?, in: *tagesschau.de*, 24.02.2025, URL: <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2025-02-23-BT-DE/umfrage-afd.shtml> [eingesehen am 25.03.2025].

O.V.: Wer wählte die Grünen – und warum?, in: *tagesschau.de*, 09.10.202, URL: <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2022-10-09-LT-DE-NI/umfrage-gruene.shtml> [eingesehen am 12.03.2025].

O.V.: Wen wählten Jüngere und Ältere?, in: *tagesschau.de*, 24.02.2025, URL: <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2025-02-23-BT-DE/umfrage-alter.shtml> [eingesehen am 12.03.2025].

O.V.: Wer wählte was?, in: *Tagesschau*, 24.02.2025, URL: <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2025-02-23-BT-DE/umfrage-werwas.shtml> [eingesehen am 12.03.2025].

Schäfer, Armin und Steiner, Nils D.: How education, generation and gender jointly structure green and radical right voting. *West European Politics* (2025), online first, 1–28.

Scharf, Philipp/Schenke, Julian/Tappé, Luke: *Konstitutionsfaktoren des „anderen Hannovers“*. Politische Kultur und linksradikales Engagement in der niedersächsischen Landeshauptstadt, Göttingen 2021, <https://doi.org/10.17875/gup2021-1610>.



Bild: Fotostudio Balsereit

**Prof. Dr. Simon T. Franzmann**, geb. 1977, ist seit April 2021 Professor für Demokratieforschung mit Schwerpunkten in der Parteien- und politischen Kulturforschung, Direktor des Instituts für Demokratieforschung sowie wissenschaftlicher Leiter von FoDEX. Seine Schwerpunkte in Forschung und Lehre sind Theorie und Empirie des Parteienwettbewerbs, Opposition, Populismus und Extremismus, Forschungslogik und Inhaltsanalyse.



# **Linker Radikalismus**

DOI: <https://doi.org/10.17875/gup2025-2823>  
Heise, Katharina / Scharf, Philipp (2025): „Weibliche Militanz? Eine historische Spurensuche am Beispiel der Roten Zora“ In: Demokratie-Dialog 15 (2025) S. 40–48.

# Weibliche Militanz?

## Eine historische Spurensuche am Beispiel der Roten Zora

Katharina Heise / Philipp Scharf

**A**ls identitätskonstituierendes Moment linksradikaler Bewegungen wird vielfach das klare Bekenntnis zur Militanz angesehen. „Im Begriff der Militanz“, so der Chronist der 68er-Bewegung Wolfgang Kraushaar, „kommt einerseits eine Zuspitzung der Gewaltförmigkeit und andererseits eine ins Habituelle übergehende Ablösung von der konkreten Form der Gewalttätigkeit zum Ausdruck. Ein Militanter drückt in seiner Haltung eine Form der Gewaltbereitschaft aus.“<sup>1</sup> Im Gestus des Militanten treffen ästhe-

tisierende und lebenspraktische Elemente auf die Ablehnung vermittelnder, kompromissorientierter und – in modernen Demokratien – parlamentarischer Konfliktaustragungsmodi. In der Militanz werden kommunikative Angebote „zugunsten der Herstellung von Eindeutigkeiten im Augenblick“<sup>2</sup> abgelehnt. Allerdings gibt es auch in der linken Szene heftige Diskussionen darüber, „welche Rolle und Funktion“ Gewalt zukommt, ob sie überhaupt „ein politisches Mittel sein kann oder darf“.<sup>3</sup>

---

entierungen im Feld der radikalen Linken, Göttingen 2021, S. 31–41, hier S. 35.

2 Ebd.

3 Imbusch, Peter: Die radikale Linke zwischen Protest und Militanz. Hintergründe, Besonderheiten und Perspektiven zu linksextremem Gewalt, in: Deycke, Alexander et al. (Hrsg.): Von der KPD zu den Postautonomen. Ori-

---

1 Kraushaar, Wolfgang: Linke Militanz: Begriff, Geschichte und aktuelle Gestalt, in: Deycke, Alexander et al. (Hrsg.): Von der KPD zu den Postautonomen. Ori-

Dieses uneindeutige (Selbst-)Bild der performativen Militanz korrespondiert gesellschaftlich und szeneeintern mit einem unklaren Geschlechterverhältnis: „Bis heute noch werden militante Aktionen als ‚männlich‘ verstanden.“<sup>4</sup> Weibliche Militanz erscheint als ein seltenes Phänomen, das immer wieder für Verwunderung sorgt.<sup>5</sup> So stellt die Beteiligung weiblicher Personen in gewalttätigen und terroristischen Vereinigungen stets ein Faszinosum dar, wie die durch die Massenmedien stark personenfokussierten Berichterstattungen über die Antifaschistin Lina E. oder auch die ehemalige RAF-Terroristin Daniela Klette illustrieren. Das (nicht nur) medial vermittelte Bild des schwarz verummten autonomen Steinwerfers stimmt nicht mit tradierten Normen von Weiblichkeit überein. Auch szeneeintern stößt die scheinbar natürliche Verbindung aus Militanz und Männlichkeit auf Widerspruch, wird im Jargon feministischer Proteste vielfach als „Mackertum“<sup>6</sup> bezeichnet.

Dass es jedoch verkürzt wäre, eine Unvereinbarkeit von Weiblichkeit und Militanz zu postulieren, zeigen aktuelle Forschungsergebnisse, die sich mit Werk und Wirken der Roten Zora auseinandersetzen.<sup>7</sup> Diese Gruppe entstand als Teil der

linksterroristischen Revolutionären Zellen (RZ), die von den 1970er bis 1990er Jahren aktiv waren. Anders als die RAF lebten die RZ-Mitglieder nicht im Untergrund, sondern führten weiterhin ein bürgerliches Leben. Später spalteten sich die „Zoras“ infolge interner Konflikte um das patriarchale Bewusstsein und Agieren der männlichen Mitglieder in den 1980er Jahren ab. Der zentrale Vorwurf lautete, den männlichen Genossen fehle die Einsicht, dass frauenspezifische Themen, wie beispielsweise das Abtreibungsverbot, gleichberechtigte Dimensionen des linken Kampfes gegen die herrschende soziale Ordnung sein sollten.

Weil es in Gestalt der Roten Zora eine dezidiert feministische und weibliche Terrororganisation innerhalb der RZ gab, stellt sich nun die Frage, ob sich an ihr Charakteristika einer weiblichen Militanz identifizieren lassen. Rückblickend lässt sich zudem eine mögliche Vorbildfunktion der Aktionen und Angriffe der Roten Zora für heutige tatorientierte feministische Gruppierungen vermuten. Militanz und Gewalthandeln, so der bereits eingangs erwähnte Wolfgang Kraushaar, stellten in der Vergangenheit das „Magnetfeld“<sup>8</sup> linksradikaler Bewegungen dar. Inwieweit die Rote Zora die Geschichte weiblicher Militanz bis in die Gegenwart hinein prägt, soll im Folgenden skizziert werden.

### Von den Revolutionären Zellen zur Roten Zora

Als Spaltprodukte der studentisch geprägten „68er“ gründete sich in den frühen 1970er Jahren in Frankfurt am Main die erste Revolutionäre Zelle (RZ) als Reaktion auf die Verhaftung der Führungsmitglieder der RAF. Die RZ forderten in ähnlicher Weise wie die RAF den Staat und seine Repräsentant:innen heraus. Primäres Charakteristikum der RZ war, dass sie aufgrund ihrer dezentralen Strukturen keine einheitliche Position hinsichtlich zentraler Fragen bilden konn-

nomen. Orientierungen im Feld der radikalen Linken, Göttingen 2021, S. 57–82, hier S. 69.

4 Pirouette: Aktuelle Stimmen zur feministischen Militanz, in: FrauenLesbenBande (Hrsg.): Mili bittet zum Tanz. Auf den Spuren des militanten Feminismus der Roten Zora, Münster 2022, S. 101–102, hier S. 101.

5 Vgl. Bandhauer-Schöffmann, Irene: „Emanzipation mit Bomben und Pistolen“? Feministinnen und Terroristinnen in deutschsprachigen Sicherheitsdiskursen der 1970er Jahre, in: Eurozine, 04.05.2010, URL: <https://www.eurozine.com/emanzipation-mit-bomben-und-pistolen/> [eingesehen am 20.08.2023].

6 Lilienthal, Lou: Ausgeschlossene Macker, in: jungle.world, 28.07.2022, URL: <https://jungle.world/artikel/2022/30/ausgeschlossene-macker> [eingesehen am 14.02.2025].

7 Vgl. Karcher, Katharina: Sisters in Arms. Militant Feminisms in the Federal Republic of Germany since 1968, Berlin 2017.

8 Kraushaar: Linke Militanz, S. 36.

ten. Auch über Größe und Mitgliederzahl lassen sich daher keine Angaben machen. Anders als etwa die RAF verstanden sie sich als Teil der autonomen Bewegung und waren weniger stark antiimperialistisch geprägt.<sup>9</sup>

Bereits zu diesem Zeitpunkt ihrer Geschichte war der Konflikt zwischen Männern und Frauen innerhalb der radikalen Linken virulent. Linke Gruppierungen waren bislang selbst „das Spiegelbild einer männlich geprägten Gesellschaftsstruktur“<sup>10</sup>; erst allmählich wurden diese kulturellen Prägungen hinterfragt. So kam es bereits 1968 auf der Delegiertenkonferenz des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) zum berühmten Tomatenwurf von Heike Sandler, die damit gegen die Bagatellisierung frauenbezogener Themen durch ihre männlichen Genossen protestierte und einen Grundstein für die zweite Frauenbewegung in Deutschland legte.<sup>11</sup> So konstatiert die Kulturhistorikerin Katharina Karcher, dass sich innerhalb der RZ zunehmend ein Flügel militanter Feministinnen bildete, aus dem schließlich die Rote Zora als Spaltprodukt infolge innerlinker Marginalisierungserfahrungen entstand.<sup>12</sup>

Im Jahr 1977 kam es zur ersten Abspaltung einer rein weiblichen Gruppe innerhalb der Revolutionären Zellen. In Anlehnung an den Jugendroman von Kurt Held nannte sie sich innerhalb des Netzwerks der Zellen „Rote Zora“<sup>13</sup>. Die anhaltende Verbundenheit mit den RZ zeigt

sich in den gleichen Initialen.<sup>14</sup> Bis 1984 war die Rote Zora ein Teil der Revolutionären Zellen, anschließend löste sie sich endgültig aus dem Netzwerk und agierte autonom von männlichen und gemischten Zusammenhängen.<sup>15</sup>

Die reinen Frauengruppen sahen ihre Aufgabe darin, feministische Militanz zu entwickeln; ihnen ging es stets darum, „patriarchale Zuschreibungen von männlichen und weiblichen Eigenschaften/Handlungsweisen aufzubrechen, sie zu überwinden und jenseits von ihnen unsere eigenen – feministischen – Möglichkeiten zu entwickeln“<sup>16</sup>. Mit diesem Anliegen bewegten sich die entstehenden militant-terroristischen Frauenverbände in einem doppelten Marginalisierungsverhältnis: Nicht nur den bürgerlichen Rechtsstaat und seine patriarchale Praxis sahen sie als Gegenspieler an, sondern zuweilen auch ihre eigenen – männlichen – Genossen. Die feministische Militanz legte dabei einen Fokus auf Themen, die in der linken Szene und ihren militanten Gruppierungen übersehen wurden, beispielsweise den frühen Kampf um die eigene Selbstbestimmung des Körpers oder gegen die männlich geprägte und ausgeübte Reproduktionsmedizin, die eine weibliche Sicht damals noch vollständig ausschloss.

Zwar nahmen Diskussionen über das Verhältnis der Geschlechter, Sexismus, sexualisierte Gewalt oder Feminismus einen erheblichen Stellenwert in den autonomen Debatten ein – der Bewegungsforscher Sebastian Haunss konstatiert, dass diese Themen in der *Interim* zu den be-

9 Vgl. Karcher: *Sisters in Arms*, S. 57.

10 Hertkamp, Susanne: Ein Tomatenwurf und seine Folgen, in: bpb.de, 08.09.2008, URL: <https://www.bpb.de/themen/gender-diversitaet/frauenbewegung/35287/ein-tomatenwurf-und-seine-folgen/> [eingesehen am 14.02.2025].

11 Vgl. ebd.

12 Vgl. Karcher: *Sisters in Arms*, S. 60.

13 Held, Kurt: *Die Rote Zora und ihre Bande. Eine Erzählung aus Dalmatien für die Jugend*, Aarau 1941.

14 Vgl. FrauenLesbenFilmCollectif *Las OTRAS: Frauen bildet Banden. Eine filmische Spurensuche zur Geschichte der Roten Zora*, DVD, Berlin 2019 [eingesehen am 24.07.2023], ab Minute 10.

15 Vgl. Karcher: *Sisters in Arms*, S. 62.

16 *Rote Zora: Mili's Tanz auf dem Eis. Von Pirouetten, Schleifen, Einbrüchen, doppelten Saltos und dem Versuch, Boden unter die Füße zu kriegen*, in: *FrauenLesbenBande* (Hrsg.): *Mili bittet zum Tanz. Auf den Spuren des militanten Feminismus der Roten Zora*, Münster 2023, S. 17–98, hier S. 34.

deutendsten Diskussionsfeldern gehörten<sup>17</sup> –; eine gleichberechtigte oder emanzipative Praxis zwischen den Geschlechtern resultierte ihren (weiblichen) Kritikerinnen zufolge daraus jedoch selten. Auch in szeneeinternen Publikationen wird festgestellt, dass die Erfolge im Kampf für Geschlechtergerechtigkeit grundsätzlich „der Stärke und dem Druck der autonomen Frauen“<sup>18</sup> zu verdanken seien: „Du musst Dich ja nicht nur gegen die Mehrheitsgesellschaft wehren“, so eine Aktivistin, „sondern auch oft genug gegen deine Genossen.“<sup>19</sup> So blieb in den letzten Jahrzehnten innerhalb der linksradikalen Bewegung das Problem bestehen, dass „der Umgang zwischen den Geschlechtern vermutlich das brisanteste Thema für eine Szene [darstellt], die nicht nur gesamtgesellschaftliche Ziele und Utopien formuliert, sondern an sich selbst den Anspruch stellt, schon heute im eigenen Alltag so weit wie möglich hierarchiefrei und nicht-diskriminierend zu leben“<sup>20</sup>.

### Kampffelder und Aktionen der Roten Zora

Ein zentrales Anliegen der Roten Zora bestand neben ihren Kämpfen für legale Abtreibungen und gegen Reproduktionsmedizin sowie Sexhandel auch darin, einen neuen Weiblichkeitsbegriff zu definieren. Gewalt war für sie ein politisches Mittel, das im Gegensatz zur oftmals in der Gesellschaft vertretenen Meinung keineswegs mit Weiblichkeit unvereinbar war.<sup>21</sup>

Ihre Kämpfe und Aktionen widersprachen ihrem Selbstverständnis nach somit nicht ihrer Identität als Frauen.

Die Gruppe stieß damit in die oben skizzierte definitorische Leerstelle. Karcher beschreibt detailliert, wie die Frauengruppe versuchte, eine „Vorstellung von feministischer Militanz“<sup>22</sup>, „ein feministisches Konzept von Gegengewalt“<sup>23</sup>, die sich explizit von „Mackermilitanz“<sup>24</sup> abgrenzte, herzustellen. Mittel und Zweck wurden hier nahezu identisch, näherten sich zumindest stark an: „So lange die Linke nicht das vorherrschende (patriarchale) Konzept von Gewalt in Frage stelle, argumentierte die Zora, werde es ihr nicht gelingen, die existierenden Machtstrukturen zu überwinden.“<sup>25</sup> Der terroristische Weg, den die Rote Zora beschritt, diente also stets auch dazu, sich von männlichen Genossen und gemischtgeschlechtlichen Zusammenhängen zu emanzipieren.

Gleichwohl: Der militärische Impetus, der den terroristischen Stadtguerillagruppen gemein war, wurde mit der Konsolidierung der autonomen Bewegung zunehmend abgelehnt. Eine sozialrevolutionäre Basisguerilla sollte spätestens ab den 1990er Jahren zum autonomen Ideal werden und damit die antiimperialistisch geprägten Linksterrorist:innen, die im Namen unterdrückter Völker weltweit den Kampf in die deutschen Metropolen tragen wollten, ablösen.<sup>26</sup> Zwischen

17 Vgl. Haunss, Sebastian: Identität in Bewegung. Prozesse kollektiver Identität bei den Autonomen und in der Schwulenbewegung, Bremen 2004, S. 149.

18 A.G. Grauacke: Autonome in Bewegung. Aus den ersten 23 Jahren, Berlin/Hamburg 2020 [2003], S. 182.

19 AK Wantok: Perspektiven autonomer Politik, Münster 2010, S. 125.

20 Farin, Klaus: Die Autonomen, Berlin 2015, S. 17.

21 Vgl. Melzer, Patricia: „Frauen gegen Imperialismus und Patriarchat zerschlagen den Herrschaftsapparat“:

autonome Frauen, linksradikaler feministischer Protest und Gewalt in Westdeutschland, in: Balz, Hanno/Friedrichs, Jan-Henrik (Hrsg.): „All We Ever Wanted ...“ Eine Kulturgeschichte europäischer Protestbewegungen der 1980er Jahre, Berlin 2012, S. 157–177, hier S. 164 f.

22 Karcher: Sisters in Arms, S. 31.

23 Ebd., S. 109.

24 Ebd., S. 111.

25 Ebd.

26 Vgl. dazu etwa Geronimo: Feuer und Flamme. Zur Geschichte und Gegenwart der Autonomen, Berlin 1990, S. 50 ff.

beiden Polen bewegte sich indes die Rote Zora. So verdeutlichte der Anschlag auf das Bundesverfassungsgericht im März 1975 anlässlich einer Entscheidung zum Abtreibungsverbot, dass ihre Brandanschläge den Kampf für die Emanzipation der Frau beschleunigen sollten.<sup>27</sup>

Gleichzeitig weist ihre bekannteste Anschlagsserie gegen den Modekonzern Adler im Jahr 1987 noch stärker antiimperialistische Denkmuster auf.<sup>28</sup> Unter anderem in der niedersächsischen Landeshauptstadt Hannover wurden Filialen mit Brandsätzen angegriffen. Mit diesen Anschlägen zeigten sich die Gruppen aus ihrer Perspektive solidarisch mit Frauen, die in den südkoreanischen Fabriken des Konzerns unter schlechten Arbeitsbedingungen, unterdurchschnittlicher Bezahlung sowie mutmaßlich sexuellen Übergriffen litten. Ziel der Anschläge waren bessere Arbeitsbedingungen für die Arbeiterinnen sowie die Wiedereinstellung jener Arbeiterinnen, die nach einem Streik im April 1987 entlassen worden waren.<sup>29</sup>

Zur letzten Aktion der Roten Zora kam es am 24. Juli 1995 in Form eines Anschlags auf die Lürssen-Werft. Zu diesem Zeitpunkt waren Konfrontationen und gewaltvolle Proteste der feministischen Gruppen bereits seltener geworden.<sup>30</sup> Bis dahin hatte sich die Zora dafür eingesetzt, dass ihre Aktionen demonstrativ feministische Alternativen zu bestehenden linksradikalen Denk- und Aktionsmustern darstellten. Statt wie gewohnt gegen abstrakte Herrschaftssymbole zu mobilisieren und somit „eine Sackgasse“ der hergebrachten linksradikalen Deutungsmus-

ter zu reproduzieren, hieß es nun: „In der antiimperialistischen Sichtweise, die den Schwerpunkt auf materielle/ökonomische Ausbeutung im umfassendsten Sinne [...] legt, verliert sich häufig die antipatriarchale feministische Betrachtungsweise.“<sup>31</sup>

Frauenkämpfe seien das verbindende Element im antiimperialistischen Befreiungskampf, da Frauen global am stärksten von Unterdrückung betroffen seien. Sexismus und Rassismus stellten damit einen „integralen Bestandteil des patriarchalen Herrschaftssystems“<sup>32</sup> dar, folglich seien alltägliche antipatriarchale Kämpfe ein notwendiges Moment der Emanzipation. Bestehen bleibt damit der durch die Rote Zora konstatierte innere Zusammenhang zwischen sexistischer und imperialistischer Unterdrückung und der daraufhin – notwendigerweise gewaltsamen – revolutionären Reaktion:

„Aber jede Frau, die schon einen Stein geworfen hat, die auf Anmache von Männern nicht mit Rückzug reagiert, sondern zurückgeschlagen hat, wird unser Gefühl von Befreiung nachvollziehen können, daß wir hatten, als wir Sexshops zerstörten oder eine Bombe anlässlich des Urteils zum § 218 vor dem Bundesverfassungsgericht zündeten. Befreiung hat in unserer Gesellschaft etwas mit Zerstörung zu tun. Zerstörung der Strukturen, die uns an die Frauenrolle ketten wollen. Und diese Strukturen lassen sich nur zerstören, wenn wir die Verhältnisse, die uns kaputtmachen wollen, angreifen.“<sup>33</sup>

Auch in den 1990er Jahren kam es noch zu vereinzelt Anschlägen. Spätestens jetzt war die Rote Zora jedoch mit ihrer Strategie in der Frauenbewegung klar isoliert, die innerlinken Reaktionen auf die RAF-Anschlagsserie im Deutschen Herbst liefen auf eine Verurteilung

27 Vgl. FrauenLesbenBande (Hrsg.): Mili bittet zum Tanz. Auf den Spuren des militanten Feminismus der Roten Zora, Münster 2023, S. 129–131.

28 Vgl. ebd. S. 131.

29 Die Rote Zora: Militanter Feminismus, in: Schmidt, Fiona Sara/Engelmann, Jonas/Nagel, Thorsten (Hrsg.): Play Gender. Linke Praxis – Feminismus – Kulturarbeit, Mainz 2016, S. 197.

30 Vgl. Karcher: Sisters in Arms, S. 140.

31 Rote Zora: Mili's Tanz, S. 87.

32 Rote Zora: Jedes Herz ist eine Zeitbombe, in: Revolutionärer Zorn, H. 6, Januar 1981, URL: <http://www.freilassung.de/div/texte/rz/zorn/Zorn28k.htm> [eingesehen am 08.07.2024].

33 Ebd.

des linken Terrorismus hinaus. Viele linksradikale Frauenbündnisse – und 1993 auch die Zora selbst – distanzieren sich von den angewandten Methoden.<sup>34</sup> Ihre Anschläge hatten dennoch eine Bewegungsdebatte angestoßen, die strukturanalog zu der Debatte um Werk und Wirken der RAF ablief – und auch in der Frauenbewegung allenthalben Distanzierungen auslöste.

### Die Rote Zora heute

Im deutschen Kontext zeigt sich, dass sich in den vergangenen Jahren innerhalb linksradikaler und feministischer Szenen verstärkt auf die Rote Zora bezogen worden ist. Von einer einheitlichen und inhaltlich kohärenten Bezugnahme auf die Zora kann dabei allerdings mitnichten gesprochen werden. Schnell wird indes deutlich: Der offensive Bezug auf die terroristischen Vorläuferinnen dient dem Ausweis eigener Radikalität.

Oft wird die Zora als historische Anekdote erwähnt und dient, beispielsweise bei der Neugründung von Politgruppen, als Namensgeberin, ohne dass eine ideologische Auseinandersetzung mit ihr im Detail erfolgt. Der militante Habitus der nächsten Zora-Generation wird damit zum identitätsstiftenden Merkmal, das auch durch die Bezugnahme performativ erzeugt werden soll:

„Wir lehnen den Staat ab, was nicht nur bedeutet[,] dass wir die Bullenschweine hassen, die uns unsere Häuser und Räume nehmen. Wir lehnen auch staatliche Institutionen, Parteien und Parlamentarier\*innen mit deren Arbeit ab. Wir sehen keinen Anlass, Bullen oder dem Staat auch nur ein Stück entgegen zu kommen.“<sup>35</sup>

34 Vgl. Karcher, Katharina: Das Patriarchat in Stücke hauen, in: [anschlaege.at](https://anschlaege.at/das-patriarchat-in-stuecke-hauen/), URL: <https://anschlaege.at/das-patriarchat-in-stuecke-hauen/> [eingesehen am 14.02.2025].

35 Rosarote Zora: @RosaroteZ, X-Account der Rosaroten Zora, 2020.

Mitunter wird die Zora als Begründerin einer militanten feministischen Traditionslinie gesehen, deren Rezeption auf die Beteiligten kraft- und identitätsstiftend wirkt.<sup>36</sup> In der militanten Grundhaltung dient die Rote Zora unisono als Vorbild, ihre terroristische Prägung wird dabei zuweilen ausgeklammert. Auch heute inszenieren die Zoras einen betont militanten Feminismus: „Wenn wir Räume wollen, nehmen wir sie uns militant.“<sup>37</sup>

Eine systematisierende Kritik an der alltagsmilitanten Praxis formuliert Christopher Wimmer in der *Jungle World*, welche die Rote Zora (neben anderen) als negativen Bezugspunkt wählt. Der militarisierte bewaffnete Kampf der revolutionären Gruppen wurde demnach

„immer mehr zum Desaster, je weniger diese Gruppen mit diesen ihre vorgeblichen Adressaten zu erreichen suchten. Die Massenbasis, die sich im Zuge der Revolten der sechziger Jahre gebildet hatte, wurde immer weniger Bezugspunkt der bewaffneten Gruppen. Die Aktionen des bewaffneten Kampfs wurden somit mehr und mehr zu isolierten Akten der Selbstopferung [...]. Somit ist der bewaffnete Kampf in der Bundesrepublik in dieser Form sicherlich gescheitert und war in vielerlei Hinsicht auch illegitim.“<sup>38</sup>

Dieses Zitat auf einer wichtigen linksradikalen – und Antiimperialismus-kritisch ausgerichteten – Plattform belegt deutlich, dass bei den Autonomen keine unvoreingenommene Einigkeit oder gar Akzeptanz hinsichtlich der Militanzfrage herrscht. Die terroristischen Mittel lehnt

36 O.V.: Aktuelle Stimmen zur feministischen Militanz, in: FrauenLesbenBande (Hrsg.): Mili bittet zum Tanz. Auf den Spuren des militanten Feminismus der Rote Zora, Münster 2023, S. 99–117, hier S. 100.

37 Rosarote Zora.

38 Wimmer, Christopher: Die tiefe Feindschaft gegen das Bestehende. Militanz findet im Alltag statt und nicht auf ritualisierten Events, in: *jungle.world*, 22.07.2021, URL: <https://jungle.world/artikel/2021/29/die-tiefe-feindschaft-gegen-das-bestehende> [eingesehen am 11.02.2025].

Wimmer, ähnlich wie viele andere Gruppen, ab. Er plädiert stattdessen für eine subversive, alltägliche Form der Militanz, die ihre „tiefe Feindschaft gegen das Bestehende“<sup>39</sup> in kleinkriminellen Gesten ausdrückt. Dieses Verständnis vom alltäglichen Kampf gegen Unterdrückung und Patriarchat ist indes so weit nicht entfernt von den Überlegungen der Zora.

### Die Rote Zora international

In der linksradikalen Szene wird die Rote Zora auch über Deutschland hinaus rezipiert, beispielsweise in Spanien und Lateinamerika. Im Jahr 2023 erschien etwa das Buch „Rote Zora: Hiri-gerrilla feminista piztiaren bihotzean (1974–1995)“<sup>40</sup> über die Geschichte der Roten Zora auf Baskisch und wurde als hilfreich für die aktuelle Arbeit der baskischen Linken bewertet.<sup>41</sup>

Aus der im Buch artikulierten Sicht baskischer linker Militanter lassen sich verschiedene Punkte auf den baskischen Aktivismus übertragen. Dazu gehört zunächst, dass ein gesetzestreuer Kampf nicht ausreicht, um Formen der (legalen) Unterdrückung zu bekämpfen – hier wird also dazu aufgefordert, dem Beispiel der Roten Zora zu folgen und den Kampf über legale Mittel hinaus zu führen. Außerdem wird der Punkt der Zoras aufgegriffen, dem zufolge sie durch ihre Aktionen mehr Frauen auf ihren Kampf aufmerksam machen wollten. Im letzten Punkt geht es um Gewalt an Frauen und den damit verbundenen Kampf gegen männliche Gewalt. Diese könne nach dem Prinzip der Zoras nur durch einen Kampf gegen das System been-

det werden, da Gewalt gegen Frauen nicht in Isolation geschehe, sondern in Verflechtung mit den Grundlagen des bestehenden patriarchalen Systems.<sup>42</sup>

Weiterhin wurde 2012 eine Textsammlung der Roten Zora ins Spanische übersetzt;<sup>43</sup> die Bedeutung dieses Buches für die spanischsprachigen Länder wird im Prolog zusammengefasst: „Esto nos dio seguridad y conocimientos prácticos. Aún sin recetas, es un manifiesto.“<sup>44</sup> Da die Rote Zora hierzulande explizit globale antirassistische Kämpfe mit antisexistischen Alltagskämpfen verband, eröffnet insbesondere die Verbreitung ihrer Texte in den spanischsprachigen, postkolonialen Staaten Mittel- und Südamerikas neue Rezeptionshorizonte.

Auch der Dokumentationsfilm von Las Otras enthält eine Reflexion zur spanischen Übersetzung von Rote-Zora-Texten. Im Film kommt eine feministische Aktivistin aus Barcelona zu Wort, die erläutert, dass die Übersetzungen viel Zuspruch bekämen; sie stellt dabei besonders die Rolle der Frauen heraus, die als Inspiration diene und ihnen die Rolle handelnder Subjekte zuschreibe. Dass die Rote Zora über Europa hinaus als Vorbild fungieren kann, zeigt in der Dokumentation auch eine Interviewpartnerin: Sie bezeichnet sich selbst als Teil einer feministischen antikolonialen Bewegung; für sie, deren Mutter Opfer von Zwangssterilisationen gewesen sei, seien die Begegnungen mit den Texten der Roten Zora biografisch relevant gewesen.<sup>45</sup>

39 Ebd.

40 Eigene Übersetzung des Titels: Rote Zora: Städtische feministische Guerilla im Herzen der Bestie (1974–1995).

41 Vgl. Atutxa Ordeñana, Ibai: „Rote Zora“ ri iruzkina, o.O. 2024, in: katakrak, URL: <https://katakrak.net/cas/blog/rote-zora-ri-iruzkina-argian> [eingesehen am 11.04.2024].

42 Vgl. ebd.

43 Rote Zora: La Historia de Rote Zora, o.O. 2012, S. 13.

44 Vgl. ebd., S. 7. Eigene Übersetzung: Es hat uns Sicherheit und praktisches Wissen vermittelt. Auch ohne Rezepte, es ist ein Manifest.

45 Vgl. ebd., ab Minute 36.

## Resümee

Von einer einheitlichen Rezeption der Roten Zora kann heute nicht gesprochen werden. Dennoch sind die Zoras das bis heute zentralste Beispiel für eine spezifische weibliche linke Militanz. Insgesamt zeigt sich jedoch auch, dass der bewaffnete Kampf der terroristischen Gruppen des letzten Jahrhunderts sich als Sonderweg erwiesen hat, der von heutigen autonomen Gruppen kaum besprochen wird. Der – gegenwärtig zu meist anekdotische – Verweis auf die Rote Zora dient vielmehr dem Ausweis eigener Militanz und Gegnerschaft zu patriarchalen Strukturen grundsätzlich, auch gegenüber Strukturen und Gruppierungen innerhalb der linksradikalen Bewegung selbst. Militanz wird in feministischen Zusammenhängen jedoch nicht als militärisch und auch nicht als bewaffneter Kampf verstanden; vielmehr handelt es sich hierbei um eine Form der alltäglichen Militanz, die in einer radikalen Ablehnung der bestehenden Verhältnisse oder repräsentativer Politikformen mündet. Beide Interpretationsweisen sind in der Geschichte der Roten Zora angelegt.

Dennoch lässt sich sagen, dass eine gewisse „Sogwirkung des noch Radikaleren auf Radikale“<sup>46</sup> wahrscheinlich stets Bestand haben wird. Die positive Rezeption der RAF in der radikalen Linken mag dies illustrieren. So schrieb eine Göttinger Gruppe anlässlich des vierzigjährigen Jubiläums der „Offensive 77“<sup>47</sup> der RAF unter

der Überschrift „Die RAF ist Teil unserer Geschichte“ pathetisch:

„Wir verneigen uns vor den GenossInnen, die in diesem Kampf ihr Leben gegeben haben. Ihr Opfer galt auch unserer Befreiung. Das werden wir niemals vergessen. All denen, die trotz Knast, Untertauchen oder Exil immer noch aufrecht gehen, wünschen wir Gesundheit und Glück. Der Kampf geht weiter!“<sup>48</sup>

Gleichwohl: Die Tendenz, in gleichem Maße untergründige Terrorgruppen zu bilden, lässt sich heute in Deutschland nicht identifizieren.

## Literatur- und Quellenverzeichnis

A.G. Grauwacke: *Autonome in Bewegung*. Aus den ersten 23 Jahren, Berlin/Hamburg 2020 [2003].

AK Wantok: *Perspektiven autonomer Politik*, Münster 2010.

Antifaschistische Linke International „A.L.I.“: Die RAF ist Teil unserer Geschichte, in: *inventati.org*, 2017, URL: <https://www.inventati.org/ali/index.php/archiv/solidaritaet/2024-die-raf-ist-teil-unserer-geschichte.html> [eingesehen am 08.08.2024].

Atutxa Ordeñana, Ibai: „Rote Zora“ ri iruzkina, o.O. 2024, in: *katakarak*, URL: <https://katakarak.net/cas/blog/rote-zora-ri-iruzkina-argian> [eingesehen am 11.04.2024].

Bandhauer-Schöffmann, Irene: „Emanzipation mit Bomben und Pistolen“? Feministinnen und Terroristinnen in deutschsprachigen Sicherheitsdiskursen der 1970er Jahre, in: *Eurozine*, 04.05.2010, URL: <https://www.eurozine.com/emanzipation-mit-bomben-und-pistolen/> [eingesehen am 20.08.2023].

Die Rote Zora: *Militanter Feminismus*, in: Schmidt, Fiona Sara/Engelmann, Jonas/Nagel, Thorsten (Hrsg.): *Play Gender. Linke Praxis – Feminismus – Kulturarbeit*, Mainz 2016, S. 192–198.

Farin, Klaus: *Die Autonomen*, Berlin 2015.

FrauenLesbenBande (Hrsg.): *Mili bittet zum Tanz*. Auf den Spuren des militanten Feminismus der Roten Zora, Münster 2023.

FrauenLesbenFilmCollectif Las OTRAS: *Frauen bildet Banden*. Eine filmische Spurensuche zur Geschichte der Roten Zora, DVD, Berlin 2019 [eingesehen am 24.07.2023].

Frauen der Revolutionären Zellen: *Aktion gegen das Bundesverfassungsgericht*, in: *FrauenLesbenBande* (Hrsg.): *Mili bittet zum Tanz*. Auf den Spuren des militanten Feminismus der Roten Zora, Münster 2022, S. 136–138.

Geronimo: *Feuer und Flamme*. Zur Geschichte und Gegenwart der Autonomen, Berlin 1990.

46 Micus, Matthias/Pflicke, Tom/Scharf, Philipp: Facetten des linken Radikalismus in Göttingen, in: Deycke, Alexander et al. (Hrsg.): *Von der KPD zu den Postautonomen*. Orientierungen im Feld der radikalen Linken, Göttingen 2021, S. 223–264, hier S. 258.

47 Die „Offensive 77“ von der RAF bezeichnet eine Anschlagsserie zur Freipressung inhaftierter RAF-Terrorist:innen aus den Gefängnissen. Nachdem die Anschlagsserie zwar brutal ausgefallen, die Befreiung der Gefangenen jedoch abgelehnt worden war, nahm sich die Führungsriege der RAF in der Todesnacht von Stammheim am 18. Oktober 1977 in ihren Gefängniszellen das Leben.

48 Antifaschistische Linke International „A.L.I.“: Die RAF ist Teil unserer Geschichte, in: *inventati.org*, 2017, URL: <https://www.inventati.org/ali/index.php/archiv/solidaritaet/2024-die-raf-ist-teil-unserer-geschichte.html> [eingesehen am 08.08.2024].

Hauß, Sebastian: Identität in Bewegung. Prozesse kollektiver Identität bei den Autonomen und in der Schwulenbewegung, Bremen 2004.

Held, Kurt: Die Rote Zora und ihre Bande. Eine Erzählung aus Dalmatien für die Jugend, Aarau 1941.

Hertkamp, Susanne: Ein Tomatenwurf und seine Folgen, in: bpb.de, 08.09.2008, URL: <https://www.bpb.de/themen/gender-diversitaet/frauenbewegung/35287/ein-tomatenu-wurf-und-seine-folgen/> [eingesehen am 14.02.2025].

Imbusch, Peter: Die radikale Linke zwischen Protest und Militanz. Hintergründe, Besonderheiten und Perspektiven zu linksextremer Gewalt, in: Deycke, Alexander et al. (Hrsg.): Von der KPD zu den Postautonomen. Orientierungen im Feld der radikalen Linken, Göttingen 2021, S. 57–82.

Karcher, Katharina: Das Patriarchat in Stücke hauen, in: anschläge.at, URL: <https://anschlaege.at/das-patriarchat-in-stuecke-hauen/> [eingesehen am 14.02.2025].

Karcher, Katharina: Sisters in Arms. Militant Feminisms in the Federal Republic of Germany since 1968, Berlin 2017.

Kraushaar, Wolfgang: Linke Militanz: Begriff, Geschichte und aktuelle Gestalt, in: Deycke, Alexander et al. (Hrsg.): Von der KPD zu den Postautonomen. Orientierungen im Feld der radikalen Linken, Göttingen 2021, S. 31–41.

Las OTRAS: „Wir wollen die vollständige Befreiung.“, in: FrauenLesbenBande (Hrsg.): Mili bittet zum Tanz. Auf den Spuren des militanten Feminismus der Roten Zora, Münster 2022, S. 111–116.

Lilienthal, Lou: Ausgeschlossene Macker, in: jungle.world, 28.07.2022, URL: <https://jungle.world/artikel/2022/30/ausgeschlossene-macker> [eingesehen am 14.02.2025].

Melzer, Patricia: „Frauen gegen Imperialismus und Patriarchat zerschlagen den Herrschaftsapparat“: autonome Frauen, linksradikaler feministischer Protest und Gewalt in Westdeutschland, in: Balz, Hanno/Friedrichs, Jan-Henrik (Hrsg.): „All We Ever Wanted ...“ Eine Kulturgeschichte europäischer Protestbewegungen der 1980er Jahre, Berlin 2012, S. 157–177.

Micus, Matthias/Pflicke, Tom/Scharf, Philipp: Facetten des linken Radikalismus in Göttingen, in: Deycke, Alexander et

al. (Hrsg.): Von der KPD zu den Postautonomen. Orientierungen im Feld der radikalen Linken, Göttingen 2021, S. 223–264.

O.V.: Aktuelle Stimmen zur feministischen Militanz, in: FrauenLesbenBande (Hrsg.): Mili bittet zum Tanz. Auf den Spuren des militanten Feminismus der Roten Zora, Münster 2023, S. 99–117.

Pirouette: Aktuelle Stimmen zur feministischen Militanz, in: FrauenLesbenBande (Hrsg.): Mili bittet zum Tanz. Auf den Spuren des militanten Feminismus der Roten Zora, Münster 2022, S. 101–102.

Rosarote Zora: @RosaroteZ, X-Account der Rosaroten Zora, 2020.

Rote Zora: Anschlag gegen Schering [1982], in: FrauenLesbenBande (Hrsg.): Mili bittet zum Tanz. Auf den Spuren des militanten Feminismus der Roten Zora, Münster 2022, S. 155–156.

Rote Zora: Jedes Herz ist eine Zeitbombe, in: Revolutionszorn, H. 6, Januar 1981, URL: <http://www.freilassung.de/div/texte/rz/zorn/Zorn28k.htm> [eingesehen am 08.07.2024].

Rote Zora: La Historia de Rote Zora, o.O. 2012.

Rote Zora: Mili's Tanz auf dem Eis. Von Pirouetten, Schleifen, Einbrüchen, doppelten Saltos und dem Versuch, Boden unter die Füße zu kriegen, in: FrauenLesbenBande (Hrsg.): Mili bittet zum Tanz. Auf den Spuren des militanten Feminismus der Roten Zora, Münster 2023, S. 17–98.

Wimmer, Christopher: Die tiefe Feindschaft gegen das Bestehende. Militanz findet im Alltag statt und nicht auf ritualisierten Events, in: jungle.world, 22.07.2021, URL: <https://jungle.world/artikel/2021/29/die-tiefe-feindschaft-gegen-das-bestehende> [eingesehen am 11.02.2025].



**Katharina Heise** studierte Politikwissenschaft und Soziologie an der Universität Göttingen. Sie war bis Ende 2024 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Göttinger Institut für Demokratieforschung. Sie arbeitete in der Bundesfachstelle Linke Militanz unter anderem zu Genderaspekten der radikalen Linken.



**Philipp Scharf**, M.A., ist Politikwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Demokratieforschung. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen die Protest- und Bewegungsforschung sowie politische Kulturforschung.

# Radikaler Islam

DOI: <https://doi.org/10.17875/gup2025-2824>  
Klevesath, Lino (2025): „Die Bricolage des Antisemitismus. Zwei Fallbeispiele aus einer Interview-Studie zur Demokratiewahrnehmung unter jungen Muslim\*innen“ In: *Demokratie-Dialog* 15 (2025) S. 50–62.

# Die Bricolage des Antisemitismus

Zwei Fallbeispiele aus einer Interview-Studie zur Demokratiewahrnehmung unter jungen Muslim\*innen

Lino Klevesath

# A

m 7. Oktober 2023 überfiel die Hamas zusammen mit anderen bewaffneten Gruppen Israel an der Grenze zum Gazastreifen. Die Terrorist\*innen ermordeten hunderte Menschen, raubten und zerstörten ihr Eigentum und verübten sexualisierte Gewalt. Zudem entführten sie eine dreistellige Zahl an Menschen in den Gazastreifen.<sup>1</sup> In Deutschland kam es in den

folgenden Wochen und Monaten zu einem massiven Anstieg antisemitischer Vorfälle, die vom zivilgesellschaftlichen Verband der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) bundesweit erfasst werden.<sup>2</sup> Viele der seit dem 7. Oktober 2023 registrierten antisemitischen Vorfälle in Deutschland ereigneten sich im Kontext von Demonstrationen, die die Situation in Gaza zum Gegenstand hatten. Sie dienen als „Gelegenheitsstrukturen“<sup>3</sup>, um bereits zuvor vertretene antisemitische Inhalte publikumswirksam zu

1 Human Rights Watch: „I Can't Erase All the Blood from My Mind“. Palestinian Armed Groups' October 7 Assault on Israel, 17.07.2024, URL: <https://www.hrw.org/report/2024/07/17/i-cant-erase-all-blood-my-mind/palestinian-armed-groups-october-7-assault-israel> [eingesehen am 03.12.2024].

2 Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS): Jahresbericht Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2023, 25.06.2024, URL: [https://report-antisemitism.de/documents/25-06-24\\_RIAS\\_Bund\\_Jahresbericht\\_2023.pdf](https://report-antisemitism.de/documents/25-06-24_RIAS_Bund_Jahresbericht_2023.pdf) [eingesehen am 03.12.2024], S. 13.

3 Ebd., S. 42.

äußern. Allerdings stellt sich hier die Frage, wo die Grenze zwischen antisemitischen Äußerungen und nichtantisemitischen pro-palästinensischen Bekundungen verläuft. Die Frage nach der Definition des Antisemitismus, die seit Jahren teilweise erbittert geführt wird und sich insbesondere an der Frage aufhängt, wann gegen Israel gerichtete Äußerungen antisemitisch sind, hat seitdem noch einmal an Schärfe gewonnen. Gleiches gilt für die Frage nach seinen Quellen und Ursachen sowie nach Strategien zu seiner Bekämpfung. Das gilt insbesondere für den Antisemitismus unter Muslim\*innen, der im Fokus dieses Aufsatzes liegt.

In der Forschung wird häufig zwischen verschiedenen Formen des Antisemitismus unterschieden: (1) Der klassische Antisemitismus umfasst demnach sowohl (a) bereits seit dem Mittelalter verbreitete Vorurteile und Mythen (so etwa die Vorwürfe jüdischen Zinswuchers oder das Verbreiten der Legende von Ritualmorden an nichtjüdischen Menschen)<sup>4</sup> als auch (b) seit dem 19. Jahrhundert verbreitete moderne antisemitische Vorstellungen, bei denen Jüd\*innen in pseudowissenschaftlicher Manier ererbte negative Eigenschaften angedichtet werden. Hinzu tritt (2) der sekundäre Antisemitismus, der auch als Schuldabwehr-Antisemitismus oder Post-Holocaust-Antisemitismus bezeichnet wird. Dieser wirft Jüd\*innen vor, aus dem Holocaust Vorteile zu ziehen und die Schuld der Deutschen und anderer am Holocaust beteiligten Täter\*innen übertrieben darzustellen. Durch den sekundären Antisemitismus wird somit eine Täter-Opfer-Umkehrung vorgenommen. Daneben gibt es (3) den israelbezogenen Antisemitismus, bei dem Stereotype und Vorurteile gegen Jüd\*innen auf den Staat Israel übertragen werden.<sup>5</sup> Kennzeichnend für den israelbezoge-

nen Antisemitismus ist die Überzeugung, Israel könne als jüdischer Staat kein Nationalstaat wie andere sein.<sup>6</sup>

Unter Antisemitismus werden hier Vorstellungen verstanden, nach denen Jüd\*innen oder jüdisch gelesenen Personen und Institutionen pauschal negative Eigenschaften und/oder Handlungen zugeschrieben werden. Antisemitismus kann als eine Form der Outgroup-Feindlichkeit verstanden werden, die nach John M. Berger als Form des Extremismus gelten kann.<sup>7</sup> Jüd\*innen werden demnach im antisemitischen Denken als Outgroup wahrgenommen, die das Wohlergehen der eigenen Ingroup (potenziell) gefährdet und somit feindselig betrachtet oder behandelt werden muss. Die Feindseligkeit kann im Extremfall bis zum Vernichtungswillen reichen.

Es ist allerdings festzuhalten, dass die konzeptionelle Fassung des Antisemitismus umstritten bleibt. Kann Antisemitismus primär als „Feindschaft gegen Jüdinnen\*Juden“<sup>8</sup> verstanden werden? Oder ist diese Feindschaft nicht vielmehr Ausdruck einer durch „Hass auf Aufklärung, Selbstreflexion und Freiheit“ getragenen „wahnhaft-projektive[n] Reaktion auf die jeweils historisch bestehenden Gesellschaften“<sup>9</sup>, bei der die Verantwortung für diese komplexen gesellschaftlichen Entwicklungen auf Jüd\*innen projiziert wird? Obwohl Antisemitismus in vielen

---

Berlin 2013, S. 26 sowie S. 58–105.

4 Utz, Richard: Hugh von Lincoln und der Mythos vom jüdischen Ritualmord, in: Müller, Ulrich und Wunderlich, Werner (Hrsg.): Mittelaltermythen in 7 Bänden. Herrscher-Helden-Heilige, Konstanz 2001, S. 711–722.

5 Schwarz-Friesel, Monika und Reinharz, Jehuda: Die Sprache der Judenfeindschaft im 21. Jahrhundert,

6 Holz, Klaus und Haury, Thomas: Antisemitismus gegen Israel, Hamburg 2021, S. 27 f.

7 Berger, John M.: Extremism, Cambridge, MA 2018.

8 Arnold, Sina et al.: Einleitung. Antisemitismusverständnisse, in: Ullrich, Peter et al. (Hrsg.): Was ist Antisemitismus? Begriffe und Definitionen von Judenfeindschaft, Göttingen 2024, S. 9–14, hier S. 9.

9 Grigat, Stephan: Kritik des Antisemitismus heute. Zur kritischen Theorie antijüdischer Projektionen, der Persistenz des Antizionismus und der aktuellen Gefahr des islamischen Antisemitismus, in: ders. (Hrsg.): Kritik des Antisemitismus in der Gegenwart, Baden-Baden 2023, S. 11–47, hier S. 12.

Fällen von einem derartigen Wahn getragen ist, wäre empirisch zu prüfen, ob Hass auf Jüd\*innen nicht auch ohne eine derartige wahnhaftige Weltdeutung auftreten kann. Eine systematische Aufarbeitung dieser Frage kann hier aber ebenso wenig geleistet werden wie eine Darlegung der Diskussion um die prominenteren Definitionen wie die der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) oder die der sogenannten Jerusalemer Erklärung.<sup>10</sup>

In diesem Artikel soll auf Grundlage von zehn<sup>11</sup> Interviews, die zwischen November 2023 und August 2024 mit in Niedersachsen lebenden Muslim\*innen in der Altersgruppe bis dreißig Jahre durchgeführt wurden, exemplarisch der Antisemitismus unter Muslim\*innen beleuchtet werden. Nur bei wenigen Interviews wurden antisemitische Einstellungen artikuliert. Zwei Interviews fielen jedoch durch die Häufung antisemitischer Aussagen auf. Bei diesen griffen primärer Antisemitismus, Post-Holocaust-Antisemitismus und israelbezogener Antisemitismus gelegentlich stark ineinander und wurden bisweilen mit Kritik am Staat Israel verbunden, die in Teilen als nicht antisemitisch gelten kann.

Dieses Nebeneinander verschiedenster Komponenten kann als Bricolage (Bastelei) verstanden werden, die selbst sich widersprechende Aussagen miteinander kombiniert. Doch wie ist diese Bereitschaft zum Nebeneinander von Erzählungen und zum Ignorieren von logischen Brüchen erklärbar? Wo beginnt Antisemitismus im konkreten Einzelfall? Welchen Unterschied macht es, ob antisemitische Aussagen primär in klassische Verschwörungserzählungen eingebettet oder mit einem postkolonialen Weltbild kombiniert werden? Diesen Fragen wird anhand der Analyse der zwei muslimischen Fallbeispiele nachgegangen. Dabei soll nicht behauptet werden, dass es einen spezifisch muslimischen

Antisemitismus gibt, da der Antisemitismus unter Muslim\*innen sich nicht nur aus religiösen, sondern aus vielen Quellen speist.<sup>12</sup> Die Fragen nach dem Verhältnis von Antisemitismus und postkolonialen Weltbild sowie nach der Grenze zwischen Antisemitismus und Kritik an Israel sind angesichts der breiten internationalen Gaza-Bewegung auch im Hinblick auf Nicht-Muslim\*innen von Interesse, auch wenn Muslim\*innen auf diesen Demonstrationen eine sehr prominente Rolle spielen.

#### **Palästina-Solidarität als Brücke zum klassischen und Post-Holocaust-Antisemitismus – der Interviewte 4**

Für den Befragten hing die Wahrnehmung der deutschen Politik stark mit dem Konflikt um Gaza zusammen. So thematisiert er die deutsche Außenpolitik, als eigentlich Bundeskanzler Olaf Scholz Gegenstand des Gesprächs war. Seine Aussagen sollen hier als erstes Fallbeispiel analysiert werden.

Ohne eindeutige Gründe zu nennen, erklärt der Befragte, dass er Scholz nicht besonders möge.<sup>13</sup> Er vermutet, dass er den Krieg („the war“) unterstütze (ebd.), und macht als Ursache die deutsche Schuld aus („the guilt trip“, 386) – ohne den Holocaust explizit zu benennen. Auf Nachfrage erklärte er, es gehe um „our fight in

10 Ebd., S. 25 f.

11 Neben diesen zehn Interviews mit Muslim\*innen gab es fünf weitere Interviews mit nichtmuslimischen Befragten derselben Altersgruppe.

12 Klevesath, Lino: Antisemitismus unter Muslim\*innen oder ‚muslimischer Antisemitismus‘? Zur Frage der konzeptionellen Fassung eines gesellschaftlichen Problems, in: Demokratie-Dialog H, 10/2022, S. 26–34.

13 Unveröffentlichtes Manuskript des Gesprächs mit dem Interviewten 4, Absatz 384 der Studie Klevesath, Lino/Trilsbeek, Lena/Rohloff, Mareike: Zum Demokratieverständnis junger Muslim\*innen mit Migrationshintergrund, Göttingen 2025 (im Erscheinen). Im Folgenden werden die Interviews im Fließtext in Klammern zitiert. Die Absatzzahl folgt nach einem Komma nach der Nennung der interviewten Person. Ist nur eine Zahl angegeben, wird auf das zuletzt verwendete Interview Bezug genommen.

Gaza and Palestine“ (ebd.). Durch den Gebrauch der 1. Person Plural wird deutlich, dass er sich in starkem Maße mit den Palästinenser\*innen identifiziert. Er erläutert seine Gründe dafür: „It’s a different country, but it affects me, [...] not as a Muslim, but [...] as a human being as well [...]“ (388). Nicht seine religiöse Identität sei Grund seiner Identifikation, sondern seine eigene Erfahrung mit militärischer Gewalt und der Angst vor Drohnen in seinem Heimatland (ebd.). Er fordert einen Waffenstillstand und erklärt, die Menschen müssten vor Bombardierungen und Tötungen geschützt sein. Während die Verwendung des Begriffes „guilt trip“ die Dimension des Post-Holocaust-Antisemitismus aufscheinen lässt, in dem die deutsche Schuld relativiert wird, bringen die ersten Aussagen zu Gaza keinen Antisemitismus, sondern Solidarität mit den Palästinenser\*innen zum Ausdruck und negieren auch nicht explizit die Rechte der jüdischen Bevölkerung. Allerdings erklärt der Befragte auch, dass das Land den Palästinenser\*innen gehöre (ebd.). Jedoch bleibt dabei unklar, welchen Umfang das Land der Palästinenser\*innen hat und ob der Befragte auch Jüd\*innen ein Recht auf (ein) Land in dem Gesamtgebiet des ehemaligen Mandatsgebiets Palästina zugesteht.

Um zu klären, was der Befragte mit seiner Aussage meint, fragt der Interviewer danach, wie mit Israelis verfahren werden sollte, die auf diesem Land leben (389). Der Befragte negiert daraufhin nicht nur vollständig den israelischen Anspruch auf Land, sondern redet allgemein über Jüd\*innen in der Geschichte. Diese Gleichsetzung aller Jüd\*innen mit der vom Befragten äußerst negativ wahrgenommenen Gruppe der Israelis ist bereits als antisemitisch einzustufen – schließlich lebt selbst heute die Mehrheit der jüdischen Weltbevölkerung außerhalb Israels. Auch wenn der Befragte den Jüd\*innen die Menschlichkeit nicht abspricht („they are human beings as well“), präsentiert er eine Mischung aus dem auf das Mittelalter zurückgehenden Zerrbild des jüdischen Wucherers und modernen Verschwörungserzählungen von allmächtigen jüdischen Strippenzieher\*innen:

Demnach hätten Jüd\*innen seit jeher anderen Menschen gegen Zinsen Geld geliehen, um sich dann, wenn die Schuldner\*innen das Geld nicht zurückzahlen könnten, Einfluss auf „opposition and governments“ (392) zu erpressen. Deshalb kommt der Interviewte zu dem Schluss, Jüd\*innen hätten seit jeher „bad things“ in „every land they went through“ begangen (ebd.).

Ein Recht für Jüd\*innen, weiterhin im Gebiet zwischen Jordan und Mittelmeer zu leben, scheint der Befragte uneingeschränkt abzulehnen: „Uh, I don’t know where they [Jews] have to go, but they have to figure it out for themselves“ (ebd.). Dass viele Jüd\*innen bereits seit mehreren Generationen in Israel beheimatet sind und es auch vor der zionistischen Auswanderung jüdische Gemeinschaften im dortigen Gebiet gab, scheint dem Befragten entweder nicht bewusst zu sein oder aus seiner Sicht nicht gegen die Idee einer vollständigen Vertreibung der Jüd\*innen zu sprechen, da nur die Palästinenser\*innen als rechtmäßige Eigentümer\*innen des Landes imaginiert werden.

Im weiteren Verlauf erhebt der Befragte gegen die nicht näher bestimmte Outgroup den Vorwurf, jedes Land, das sie aufsuchen würden, in eine „war zone“ (394) zu verwandeln. Auf Nachfrage, ob er Jüd\*innen oder Israelis meine, erklärt er, dass es ihm um „Zionists“ gehe, denen er „brainwashing“ (396) vorwirft, um schon junge Kinder mit Hass zu indoktrinieren. Wen er konkret unter „Zionists“ fasst, bleibt aber unklar. Viele Jüd\*innen protestierten auch gegen „atrocities“ (ebd.). Hier spielt er wohl auf die internationalen Proteste gegen den israelischen Militäreinsatz in Gaza an und sieht in der Teilnahme von Jüd\*innen an diesen Demonstrationen eine grundsätzliche Distanzierung von Israel. Der Versuch, zwischen Jüd\*innen und Zionist\*innen zu unterscheiden, fällt jedoch im weiteren Verlauf wieder in sich zusammen, wenn der Befragte den Jüd\*innen allgemein vorwirft, in allen von ihnen aufgesuchten Ländern „chaos“ (402) anzurichten. Der Befragte gibt sich überzeugt, dass „the whole world“ im Falle der Einstellung der Aktivitäten

der Zionist\*innen „peaceful“ (ebd.) werde. Die Wahnvorstellung jüdischer Allmacht, die der Befragte anfangs ohne konkreten Bezug auf den jüdischen Staat artikuliert, wird nun also auf Israel übertragen.

Seine Fantasie imaginiertes jüdisch-zionistischer Allmacht geht so weit, dass er die Tatsache, dass in seinem autoritär verfassten Herkunftsland eine Person, die in der Öffentlichkeit eine Palästina-Flagge trug, verhaftet wurde, auf geheimen israelischen Einfluss zurückführt – obwohl sein Herkunftsland keine diplomatischen Beziehungen zum jüdischen Staat unterhält (413). Auf Nachfrage, ob alle Jüd\*innen an dieser Allmacht partizipierten oder diese lediglich von einem Teil der Jüd\*innen ausgehe, erklärt der Befragte, dass die Macht in der Hand einer kleinen jüdischen Gruppe sei, die in Verbindung zur Rothschild-Familie stehe – einer ursprünglich aus Frankfurt stammenden Bankiersfamilie, die seit dem 19. Jahrhundert Projektionsfläche für die fantasierte Akkumulation vom jüdischen Reichtum und Macht dient. Diese Familie beeinflusse demnach alle maßgeblichen politischen Führungspersonen der Welt (414–417). Hier wird die Verschwörungserzählung angerissen, der zufolge die Rothschilds durch finanzielle Macht die Geschicke der Welt kontrollieren würden.<sup>14</sup>

Abschließend lässt sich zu dem Fall festhalten, dass der israelbezogene Antisemitismus (artikuliert etwa in Form des Vorwurfs einer illegitimen Präsenz von Jüd\*innen in Israel/Palästina) hier eingebettet wird in Verschwörungserzählungen, die dem Repertoire des klassischen Antisemitismus entstammen (so etwa der Erzählung jüdischer Allmacht, die unter anderem durch Wucherzinsen ausgeübt werde). Auf Elemente des Schuldabwehr-Antisemitismus wird lediglich angespielt („the guilt trip“, 386). Widersprüche in den artikulierten Erzählfragmenten werden ausgeblendet: So ist etwa nicht zu ver-

stehen, warum Jüd\*innen trotz ihrer vermeintlichen Allmacht vor der Gründung Israels kein eigenes Heimatland erlangen konnten. Die Hin-nahme dieser Inkonsistenzen spricht dafür, dass die antisemitischen Erzählungen vom Befragten unhinterfragt als Wahrheiten akzeptiert werden.

### **Der postkoloniale Blick auf Israel/ Palästina – die Interviewte 11**

Die zweite Befragte, deren Aussagen hier als zweites Fallbeispiel analysiert werden sollen, nimmt eine ausgeprägte Doppelmoral in Deutschland wahr. Bestimmte Grundrechte wie das Recht auf Meinungsfreiheit könnten einige Gruppen erfolgreich für sich beanspruchen, andere jedoch nur eingeschränkt. Die Befragte erklärt, in der Bundesrepublik „complete democracy“ (Interviewte 11, 16) erwartet zu haben – also ein Ideal, dem ihr Geburtsland, das sie als „third world country“ (ebd.) bezeichnet und damit implizit als defizitär markiert, nacheifern müsse. Tatsächlich aber habe sie antimuslimischen Rassismus in Deutschland erfahren müssen und zudem gebe es nicht für alle Protestierenden so viel Redefreiheit in Deutschland wie für diejenigen, die sich für „LGBTQ, for women’s rights“ (16) einsetzten. Diese Formen der Diskriminierung und der doppelten Standards passen für sie nicht zur Demokratie. Doppelmoral bemerkt sie nicht allein in Deutschland, sondern im Westen insgesamt. Zum einen erklärt die Befragte, dass es gut wäre, wenn Menschenrechte für alle gelten würden, doch sie müsse feststellen: „Some people have rights and some others don’t. Some people matter more than others“ (68). Zwar würde aus den Konzepten Demokratie und Menschenrechte hierzulande „a big deal“ (ebd.) gemacht, gleichzeitig würden aber eklatante Menschenrechtsverletzungen bis hin zum Hunger ignoriert – das gelte etwa für Palästina, Syrien, Vietnam oder für Uigur\*innen in China (ebd.). Zum anderen bemängelt sie jedoch, dass im Westen der Anspruch von Muslim\*innen auf die Überlegenheit des Islam kritisiert werde, während es tatsächlich einen

14 Weber, Klaus: Rothschilds, in: Diner, Dan (Hrsg.): Enzyklopädie jüdischer Geschichte und Kultur, Leiden 2016, [https://doi.org/10.1163/2468-2845\\_ejgk\\_COM\\_0758](https://doi.org/10.1163/2468-2845_ejgk_COM_0758).

westlichen Chauvinismus gebe, dem zufolge der Rest der Welt nach westlichen Vorstellungen leben müsse, die nichtwestlichen Menschen in Form der Menschenrechte – eines vom Westen erfundenen Konzepts – aufgezwungen würden (66). Sie schwankt somit zwischen der Klage, der Westen respektiere die Menschenrechte gegenüber ehemals Kolonisierten nicht oder nur unzureichend, und dem Vorwurf, Menschenrechte seien ein für nichtwestlich sozialisierte Menschen unpassendes Konzept, das lediglich als Machtinstrument des Westens diene. Klar scheint für sie zu sein, dass ein fortwährendes, beklagenswertes Machtungleichgewicht zwischen dem Westen und dessen ehemaligen Kolonien fortbesteht. Versteht man das postkoloniale Weltbild als „cultural interaction between colonizing powers and the societies they colonized, and the traces that this interaction left“<sup>15</sup>, so wird klar, dass die Befragte mit einer postkolonialen Perspektive auf die Welt blickt. Diese prägt auch ihre Sicht auf den arabisch-israelischen Konflikt und dessen Wahrnehmung in Deutschland.

Als konkretes Beispiel für in Deutschland nicht akzeptierte Proteste nennt sie pro-palästinensische Demonstrationen. In Niedersachsen, wo sie selbst für Palästinenser\*innen protestiert habe, habe sie sich dabei zwar sicher gefühlt, doch in Berlin seien „two friends“ während eines solchen Protests festgenommen worden – „just for sitting on the grass“ (30). Die Polizei sei dort „so brutal“ und „physically abusive“ (ebd.) vorgegangen und insbesondere ausländische Studierende hätten das Gefühl, nicht so viele Rechte zu haben – hier deutete sie an, die Betroffenen müssten ein Ende ihres Aufenthaltstitels oder gar eine Abschiebung fürchten (ebd.). Die Befragte scheint implizit ihre Peergroup als Opfer von Maßnahmen zu sehen, die mit der Ver-

hinderung der Artikulation von Antisemitismus legitimiert werden. An dieser Stelle verweist die Befragte auf ein tatsächliches Problem: Insbesondere nach dem 7. Oktober im Herbst 2023 kam es mit wenig spezifischen Verweisen auf die Gefahr, auf Demonstrationen könne es zum Delikt der Volksverhetzung und antisemitischen Ausrufen kommen, zu zahlreichen vorab verhängten Demonstrationsverboten, insbesondere in Berlin.<sup>16</sup> Aufgrund von als willkürlich eingestuften Demonstrationsverboten, Gewalt auch vonseiten der Polizei und Verhaftungen stellte die amerikanische Nichtregierungsorganisation Freedom House eine Einschränkung der Versammlungsfreiheit in der Bundesrepublik fest und senkte die Gesamtpunktzahl, die die Qualität der Demokratie eines Landes wiedergeben soll, für Deutschland im Jahr 2023 auf 93 von 100 Punkten ab (2022: 94 von 100 Punkten). Die Diagnose der Befragten, die deutsche Demokratie weise in diesem Punkt Defizite auf, wird somit auch von professionellen Beobachter\*innen geteilt.<sup>17</sup>

Der Befragten ist es sehr wichtig zu betonen, dass sie zwischen Israel und Jüd\*innen unterscheidet. Bei Betrachtung eines als Stimulus gezeigten Fotos, das eine Szene in einer Synagoge zeigt, merkt sie – wohl mit Blick auf den arabisch-israelischen Konflikt –, es sei „never about religion“ (108) gegangen. Es sei „nice“ (ebd.), zu sehen, wie Menschen mit Freude ihre Religion ausüben würden. Aus ihrer Sicht müsse in der Demokratie die Maxime „You get to do your thing“ (ebd.) gelten, und das respektiere sie. Zudem gebe es zwischen den abrahami-

15 Viswanathan, Gauri: Pedagogical Alternatives: Issues in Postcolonial Studies. Interview with Gauri Viswanathan, in: Bahri, Deepika und Vasudeva, Mary (Hrsg.): Between the lines. South Asians and Postcoloniality, Philadelphia 1996, S. 54–63, hier S. 54.

16 O.V.: Hohe Hürden für Ausweisungen und Versammlungsverbote, in: Legal Tribune Online (LTO), 17.10.2023, URL: <https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/hamas-israel-palaestina-palastine-demo-versammlung-verbot-ausweisung-volksverhetzung-billigung> [eingesehen am 20.12.2024].

17 Freedom House: Freedom in the World 2024: Germany, ohne Datum, URL: <https://freedomhouse.org/country/germany/freedom-world/2024> [eingesehen am 20.12.2024].

tischen Religionen viele Gemeinsamkeiten. Im Judentum und Islam würden dieselbe Gebetsrichtung sowie das Verbot des Schweinefleischkonsums gelten – zudem gebe es nicht nur für muslimische Frauen das Gebot, den Kopf zu bedecken (ebd.).

Klar wird im Interview allerdings, dass die Befragte den Staat Israel uneingeschränkt ablehnt und Druck vonseiten des deutschen Staates, dessen Existenzrecht anzuerkennen, als Verstoß gegen die Menschenrechte und „undemocratic to the essence“ (141) empfindet. Obwohl sie großen Respekt für die Geflüchtetenpolitik Deutschlands unter Angela Merkel habe und sie vor dem 7. Oktober den Eindruck hatte, Deutschland gebe sein Bestes, um gleiche Rechte für alle sicherzustellen, wolle sie jetzt das Land verlassen. Sie nimmt hier fälschlich an, dass das 2024 geänderte Staatsbürgerschaftsrecht eine Anerkennung des Existenzrechts Israels zur Voraussetzung mache. Tatsächlich wurde die explizite Verankerung einer entsprechenden Klausel im Gesetz zwar erwogen, letztlich aber verworfen. Die Rechtsprechung hat jedoch mittlerweile die Artikulation einer antizionistischen Position als hinreichenden Grund für die Verweigerung einer Einbürgerung anerkannt.<sup>18</sup> Wieder wird der postkolonial geprägte Blick der Befragten deutlich: Sie nimmt eine Ungleichbehandlung in Bezug auf die Meinungsfreiheit wahr und bemängelt, vermeintlich nichtwestliche Anliegen würden ungerechtfertigterweise stärker eingeschränkt als im westlichen Diskurs etablierte politische Ziele.

Ihre zunächst geäußerte antizionistische Ablehnung des Staates Israel ist für sich genommen nicht antisemitisch. Zwar sind antisemitische Einstellungen unter Antizionist\*innen weit ver-

breitet<sup>19</sup> und Antizionismus stellt in vielen Fällen tatsächlich „eine geopolitische Reproduktion des Antisemitismus“<sup>20</sup> dar. Doch universalistische Positionen, die Ausgrenzungen und Diskriminierungen verschiedener Nationalstaaten kritisieren, diese deshalb grundsätzlich in Frage stellen und Israel dabei an denselben Maßstäben wie andere Nationen messen, können als nicht antisemitisch gelten – ebenso wie Ansätze, die die Machtasymmetrie zwischen Israelis und Palästinenser\*innen in Ost-Jerusalem und den Autonomiegebieten kritisieren, dabei (trotz gegebener Unterschiede) Parallelen zu Machtasymmetrien im kolonialistischen Zeitalter aufzeigen und diese zugunsten einer gleichberechtigten Machtverteilung auflösen wollen.

Doch die Befragte bleibt nicht bei der Ablehnung des Staates Israel stehen, sondern negiert im weiteren Interviewverlauf sogar das Recht israelischer Jüd\*innen, in ihrer Heimat zu leben. Doch sie selbst weist darauf hin, dass in vielen Fällen bereits die Urgroßeltern heutiger jüdischer Israelis ins frühere Mandatsgebiet Palästina eingewandert sind. Diese Negation des Rechts auf das Leben in ihrem Geburtsland für jüdische Israelis ist als antisemitisch einzustufen. Die Befragte erklärt, da nur ein paar Millionen Menschen in Israel lebten (151), könnten diese in die USA umgesiedelt werden (155). Auch frage sie sich, warum das Vereinigte Königreich Jüd\*innen überhaupt ins historische Palästina gebracht habe und nun „silent“ bleibe – vielmehr müssten „the people who caused this“ (155) für die Situation bezahlen. Hier wird ihr postkolonial geprägter Blick auf Israel/Palästina deutlich, da sie das von den kolonialen Siegermächten nach Ende des Ersten Weltkriegs

18 Kolter, Max: Wer Israel nicht anerkennt, kann nicht Deutscher werden, in: Legal Tribune Online (LTO), 18.12.2024, URL: <https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/vg-regensburg-verweigert-palaestiner-die-einbuengerung> [eingesehen am 31.01.2025].

19 Pfahl-Traughber, Armin: Antizionistischer und israelfeindlicher Antisemitismus: Definitionen – Differenzierungen – Kontroversen, in: bpb.de, 30.04.2020, URL: <https://www.bpb.de/themen/antisemitismus/dossier-antisemitismus/307746/antizionistischer-und-israelfeindlicher-antisemitismus/> [eingesehen am 31.01.2025].

20 Grigat: Kritik des Antisemitismus, S. 22.

eingesetzte Vereinigte Königreich als Mandatsmacht für die heutigen dortigen Verhältnisse verantwortlich macht. Die konkrete Nachfrage, ob sie sich eine Umsiedlung jüdischer Israelis ins Vereinigte Königreich oder in die USA wünsche, bejaht die Befragte („For sure“, 157). Allerdings würden die beiden westlichen Staaten dergleichen nicht zulassen, denn: „[...] they know what they're capable of“. Welche Gruppe sie mit „they“ bezeichnet, bleibt unklar. Die Frage, ob sie israelische Jüd\*innen meine, verneint die Interviewte dann (159) – obwohl sie kurz zuvor selbst von der gesamten israelischen Bevölkerung gesprochen hat. Nun erklärt sie, vor allem die israelischen Streitkräfte und alle Menschen, die zionistisch seien, zu meinen (161), denn es gebe auch viele Jüd\*innen, die sich mit der Sache der Palästinenser\*innen solidarisierten und die Handlungen des eigenen Landes kritisierten (159). Angesichts der Tatsache, dass in Israel aufgrund der Wehrpflicht fast die gesamte jüdische Bevölkerung zeitweise im Militärdienst und nur eine kleine Minderheit post-zionistische beziehungsweise nichtzionistische politische Modelle wie eine Ein-Staat-Lösung für alle Bevölkerungsgruppen befürwortet,<sup>21</sup> fällt die nachgeschobene Unterscheidung zwischen jüdischen Israelis insgesamt einerseits und Zionisten\*innen und dem Militär andererseits in sich zusammen. Auffällig an der Aussage ist die Form des vagen, nicht bestimmbareren Vorwurfs („what they're capable of“), die Rede im Modus des Raunens, mit der hier Jüd\*innen eine besondere Macht zugeschrieben wird und die tatsächlich für Artikulationen des Antisemitismus typisch ist.<sup>22</sup> Da die Befragte somit implizit allen jüdischen Israelis das Lebensrecht in Isra-

el verweigert, artikuliert sie eine antisemitische Position.

Allerdings bleibt es nicht bei dieser antisemitischen Artikulation. Vielmehr relativiert die Befragte den Holocaust. Dieser sei nur einer von vielen Genoziden, die sich in der Menschheitsgeschichte immer wieder ereigneten, wie sich auch am Schicksal der muslimischen Uigur\*innen in China zeige. In der Bundesrepublik gebe es das Phänomen des „German guilt“ (145) und Deutsche hätten eine unangemessene Obsession mit dem Holocaust: „Why is it the end of the world for you just because you were the one who did this one?“ (ebd.). Mit dieser Formulierung wird der „Zivilisationsbruch Auschwitz“<sup>23</sup> trivialisiert – eine „Massenvernichtung“, die

„so etwas [bedeutet] wie die Widerlegung einer Zivilisation, deren Denken und Handeln einer Rationalität folgt, die ein Mindestmaß antizipatorischen Vertrauens voraussetzt; ein utilitaristisches Vertrauen, das eine gleichsam grundlose Massentötung, gar noch in Gestalt rationaler Organisation, schon aus Gründen von Interessenkalkül und Selbsterhaltung der Täter ausschließt“.<sup>24</sup>

Gleichzeitig werden auch andere Massentötungen, die nicht gleichermaßen als „grundlos“ bezeichnet werden, ebenfalls bagatellisiert. Die Befragte geht so weit, die gegenwärtigen Handlungen Israels – wohl mit Blick auf die ab dem 7. Oktober 2023 begonnene Militäroffensive im Gazastreifen – mit dem Holocaust gleichzusetzen: „[...] what Israel is doing now, whether you agree or not, [...] is exactly the same thing that Germany did“ (ebd.). Diese Gleichsetzung ist eine antisemitische Dämonisierung Israels. Denn hätte das israelische Militär die Intention gehabt, so viele Bewohner\*innen des Gazastreifens wie möglich zu töten – so wie der Vernichtungsapparat des nationalsozialistischen Deutschlands bemüht war, möglichst alle Jüd\*innen Europas

21 Palestinian Center for Policy and Survey Research: The Palestine/Israel Pulse: A Joint Poll 2022, 24.01.2023, URL: [https://www.pcpsr.org/sites/default/files/Summary%20Report\\_%20English\\_Joint%20Poll%2024%20Jan%202023.pdf](https://www.pcpsr.org/sites/default/files/Summary%20Report_%20English_Joint%20Poll%2024%20Jan%202023.pdf) [eingesehen am 31.01.2025], S. 7.

22 Adorno, Theodor W.: *Minima Moralia: Reflexionen aus dem beschädigten Leben*, Frankfurt 1951, S. 200: „Der Antisemitismus ist das Gerücht über die Juden.“

23 Diner, Dan: Vorwort des Herausgebers, in: ders. (Hrsg.): *Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz*, Frankfurt 1988, S. 7–13, hier S. 9.

24 Ebd., S. 7.

zu ermorden –, wären angesichts der Fähigkeiten der israelischen Streitmacht im Gazastreifen nicht zehntausende Menschen seit Oktober 2023 getötet worden, sondern weit mehr. An die Zahl der sechs Millionen Opfer des Holocaust reicht die Zahl der Toten im aktuellen Konflikt offenkundig bei Weitem nicht heran. Zudem erfolgte die Militäroffensive Israels, durch die die Menschen im Gazastreifen getötet wurden, nicht grundlos, sondern in Reaktion auf den von der Hamas angeführten Terrorangriff auf Israel und die damit einhergehenden Morde.<sup>25</sup> Unabhängig davon ist zu konstatieren, dass es glaubwürdige Vorwürfe gibt, dass im Gazastreifen Kriegsverbrechen durch Israel begangen wurden, von denen einige von der internationalen Genozid-Konvention erfasst werden, und die Frage, ob sich im Gazastreifen ein Genozid ereignet hat, der Klärung durch den Internationalen Gerichtshof harrt.<sup>26</sup> Äußerungen aus den Reihen der israelischen Regierung wie die des israelischen Finanzministers Bezalel Smotrich, wonach ein Aushungern der Bevölkerung im Gazastreifen gerechtfertigt sei, sind ein starkes Indiz dafür, dass mindestens Teile der Regierung Kriegsverbrechen gutheißen.<sup>27</sup>

Obwohl die Befragte den Genozidbegriff einerseits bagatellisiert, nutzt sie ihn andererseits empathisch, um israelische Gewalt gegen Palästinenser\*innen auf emotionale Weise zu skandalisieren, und verurteilt die Benutzung des

Begriffs „conflict“ als Bezeichnung für die Auseinandersetzung zwischen Israelis und Palästinenser\*innen. Ohne Rücksicht auf die Tatsache, dass es seit der Staatsgründung Israels 1948 auch vergleichsweise gewaltarme Jahre gab und die (vergleichsweise) hohe Zahl an Toten durch die israelische Militärintervention ab 2023 eher eine historische Ausnahme darstellt, legt die Befragte nahe, dass bereits seit 75 Jahren ein Genozid andauere.<sup>28</sup> Tatsächlich wird mit diesem entgrenzten Hantieren mit dem Begriff die Debatte um die Frage, wann sinnvoll von einem Genozid gesprochen werden kann, ad absurdum geführt. Ein derart undifferenzierter Genozidvorwurf kann ebenfalls als antisemitische Dämonisierung Israels gelten, da diese pauschale Verurteilung erkennbar nicht mehr an konkrete Handlungen rückgebunden ist, sondern dem jüdischen Staat pauschal das Böse attestiert.<sup>29</sup>

Der Fall der Interviewten unterscheidet sich deutlich vom ersten Fallbeispiel: Während der erste Befragte israelbezogene antisemitische Aussagen durch Verschwörungserzählungen aus dem Repertoire des klassischen Antisemitismus grundierte, werden hier israelbezogene antisemitische Aussagen in eine postkoloniale Deutung des arabisch-israelischen Konflikts eingebettet. Die Machtasymmetrie zwischen Israelis und Palästinenser\*innen und zwischen den

25 Die eklatanten Unterschiede, die die Gleichsetzung beider Ereignisse verbieten, können in diesem Rahmen nicht erschöpfend behandelt werden.

26 European Center for Constitutional and Human Rights: Genozid in Gaza? Fragen und Antworten zum rechtlichen Hintergrund und aktuellen Entwicklungen, 11.12.2024, URL: [https://www.ecchr.eu/fileadmin/Q\\_As/ECCHR\\_Q\\_A\\_Genozid\\_in\\_Gaza\\_20241210.pdf](https://www.ecchr.eu/fileadmin/Q_As/ECCHR_Q_A_Genozid_in_Gaza_20241210.pdf) [eingesehen am 07.02.2025].

27 O.V.: Israelischer Minister entsetzt mit Äußerungen, in: [zdf.de](https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/israel-gazastreifen-aushungern-finanzminister-100.html), 07.08.2024, URL: <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/israel-gazastreifen-aushungern-finanzminister-100.html> [eingesehen am 13.02.2025].

28 „It’s a genocide. [...] So I would be like: Let’s call it what it is, first of all. And second of all, this is something that started 75 years ago.“ (Interview 11, 147)

29 Bei den Ausführungen der Befragten bleibt unklar, ob sie den Vorwurf des Genozids auf die israelischen Streitkräfte beschränkt. Ein Genozidvorwurf, der israelische Zivilist\*innen einschließt und das Gedeihen jüdischen Lebens in Israel an sich bereits als genozidal brandmarkt, ist eindeutig antisemitisch. Die Verwischung der Grenze zwischen Streitkräften und Zivilist\*innen wird jedoch von einigen Akteur\*innen der pro-palästinensischen Bewegung bewusst vorgenommen. Vgl. Boehm, Omri: ‚Nie wieder‘ gilt längst, in: [FAZ](https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/genozid-vorwurfe-im-gaza-krieg-nie-wieder-gilt-laengst-110380803.html), 27.03.2025, URL: <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/genozid-vorwurfe-im-gaza-krieg-nie-wieder-gilt-laengst-110380803.html> [eingesehen am 28.03.2025].

Eliten westlicher Staaten und pro-palästinensischen Demonstrierenden gilt ihr als Fortsetzung der kolonialen Machtasymmetrie. Elemente des klassischen Antisemitismus sind weniger präsent als bei der Darstellung des ersten Befragten, auch wenn sie ebenfalls vorkommen, indem Jüd\*innen eine besondere Macht zugeschrieben wird. Zwar erkennt die Befragte das Recht von Jüd\*innen auf freie Religionsausübung an. Doch mischt sich Empörung über die vielen Toten im Gazastreifen und die Beschränkungen für pro-palästinensische Proteste bei ihr mit der antisemitischen Relativierung des Holocaust und der Negierung des Rechts jüdischer Israelis, in ihrer Heimat zu leben. Angesichts des Eindrucks, in Deutschland auf wenig Empathie für Menschenrechtsverletzungen in Palästina zu stoßen, bezweifelt die Befragte die Aufrichtigkeit des hierdurch evozierten Diskurses in Deutschland. Die Befragte selbst schwankt zwischen der Verwerfung des Menschenrechtsdiskurses als westliches Herrschaftsinstrument und der Klage, der Westen tue nicht genug für die Menschenrechte, die er rhetorisch einfordert.

Freilich beklagt die Befragte zu Recht, dass in Deutschland pro-palästinensische Proteste auf Repressionen gestoßen sind (s.o.) – auch unabhängig von konkreten Artikulationen von Antisemitismus. Gerade in den Wochen nach dem 7. Oktober kam es auch zu weiteren faktischen Repressalien gegen andere Formen pro-palästinensischen Engagements.<sup>30</sup> Derartige Repressalien sind, sofern sie sich nicht gegen offenkundig antisemitische Aktivitäten richten, zu verurteilen und inkompatibel mit den Grundsätzen einer liberalen Demokratie. Auch das Faktum, dass konkreten Vorwürfen in Bezug auf mutmaßlich von Israel begangene Kriegs-

verbrechen auf internationaler Ebene nicht hinreichend nachgegangen wird – wie von der Befragten beschrieben –, ist beklagenswert. Nur so kann das Land im Falle des Belegs der Vorwürfe durch internationale Maßnahmen zur Einhaltung internationalen Rechts gezwungen werden. Gleichwohl rechtfertigen weder Einschränkungen der Grundrechte im Inland noch mangelnde Durchsetzung internationalen Rechts Antisemitismus.

### Fazit

Die Untersuchung der zwei Fallbeispiele aus einer Studie zur Demokratiewahrnehmung unter jungen Muslim\*innen hat deutlich werden lassen, dass verschiedene Varianten des Antisemitismus, der sowohl in klassischer Form als auch als Post-Holocaust-Antisemitismus sowie als israelbezogener Antisemitismus auftritt, häufig nebeneinander auftreten oder gar miteinander verwoben sind. Deshalb lässt sich von einer Bricolage des Antisemitismus sprechen. Diese Verwobenheit ist damit zu erklären, dass diese Varianten letztlich nur Dimensionen desselben Phänomens – des Antisemitismus – sind. Während im ersten Fallbeispiel vom klassischen Antisemitismus geprägte, ohne Scheu ausgebreitete Verschwörungserzählungen die Basis der Narration bilden, in die israelbezogene antisemitische Aussagen eingeflochten werden, ist das zweite Fallbeispiel von einem postkolonialen Weltbild geprägt: Die Befragte verweist auf die reale Machtasymmetrie zwischen Israelis und Palästinenser\*innen und Menschenrechtsverletzungen in Gaza, die genauso wie das Ungleichgewicht zwischen dem Westen und dem Rest der Welt als Konsequenz des Fortwirkens kolonialer Herrschaft begriffen und als ungerecht angeprangert werden. Während im ersten Fallbeispiel antijüdische Aussagen ohne Zurückhaltung artikuliert werden, bemüht sich die zweite Befragte um eine wohlwollende Darstellung von Jüd\*innen, die allerdings durch israelbezogene antisemitische Äußerungen durchbrochen wird. Die wahnhaftige Vorstellung der jüdischen Übermacht wird

30 European Civic Forum: Civic Space Report 2024: Escalating Restrictions on Organisations and Individuals Expressing Solidarity with the Palestinian People, 2024, URL: <https://civic-forum.eu/wp-content/uploads/2024/05/CIVIC-SPACE-REPORT-2024-RESTRICTIONS-ON-PALESTINE-SOLIDARITY.pdf> [eingesehen am 06.02.2025].

zwar nicht mit Vehemenz vorgebracht wie im ersten Fallbeispiel, ist aber dennoch präsent. Gemeinsam ist beiden Fällen, dass die Einstellungen zu Jüd\*innen und Israel nicht mit der Religion des Islam begründet werden. Warum der erste Befragte antisemitische Verschwörungserzählungen ohne Zurückhaltung explizit äußert, während die andere Befragte wahnhaftes Topoi wie die vermeintliche jüdische Allmacht nur andeutet, bleibt unklar. Zu vermuten ist, dass die Befragte, die bereits längere Zeit in einer deutschen Bildungsinstitution durchlaufen hat, um die gesellschaftliche Sanktionierung von offenem Antisemitismus und Verschwörungserzählungen weiß, der erst kurz vor dem Interview nach Deutschland gekommene erste Befragte jedoch nicht. Dies spricht dafür, dass Erfahrungen im deutschen Bildungssystem einen dämpfenden Effekt auf die Artikulation des offenen Antisemitismus haben.

Viele junge Menschen im Westen solidarisieren sich mit dem Schicksal der Palästinenser\*innen und haben eine ablehnende Haltung gegenüber Israel, da sie das Land für die schlechte Lage der Palästinenser\*innen und insbesondere die Zehntausenden Toten im Gazastreifen seit Oktober 2023 verantwortlich machen. Auch wenn die pro-palästinensische Bewegung nicht ausschließlich von Muslim\*innen getragen wird, spielen sie in dieser eine sehr prominente Rolle. Nicht-antisemitische Äußerungen, die Solidarität und Unterstützung für Palästinenser\*innen und Kritik an Israel zum Ausdruck bringen, sind in der Bewegung gelegentlich eng verknüpft mit antisemitischen Aussagen. Die Tatsache, dass die verschiedenen Varianten des Antisemitismus in beiden Interviews artikuliert werden, kann mit ihrer nach wie vor gegebenen weiten Verbreitung im Diskurs – nicht nur, aber insbesondere in muslimisch geprägten Ländern – erklärt werden. So wurde etwa die Legende, Jüd\*innen würden Matzen aus Kinderblut backen, in Syrien unter dem Assad-Regime mit

staatlicher Unterstützung verbreitet.<sup>31</sup> Weitere absurde Verschwörungstheorien, wie die Behauptung, Israel habe das Vogelgrippevirus entwickelt, wurden durch Publikationsorgane des Regimes verbreitet, um israelbezogenen Antisemitismus zu befördern und so politischen Unmut auf einen externen Feind umzulenken. Entgrenzte Vorwürfe gegen Israel sind somit nicht tabuisiert, sondern in vielen arabischen Staaten normalisiert.<sup>32</sup> Allerdings konnte im Rahmen der Untersuchung keine tiefergehende Ursachenforschung unternommen werden – es muss somit offenbleiben, ob bei den Befragten eine länger bestehende Ablehnung Israels aus Solidarität mit den Palästinenser\*innen die Übernahme antisemitischer Vorurteile begünstigt hat oder umgekehrt antisemitische Narrationen den Blick auf den arabisch-israelischen Konflikt geprägt haben.

Eine Bekämpfung des israelbezogenen Antisemitismus, insbesondere unter Muslim\*innen, setzt die Einbindung der Antisemitismusprävention in Maßnahmen zum universellen Schutz der Menschenrechte und zur Bekämpfung jedweder illegitimen Diskriminierung zum Wohle aller Menschen voraus. Während der klassische Antisemitismus nicht in realen Konflikten, sondern in einer Wahnvorstellung von jüdischer Macht wurzelt, ist der israelbezogene Antisemitismus mit der realen Auseinandersetzung zwischen Palästinenser\*innen und Israelis verknüpft (wenn auch nicht vollständig durch diesen determiniert). Eine Strategie zur Eindämmung des israelbezogenen Antisemitismus setzt somit mehrere Dinge voraus: Erstens sind falsche oder gar dämonisierende Aussagen und Erzählungen über Israel zurückzuweisen und es ist darüber aufzuklären, dass viele

31 Kiefer, Michael: Antisemitismus in den islamischen Gesellschaften. Der Palästina-Konflikt und der Transfer eines Feindbildes, Düsseldorf 2002, S. 43.

32 Nahmias, Roe: Syria: Israel behind bird flu, in: ynetnews.com, 02.09.2006, URL: <https://www.ynetnews.com/articles/0,7340,L-3213775,00.html> [eingesehen am 21.03.2025].

dieser Behauptungen sich auf uralte antijüdische Stereotype zurückführen lassen. Zweitens ist eine klare Linie zwischen israelbezogenem Antisemitismus und nicht antisemitischer Kritik an Israel zu ziehen, die auch grundsätzliche Kritik miteinschließen kann. So ist zu vermeiden, dass „Europa an der Unterscheidung zwischen Antisemitismus und Israelkritik langsam verrückt wird“.<sup>33</sup> Erst diese klare Differenzierung ermöglicht es, israelbezogenen Antisemitismus als illegitim zu markieren und gleichzeitig die Artikulation nichtantisemitischer pro-palästinensischer Positionen zu ermöglichen und die Einschränkung von Grundrechten zu verhindern. Diese Unterscheidung ist im deutschen Diskurs bisher – insbesondere bei der Bewertung pro-palästinensischer Demonstrationen – nicht ausreichend durchgehalten worden.<sup>34</sup> Und drittens ist die Bekämpfung des Antisemitismus mit einem Diskurs zur Frage zu verknüpfen, wie der arabisch-israelische Konflikt dahingehend gelöst werden kann, dass Israelis und Palästinenser\*innen gleichermaßen ein sicheres und freies Leben unter Einschluss aller Grundrechte garantiert und die juristische Aufarbeitung und Ahndung von Verbrechen beider Seiten ermöglicht wird. Dies mag angesichts des verfahrenen Konflikts utopisch erscheinen, und tatsächlich ist eine derartige, wie auch immer geartete Lösung weit von der Tagespolitik entfernt. Allerdings haben westliche Staaten potenziell immer noch erheblichen Einfluss, der die Konfliktparteien potenziell einer Lösung näherbringen könnte. Ohne die Klärung der Frage, wie gleiche Grundrechte auch für Palästinenser\*innen gewährt werden können, lässt sich der Hass auf Israel nicht nachhaltig bekämpfen, auch wenn

keine Benachteiligung von Palästinenser\*innen Antisemitismus je rechtfertigen kann.

#### Literaturverzeichnis

Adorno, Theodor W.: *Minima Moralia: Reflexionen aus dem beschädigten Leben*, Frankfurt 1951.

Arnold, Sina et al.: Einleitung: Antisemitismusverständnis, in: Ullrich, Peter et al. (Hrsg.): *Was ist Antisemitismus? Begriffe und Definitionen von Judenfeindschaft*, Göttingen 2024, S. 9–14.

Berger, John M.: *Extremism*, Cambridge, MA 2018.

Boehm, Omri: ‚Nie wieder‘ gilt längst, in: FAZ, 27.03.2025, URL: <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/genozid-vorwurfe-im-gaza-krieg-nie-wieder-gilt-laengst-110380803.html> [eingesehen am 28.03.2025].

Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS): *Jahresbericht Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2023*, 25.06.2024, URL: [https://report-antisemitism.de/documents/25-06-24\\_RIAS\\_Bund\\_Jahresbericht\\_2023.pdf](https://report-antisemitism.de/documents/25-06-24_RIAS_Bund_Jahresbericht_2023.pdf) [eingesehen am 03.12.2024].

Diner, Dan: Vorwort des Herausgebers, in: ders. (Hrsg.): *Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz*, Frankfurt 1988, S. 7–13.

European Center for Constitutional and Human Rights: *Genozid in Gaza? Fragen und Antworten zum rechtlichen Hintergrund und aktuellen Entwicklungen*, 11.12.2024, URL: [https://www.ecchr.eu/fileadmin/Q\\_As/ECCHR\\_Q\\_A\\_Genozid\\_in\\_Gaza\\_20241210.pdf](https://www.ecchr.eu/fileadmin/Q_As/ECCHR_Q_A_Genozid_in_Gaza_20241210.pdf) [eingesehen am 07.02.2025].

European Civic Forum: *Civic Space Report 2024: Escalating Restrictions on Organisations and Individuals Expressing Solidarity with the Palestinian People*, 2024, URL: <https://civic-forum.eu/wp-content/uploads/2024/05/CIVIC-SPACE-REPORT-2024-RESTRICTIONS-ON-PALESTINE-SOLIDARITY.pdf> [eingesehen am 06.02.2025].

Freedom House: *Freedom in the World 2024: Germany*, ohne Datum, URL: <https://freedomhouse.org/country/germany/freedom-world/2024> [eingesehen am 20.12.2024].

Grigat, Stephan: *Kritik des Antisemitismus heute. Zur kritischen Theorie antijüdischer Projektionen, der Persistenz des Antizionismus und der aktuellen Gefahr des islamischen Antisemitismus*, in: ders. (Hrsg.): *Kritik des Antisemitismus in der Gegenwart*, Baden-Baden 2023, S. 11–47.

Holz, Klaus und Haury, Thomas: *Antisemitismus gegen Israel*, Hamburg 2021.

Human Rights Watch: ‚I Can’t Erase All the Blood from My Mind‘. *Palestinian Armed Groups’ October 7 Assault on Israel*, 17.07.2024, URL: <https://www.hrw.org/report/2024/07/17/i-cant-erase-all-blood-my-mind/palestinian-armed-groups-october-7-assault-israel> [eingesehen am 03.12.2024].

Kiefer, Michael: *Antisemitismus in den islamischen Gesellschaften. Der Palästina-Konflikt und der Transfer eines Feindbildes*, Düsseldorf 2002.

Klevesath, Lino: *Antisemitismus unter Muslim\*innen oder ‚muslimischer Antisemitismus‘? Zur Frage der konzeptionellen Fassung eines gesellschaftlichen Problems*, in: *Demokratie-Dialog*, H. 10/2022, S. 26–34.

Klevesath, Lino/Trilsbeek, Lena/Rohloff, Mareike: *Zum Demokratieverständnis junger Muslim\*innen mit Migrationshintergrund*, Göttingen 2025 (im Erscheinen).

33 Boehm, Omri: *Israel – eine Utopie*, Berlin 2020, S. 19.

34 Ruhnow, Evelin: *Werden Kinder auf Pro-Palästina-Demos instrumentalisiert?*, in: *Der Spiegel*, 09.10.2024, URL: <https://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/pro-palaestina-demos-in-berlin-innensenatorin-erhebt-vorwurf-der-instrumentalisierung-von-minderjaehrigen-a-e16dc5ac-96d2-4279-85fc-6b4e10c338bf> [eingesehen am 07.02.2025].

- Kolter, Max: Wer Israel nicht anerkennt, kann nicht Deutscher werden, in: Legal Tribune Online (LTO), 18.12.2024, URL: <https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/vg-regensburg-verweigert-palaestinenser-die-einbuengerung> [eingesehen am 31.01.2025].
- Nahmias, Roe: Syria: Israel behind bird flu, in: ynetnews.com, 02.09.2006, URL: <https://www.ynetnews.com/articles/0,7340,L-3213775,00.html> [eingesehen am 21.03.2025].
- O.V.: Hohe Hürden für Ausweisungen und Versammlungsverbote, in: Legal Tribune Online (LTO), 17.10.2023, URL: <https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/hamas-israel-palaestina-palestine-demo-versammlung-verbot-ausweisung-volksverhetzung-billigung> [eingesehen am 20.12.2024].
- O.V.: Israelischer Minister entsetzt mit Äußerungen, in: zdf.de, 07.08.2024, URL: <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/israel-gazastreifen-aushungern-finanzminister-100.html> [eingesehen am 13.02.2025].
- Palestinian Center for Policy and Survey Research: The Palestine/Israel Pulse: A Joint Poll 2022, 24.01.2023, URL: [https://www.pcpsr.org/sites/default/files/Summary%20Report\\_%20English\\_Joint%20Poll%2024%20Jan%202023.pdf](https://www.pcpsr.org/sites/default/files/Summary%20Report_%20English_Joint%20Poll%2024%20Jan%202023.pdf) [eingesehen am 31.01.2025].
- Pfahl-Traugber, Armin: Antizionistischer und israelfeindlicher Antisemitismus: Definitionen – Differenzierungen – Kontroversen, in: bpb.de, 30.04.2020, URL: <https://www.bpb.de/themen/antisemitismus/dossier-antisemitismus/307746/antizionistischer-und-israelfeindlicher-antisemitismus/> [eingesehen am 31.01.2025].
- Ruhnau, Evelin: Werden Kinder auf Pro-Palästina-Demos instrumentalisiert?, in: Der Spiegel, 09.10.2024, URL: <https://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/pro-palaestina-demos-in-berlin-innensenatorin-erhebt-vorwurf-der-instrumentalisierung-von-minderjaehrigen-a-e16dc5ac-96d2-4279-85fc-6b4e10c338bf> [eingesehen am 07.02.2025].
- Schwarz-Friesel, Monika und Reinharz, Jehuda: Die Sprache der Judenfeindschaft im 21. Jahrhundert, Berlin 2013.
- Utz, Richard: Hugh von Lincoln und der Mythos vom jüdischen Ritualmord, in: Müller, Ulrich und Wunderlich, Werner (Hrsg.): Mittelaltermythen in 7 Bänden. Herrscher-Helden-Heilige, Konstanz 2001, S. 711–722.
- Viswanathan, Gauri: Pedagogical Alternatives: Issues in Postcolonial Studies. Interview with Gauri Viswanathan, in: Bahri, Deepika und Vasudeva, Mary (Hrsg.): Between the lines. South Asians and Postcoloniality, Philadelphia 1996, S. 54–63.
- Weber, Klaus: Rothschilds, in: Diner, Dan (Hrsg.): Enzyklopädie jüdischer Geschichte und Kultur, Leiden 2016, [https://doi.org/10.1163/2468-2845\\_ejgk\\_COM\\_0758](https://doi.org/10.1163/2468-2845_ejgk_COM_0758).



**Lino Klevesath**, M. A., geb. 1982, ist seit 2017 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen am Institut für Demokratieforschung. Sein Arbeitsschwerpunkt ist der Politische Islam.

# Rechts- radikalismus

DOI: <https://doi.org/10.17875/gup2025-2827>  
Biediger, Manon / Helmer, Joschua (2025): „Die politische Repräsentation von Querdenken & Co. Von der Bewegung zum Vorfeld-Netzwerk?“  
In: Demokratie-Dialog 15 (2025) S. 64–75.

# Die politische Repräsentation von Querdenken & Co

Von der Bewegung zum Vorfeld-Netzwerk?

Manon Biediger / Joschua Helmer

**O**

wohl sie mittlerweile medial weitestgehend unbeachtet bleiben: Die Proteste von Querdenken & Co<sup>1</sup> überdauerten das Ende der Covid-19-Pandemie. Nach wie vor finden sich klei-

ne, aber eng vernetzte Gruppen von Anhänger\*innen regelmäßig in deutschen Städten zu Demonstrationen und anderen Happenings ein, darunter auch in Niedersachsen. Punktuell gelangen auch heute noch größere Mobilisierungserfolge; so gingen im August 2024 in Berlin knapp 12.000 Anhänger\*innen von Querdenken & Co auf die Straße.<sup>2</sup> Ihre Forderungen, Protestformen und Mobilisierungsstrategien entwickelten sich während und nach der Covid-19-Pandemie stetig weiter.

1 Unter Querdenken & Co verstehen wir ein Netzwerk, das sich im Zuge des Protests gegen staatliche Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie politisierte und bis heute teils in Konkurrenz, teils in strategischer Arbeitsteilung und teils gemeinsam mit etablierten rechtsradikalen und souveränistischen Netzwerken agiert. Die beteiligten Akteure protestieren sowohl gegen staatliches Handeln als auch gegen politische, wissenschaftliche und mediale Institutionen. Zu dem Netzwerk zählen sowohl Akteure, die sich selbst als ‚Querdenker‘ bezeichnen, als auch

verwandte Akteure wie etwa die sogenannten ‚Freiheitsboten‘ oder ‚Eltern stehen auf‘.

2 Vgl. o.V.: Protestzug zum Großen Stern. Bis zu 12.000 „Querdenker“ ziehen durch Berlin – vereinzelte Festnahmen, in: rbb24, 03.08.2024, URL: <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2024/08/querdenker-demonstration-berlin.html> [eingesehen am 07.12.2024].

Diese Entwicklungen werfen grundlegende Fragen auf, die FoDEX in den vergangenen Jahren erforschte: Wie konnten sich die Proteste von Querdenken & Co über die Pandemie hinaus verstetigen? Wie gehen die beteiligten Akteure mit dem Rückgang des Mobilisierungserfolgs um? Wie orientieren sie sich in der Folge strategisch und politisch?

Im vorliegenden Beitrag schließen wir an die letzte Frage an und widmen uns einer potenziellen Hinwendung von Querdenken & Co zu politischen Parteien. Dafür analysierten wir ihr Verhältnis zur Alternative für Deutschland (AfD) sowie zur Partei dieBasis, die sich beide als politische Repräsentant\*innen von Querdenken & Co verstehen.<sup>3</sup> Wir schildern, wie sich deren Anhänger\*innen in Niedersachsen im Zeitraum von 2020 bis 2023 über die beiden Parteien austauschten, inwiefern sie sich tatsächlich von diesen repräsentiert fühlten und inwiefern die Parteien eine stabile Repräsentationsbeziehung zu Querdenken & Co aufbauen konnten. Damit widmet er sich auch der grundsätzlichen Frage, inwiefern Protest von politischen Außenseitern wie Querdenken & Co von Parteien erfolgreich aufgegriffen werden kann.<sup>4</sup>

Nach einer kurzen Vorstellung von Querdenken & Co im Verhältnis zu AfD und dieBasis wird zunächst das Konzept der repräsentativen Ansprüche vorgestellt. Dieses Konzept hilft, die dynamischen Repräsentationsbeziehungen zwischen Bewegungen und Parteien nachzu-

vollziehen. Darauf aufbauend präsentieren wir anschließend die Ergebnisse einer empirischen Analyse öffentlicher *Telegram*-Gruppen und -Kanäle, welche die Perspektive von Querdenken & Co in Niedersachsen auf AfD und dieBasis beleuchten.

### Querdenken & Co zwischen AfD und dieBasis

Querdenken & Co kristallisierten sich während der Covid-19-Pandemie als zentrale Protestakteure gegen die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung heraus. Was zunächst als lokaler Protest gegen konkrete Corona-Maßnahmen begann, vergrößerte sich rasch zu einem breiten Netzwerk. Besonders auffällig war dessen heterogene Zusammensetzung, die eine politische Einordnung – zumindest zu Beginn der Pandemie – erschwerte.<sup>5</sup> Bald stellten sich jedoch ein ausgeprägt populistisches Politikverständnis sowie ein tiefes Misstrauen gegenüber dem politischen System und etablierten politischen, medialen und wissenschaftlichen Institutionen als ideologischer Kern heraus.<sup>6</sup> Verschwörungserzählungen wurden schließlich zum dominierenden Denkmuster und prägten zunehmend Narrative und Forderungen von Querdenken & Co.<sup>7</sup>

3 Vgl. Kasten, Nadine/Franzmann, Simon T.: DieBasis. Partei der Unzufriedenen?, in: Demokratie-Dialog, H. 12/2023, S. 23–34, <https://doi.org/10.17875/gup2023-2369>; Heinze, Anna-Sophie/Weisskircher, Manès: How Political Parties Respond to Pariah Street Protest. The Case of Anti-Corona Mobilisation in Germany, in: German Politics, Jg. 32 (2022), H. 3, S. 563–584, <https://doi.org/10.1080/09644008.2022.2042518>.

4 Vgl. Borbáth, Endre: Differentiation in Protest Politics. Participation by Political Insiders and Outsiders, in: Political Behavior, H. 46/2024, S. 727–750, <https://doi.org/10.1007/s11109-022-09846-7>.

5 Vgl. Nachtwey, Oliver/Schäfer, Robert/Frei, Nadine: Politische Soziologie der Corona-Proteste, Universität Basel 2020, <https://doi.org/10.31235/osf.io/zyp3f>; Finkbeiner, Florian: Corona-Proteste, Verschwörungsmymen und Antisemitismus, in: Demokratie-Dialog, H. 10/2022, S. 51–59, <https://doi.org/10.17875/gup2022-1944>.

6 Vgl. Grande, Edgar et al.: Alles Covidioten? Politische Potenziale des Corona-Protests in Deutschland, Berlin 2021.

7 Vgl. Nachtwey, Oliver/Truffer, Johannes/Frei, Nadine: Typen des Querdenkertums. Befunde der Mixed-Methods-Analyse der Coronaproteste, in: Villa, Paula-Irene (Hrsg.): Polarisierte Welten. Verhandlungen des 41. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie 2022, H. 41/2023, S. 1–12.

Bereits im Sommer 2020 gründete sich aus diesem Umfeld heraus eine neue Partei: dieBasis. Ebenso wie Querdenken & Co adressiert auch dieBasis ein breites politisches Spektrum, das von enttäuschten Grünen-Wähler\*innen<sup>8</sup> bis zu Reichsbürger\*innen reicht. Kasten und Franzmann klassifizierten sie als eine „Anti-Establishment-Partei“, die sich gegen etablierte politische Institutionen richte und mehr direkte Bürger\*innenbeteiligung fordere.<sup>9</sup>

In darauffolgenden Wahlen konnte dieBasis als neue Partei einen relativen Erfolg verzeichnen. Zwar misslang ihr bisher der Einzug in den Bundestag und verschiedene Landtage, allerdings erlangte sie Zugang zur staatlichen Parteienfinanzierung. Bei der Bundestagswahl 2021 erreichte sie mit 1,6 Prozent der Erststimmen sogar das zweitbeste Ergebnis einer nicht im Bundestag vertretenen Partei.<sup>10</sup> Trotz dieses verhältnismäßigen elektoralen Erfolgs bleibt in der Forschung umstritten, ob dieBasis die politische Vertretung von Querdenken & Co erfolgreich übernahm. Während einige Studien sie als „parteilpolitische Etablierung der Protestbewegung“<sup>11</sup> oder „Querdenken-Kleinpartei“<sup>12</sup> bezeichnen, sehen andere keine Partei, die diese Rolle erfolgreich übernommen habe.<sup>13</sup>

Die AfD inszenierte sich nach anfänglichen innerparteilichen Unstimmigkeiten zügig und zunehmend als politische Repräsentantin von

Querdenken & Co.<sup>14</sup> Während zu Beginn der Covid-19-Pandemie zunächst parteiintern Uneinigkeit über den Umgang mit Covid-19 und den Querdenken-Protesten herrschte, versuchte ab April 2020 ein Großteil der Partei aktiv, die Protestierenden für sich zu gewinnen. Parteimitglieder riefen zur Teilnahme an Demonstrationen auf, hielten Redebeiträge auf den Protesten oder luden Aktivist\*innen in den Bundestag ein.<sup>15</sup> Viele AfD-Politiker\*innen stellten die Partei als parlamentarischen Arm der Proteste dar und übernahmen deren Forderungen und Narrative.<sup>16</sup>

Bisherige Analysen wiesen auf eine ideologische Nähe zwischen der AfD und Querdenken & Co hin; sie drückte sich auch dadurch aus, dass Querdenken-Sympathisant\*innen überdurchschnittlich häufig angaben, die AfD zu wählen.<sup>17</sup> Gleichzeitig ging die Partei für viele Querdenken-Sympathisant\*innen in ihrer Kritik nicht weit genug.<sup>18</sup> Doch auch umgekehrt herrschten gewisse Sympathien, wie etwa eine Befragung von Edgar Grande und Kolleg\*innen zeigte: Unter den Anhänger\*innen der im Bundestag vertretenen Parteien artikulierten jene der AfD das

8 Vgl. Frei, Nadine/Nachtwey, Oliver: Quellen des ‚Querdenkertums‘: Eine politische Soziologie der Corona-Proteste in Baden-Württemberg, Universität Basel 2022, S. 25, <https://doi.org/10.31235/osf.io/8f4pb>.

9 Vgl. Kasten/Franzmann: DieBasis, S. 23.

10 Vgl. ebd., S. 25.

11 Frei/Nachtwey: Quellen des ‚Querdenkertums‘, S. 6.

12 Koch, Matthias/Miehlke, Marius/Beelmann, Andreas: Topografie 2021/2022. Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Thüringen, Jena 2022, S. 32.

13 Vgl. Finkbeiner: Corona-Proteste, Verschwörungsmethoden und Antisemitismus, S. 58.

14 Vgl. Lehmann, Pola/Zehnter, Lisa: The Self-Proclaimed Defender of Freedom. The AfD and the Pandemic, in: *Government and Opposition*, Jg. 59 (2024), H. 4, S. 1109–1127, <https://doi.org/10.1017/gov.2022.5>.

15 Vgl. Weisskircher, Manès: Far-Right Parties and Divisions over Movement-Party Strategy. The AfD and the Anti-Corona Protests of Querdenken, in: Weisskircher, Manès (Hrsg.): *Contemporary Germany and the Fourth Wave of Far-Right Politics. From the Streets to the Parliament*, London 2023, S. 159–173, hier S. 165.

16 Vgl. Hentges, Gudrun/Wiegel, Gerd: Vergebliche Avancen. AfD und Querdenken, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): *Querdenken. Protestbewegung zwischen Demokratieverachtung, Hass und Aufruhr*, Berlin 2021, S. 281–304, hier S. 284.

17 Vgl. Grande et al.: Alles Covidioten?, S. 15–16.

18 Hoffmann, Felizia et al.: Die Coronavirus-Pandemie. Gesellschaftliche, ökonomische und politische Folgen für Europa, Frankfurt am Main 2022, S. 20.

größte Verständnis für die Proteste von Querdenken & Co.<sup>19</sup>

### Das Verhältnis von Parteien und Protesten

Damit konkurrieren zwei Parteien offensiv um die politische Repräsentation von Querdenken & Co: Mit der Kleinpartei dieBasis ist dies erstens eine neue Anti-Establishment-Partei aus der Mitte des eigenen Netzwerks. Sie überführte Forderungen nach dem Ende der Pandemie-Maßnahmen in ein Programm gegen etablierte demokratische Strukturen und für mehr direkte Bürger\*innen-Beteiligung. Eine solche idealtypische Neugründung einer Partei ist eine strategische Entscheidung führender Protestakteure und soll deren Forderungen über eine Teilnahme an Wahlen ins politische System tragen.<sup>20</sup>

Mit der AfD ist dies zweitens eine parlamentarisch bereits etablierte rechtsradikale und in Teilen rechtsextreme Partei, die die Protestanliegen in ihre bestehende Programmatik eingliederte. Die Reaktion der AfD auf die Proteste lässt sich hingegen sowohl hinsichtlich der anfänglichen Uneinigkeit als auch ihrer späteren Übernahme der Forderungen von Querdenken & Co als eine innerparteiliche programmatische Innovation verstehen. Eine solche strategische Hinwendung zu Protesten bietet sich vor allem für ideologisch nahestehende Parteien an, die vergleichsweise neu sind und noch nicht in Regierungsverantwortung waren.<sup>21</sup> Die spezifische

Beziehung zwischen Partei und Protestnetzwerk kann demzufolge sowohl von Kooperation als auch von Konkurrenz geprägt sein.

Beide Parteien boten und bieten damit unterschiedliche Möglichkeiten für Querdenken & Co, die Mobilisierungserfolge während der Covid-19-Pandemie auch formell in das politische System zu tragen und somit den Rückgang des Mobilisierungserfolgs nach der Covid-19-Pandemie durch eine Hinwendung zur Parteiarbeit zumindest teilweise zu kompensieren. Für die beiden Parteien wiederum bietet eine Repräsentation der Proteste die Möglichkeit, diese in ihr Vorfeldnetzwerk einzubinden und so eine langfristige Verankerung in diesem gesellschaftlichen Protestmilieu anzustreben.<sup>22</sup>

### Repräsentative Ansprüche und Repräsentationsbeziehungen

Um die Reaktion von Querdenken & Co auf die politischen Angebote der beiden Parteien empirisch analysieren zu können, stützten wir uns auf das von Michael Saward entwickelte Konzept repräsentativer Ansprüche.<sup>23</sup> Während klassische Konzepte von politischer Repräsentation diese als das formale Resultat einer Wahl oder als substantielle Interessenvertretung verstehen,<sup>24</sup> fasst Saward hingegen Repräsentation als einen dynamischen und wechselseitigen Prozess zwischen Repräsentierenden und Re-

19 Vgl. Grande et al.: Alles Covidioten?, S. 17.

20 Vgl. Hutter, Swen/Kriesi, Hanspeter/Lorenzini, Jasmine: Soziale Bewegungen im Zusammenspiel mit politischen Parteien. Eine aktuelle Bestandsaufnahme, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* Jg. 32 (2019), H. 2, S. 163–177, hier S. 171–172, <https://doi.org/10.1515/fjsb-2019-0023>.

21 Vgl. Weisskircher, Manès/Hutter, Swen/Borbáth, Endre: Protest and Electoral Breakthrough. Challenger Party-Movement Interactions in Germany, in: *German*

*Politics*, Jg. 32 (2022), H. 3, S. 538–526, hier S. 543, <https://doi.org/10.1080/09644008.2022.2044473>.

22 Vgl. Poguntke, Thomas: Parteiorganisation im Wandel. Gesellschaftliche Verankerung und organisatorische Anpassung im europäischen Vergleich, Wiesbaden 2000, S. 26–27, <https://doi.org/10.1007/978-3-322-96391-8>.

23 Vgl. Saward, Michael: *The Representative Claim*, Oxford 2010, <https://doi.org/10.1093/acprof:oso/9780199579389.001.0001>.

24 Vgl. Pitkin, Hanna Fenichel: *The Concept of Representation*, Berkeley 1967.

präsentierten auf.<sup>25</sup> Dieser beginnt demnach mit der Formulierung von Repräsentationsansprüchen politischer Akteure, die von den adressierten Gruppen und Personen angenommen oder abgelehnt werden können. Repräsentation gelingt demzufolge erst, wenn ein Repräsentationsangebot politischer Akteure von den entsprechenden Gruppen auch angenommen wird und zumindest zeitweise eine beidseitig anerkannte Repräsentationsbeziehung entsteht.<sup>26</sup> Das Konzept eröffnet so eine dynamische und konstruktivistische Perspektive auf politische Repräsentation. Damit ist es in der Lage, die Entstehung und Entwicklung flüchtiger wie stabiler Repräsentationsbeziehungen zwischen gesellschaftlichen Gruppen und institutionalisierten Akteuren fortlaufend zu erfassen. Eine empirische Analyse von Repräsentationsbeziehungen ist somit auch unabhängig von einzelnen Wahlterminen oder konkreter politischer Interessenvertretung möglich.

Im spezifischen Fall von Querdenken & Co werden Aufbau und Stabilisierung einer solchen Repräsentationsbeziehung durch deren Misstrauen gegenüber politischen Institutionen und Akteuren erschwert. Dadurch, dass deren Anhänger\*innen als „politische Außenseiter“<sup>27</sup> eine grundsätzliche Distanz zum politischen System aufweisen, sind sie für sämtliche Parteien zunächst schwer erreichbar. Aus politikwissenschaftlicher Perspektive stellen sie damit einen spannenden Fall dar, inwiefern durch Protest mobilisierte politische Außenseiter an Parteien gebunden werden können.

### **Eine Analyse von Querdenken & Co auf Telegram**

Wie reagierten also Querdenken & Co auf die Repräsentationsangebote von dieBasis und der AfD? Um dies zu untersuchen, griffen wir auf die öffentliche *Telegram*-Kommunikation des Netzwerks zurück.<sup>28</sup> Diese Datenquelle erlaubte einen vertieften Blick auf die Binnenperspektive von Querdenken & Co. Eine solche detaillierte Analyse kann damit Aufschluss darüber geben, wie jene in der Breite und im Zeitverlauf auf dieBasis und AfD reagierten.

Insgesamt erhoben wir knapp 690.000 Posts und Repls (Antworten auf Posts) mit Textinhalt aus 13 regionalen und landesweiten öffentlichen *Telegram*-Kanälen und -Gruppen von Querdenken & Co in Niedersachsen für den Zeitraum von April 2020 bis November 2023. In 4.533 dieser Nachrichten wurde die AfD insgesamt 5.128 Mal thematisiert, während dieBasis in 1.101 dieser Nachrichten insgesamt 1.140 Mal thematisiert wurde. Diese Nachrichten systematisierten wir unter Rückgriff auf das vorgestellte Repräsentationskonzept von Saward in einer qualitativen Inhaltsanalyse.<sup>29</sup> Dazu kategorisierten wir die einzelnen Textstellen jeweils als Annahme oder als Ablehnung des repräsentativen Anspruchs der jeweiligen Partei; zusätzlich vermerkten wir uneindeutige Nennungen. Diesen Hauptkategorien fügten wir nach Sichtung des empirischen Materials induktiv mehrere Unterkategorien hinzu, um den Umgang von Querdenken & Co mit den jeweiligen Repräsentationsangeboten detaillierter beschreiben zu können (Abbildung 1).

25 Vgl. Saward, Michael: The Representative Claim, in: Contemporary Political Theory, H. 5/2006, S. 297–318, hier S. 300, <https://link.springer.com/article/10.1057/palgrave.cpt.9300234>.

26 Vgl. Saward, Michael: The Representative Claim, S. 48.

27 Borbáth: Differentiation in Protest Politics.

28 Der hybride Messengerdienst *Telegram* spielt eine zentrale Rolle im digitalen Ökosystem von Querdenken & Co. Siehe auch Schulze, Heidi et al.: Far-right conspiracy groups on fringe platforms. A longitudinal analysis of radicalization dynamics on Telegram, in: Convergence, Jg. 28 (2022), H. 4, S. 1103–1126, <https://doi.org/10.1177/13548565221104977>.

29 Vgl. Kuckartz, Udo: Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung, Weinheim 2016.

Annahme	Ablehnung	Uneindeutige Haltung
Explizite Annahme des Repräsentationsanspruchs	Explizite Ablehnung des Repräsentationsanspruchs	Uneindeutige Berichte von Zusammenarbeit
Bedingte Annahme des Repräsentationsanspruchs	Konkrete Kritik an der Partei	Neutrale Nennung
Allgemeine Unterstützung der Partei	Allgemeine Ablehnung der Partei	Unsicherheit über die eigene Position
Positive Bewertung einzelner Personen	Allgemeines institutionelles Misstrauen	
Implizit positive Darstellung der Partei	Negative Bewertung einzelner Personen	
	Implizit negative Darstellung der Partei	

Abbildung 1: Kategoriensystem zur Analyse von Annahme und Ablehnung der Repräsentationsansprüche von AfD und dieBasis durch Querdenken & Co.

### Die AfD wird im Zeitverlauf relevanter für Querdenken & Co

Die Darstellung im Zeitverlauf (Abbildung 2) zeigt, dass der Umfang der Thematisierung der AfD in den untersuchten Nachrichten zwischen 2020 und 2023 stetig zunahm und dass sie durchgehend häufiger thematisiert wurde als dieBasis. Der Umfang der Thematisierung von dieBasis fand bereits 2021 seinen Höhepunkt und ging seitdem stetig zurück. Auffällig war zudem, dass ein großer Anteil der Nennungen beider Parteien nicht eindeutig als positiv oder negativ eingeordnet werden konnte. Obwohl bereits lediglich implizit positive beziehungsweise negative Erwähnungen berücksichtigt wurden, enthielten 61 Prozent aller Erwähnungen der AfD und 56 Prozent aller Erwähnungen von dieBasis keine eindeutige Bewertung.

In diese Kategorie fielen unter anderem kommentarlos geteilte Nachrichtenartikel oder werbungsfreie Erwähnungen der Partei in einer

Berichterstattung. Außerdem gehörten dazu Nachrichten, die von einer Zusammenarbeit der Parteien mit Querdenken & Co zum Beispiel bei der Protestorganisation berichteten, ohne dass eine Einstellung gegenüber dieser Zusammenarbeit geäußert wurde. Besonders häufig waren in dieser Kategorie Nachrichten, in denen zum Ausdruck gebracht wurde, dass die verfassende Person selbst nicht sicher war, wie sie zu den Parteien steht. Dies ließ auf eine intensive und inhaltlich offene Auseinandersetzung von Querdenken & Co mit den jeweiligen Repräsentationsangeboten schließen.

### Beide Parteien werden sehr heterogen bewertet

Im Verhältnis von eindeutig bestimmbar positiven zu negativen Bewertungen der jeweiligen Partei zeigten sich nur leichte Unterschiede. Sowohl die AfD als auch dieBasis wurde

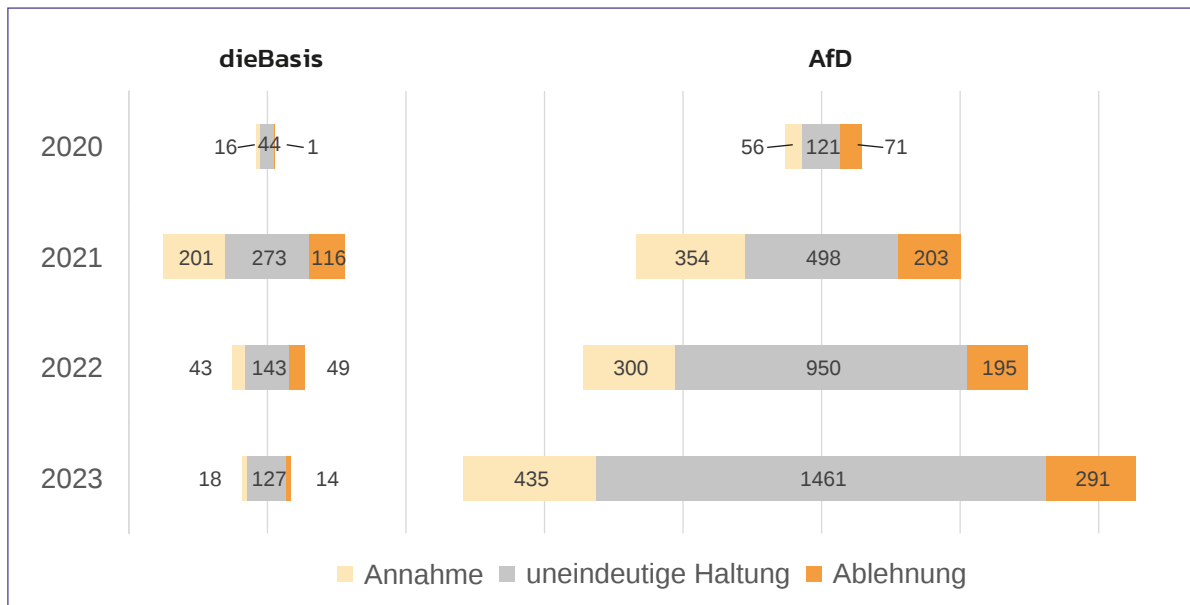


Abbildung 2: Annahme und Ablehnung der Repräsentationsansprüche von AfD und dieBasis durch Querdenken & Co in Niedersachsen im Zeitverlauf 2020–2023 (absolute Häufigkeiten entsprechender Erwähnungen in öffentlichen Telegram-Gruppen und -Kanälen).

in den untersuchten Chats häufiger positiv als negativ bewertet. Insgesamt waren etwa 23 Prozent der Nennungen der AfD mit einem positiven Urteil verbunden (dieBasis: 27 Prozent), während 15 Prozent der Erwähnungen der AfD negativ waren (dieBasis: 17 Prozent).

Im Zeitverlauf zeigten sich mehrere Trends: Die Zustimmung zur AfD stieg zwischen 2020 und 2021 zunächst auf 34 Prozent der Erwähnungen an und fiel anschließend wieder bis auf 20 Prozent der Erwähnungen im Jahr 2023. Die Ablehnung der AfD sank stetig von 29 Prozent der Erwähnungen im Jahr 2020 auf 13 Prozent der Erwähnungen im Jahr 2023. Der Widerspruch gegen eine Repräsentation von Querdenken & Co durch die AfD nahm also innerhalb des Netzwerks stetig ab. Ein zwischenzeitlich starker Zuspruch zur Partei stellte sich in diesem Umfang jedoch nicht als nachhaltig heraus.

Für dieBasis zeigten sich in den Jahren 2021 und 2022 polarisierte Positionierungen mit einem vergleichsweise geringen Anteil neutraler Erwähnungen. 2021 fielen 34 Prozent der Bewertungen positiv und 20 Prozent negativ aus, während 2022 nur noch 18 Prozent der Erwäh-

nungen positiv und 21 Prozent negativ waren. Im Jahr 2023 wurde die Partei weitaus häufiger ohne eine klare Einordnung erwähnt (79,9 Prozent). Dies deutet darauf hin, dass die Partei nur im Jahr 2021 von nennenswerten Teilen von Querdenken & Co als Repräsentantin gesehen wurde und im Folgejahr kurzzeitig sogar stärker abgelehnt als unterstützt wurde.

Insgesamt zeigte sich eine tendenziell stärkere Akzeptanz der beiden Parteien als Repräsentantinnen von Querdenken & Co. Diese waren im Untersuchungszeitraum also für politische Repräsentationsangebote empfänglich und nahmen diese häufiger an, als sie diese ablehnten.

#### Differenzierte Begründungen für Zustimmung und Ablehnung

Eine positive Bewertung der beiden Parteien erfolgte weit überwiegend durch eine explizite oder zumindest bedingte Annahme des jeweiligen Repräsentationsanspruchs: Der Anspruch von dieBasis wurde in insgesamt 48 Prozent der positiven Erwähnungen explizit oder zumindest

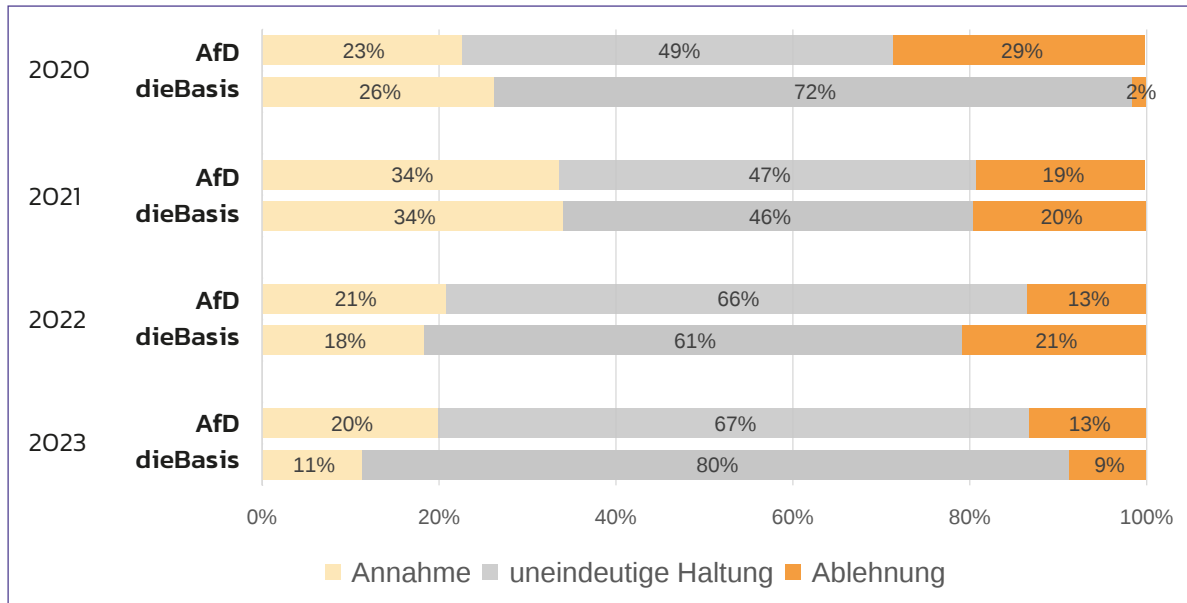


Abbildung 3: Annahme und Ablehnung der Repräsentationsansprüche von AfD und dieBasis durch Querdenken & Co in Niedersachsen im Zeitverlauf 2020–2023 (relative Häufigkeiten entsprechender Erwähnungen in öffentlichen Telegram-Gruppen und -Kanälen).

bedingt angenommen, der der AfD in insgesamt 37 Prozent der Erwähnungen. In expliziten Annahmen wurde eine Akzeptanz der Parteien als Vertretung von Querdenken & Co geäußert, beispielsweise durch eine überzeugte Wahlabsicht. Bedingte Annahmen des repräsentativen Anspruches umfassten beispielsweise die Zustimmung zu einigen Teilen der Parteien oder Wahlabsichten, die die AfD oder dieBasis als das geringste Übel im Parteiensystem darstellten. Ein implizit positives Narrativ ließ sich in etwa einem Drittel der positiven Erwähnungen finden, die keine direkte Positionierung enthielten, aber deren Kontext eine Interpretation als positive Bewertung erlaubte.

Eine Ablehnung von AfD und dieBasis erfolgte im Untersuchungszeitraum vor allem mit der Begründung, dass sie bereits etablierte Bestandteile des politischen Systems seien (Abbildung 4). Ein Teil von Querdenken & Co lehnte das politische System Deutschlands im Untersuchungszeitraum also derart grundlegend ab, dass auch der AfD (23 Prozent der negativen Erwähnungen) und dieBasis (26 Prozent der negativen Erwähnungen) misstraut wurde. In diesem Zuge wurde beispielsweise vermutet, dass

auch dieBasis und die AfD an Verschwörungen beteiligt seien und nur eine Scheinopposition darstellten. Die Ablehnung erfolgte in diesen Nachrichten also nicht aufgrund inhaltlicher Dissonanzen, sondern aufgrund von Zweifeln an der Rolle der beiden Parteien, und verdeutlicht erneut die Schwierigkeiten von Parteien, politische Außenseiter anzusprechen.

Eine explizite Ablehnung des geäußerten Repräsentationsanspruchs erfolgte weit seltener (neun Prozent der negativen AfD-Erwähnungen, zehn Prozent der negativen Erwähnungen von dieBasis) als dessen explizite Annahme. Vielmehr wurde konkrete Kritik an den Parteien geäußert, insbesondere gegenüber der AfD (27 Prozent der negativen Äußerungen im Vergleich zu 22 Prozent der negativen Äußerungen über dieBasis). Darunter fiel etwa die Kritik an wahrgenommenen strategischen Versäumnissen und mangelnder Effektivität von AfD und dieBasis; vor allem wurde jedoch eine Vereinnahmung von Querdenken & Co für eigene Zwecke kritisiert. Negative Äußerungen über einzelne Parteivertreter\*innen betrafen wiederum häufiger dieBasis (sieben Prozent) als die AfD (vier Prozent).

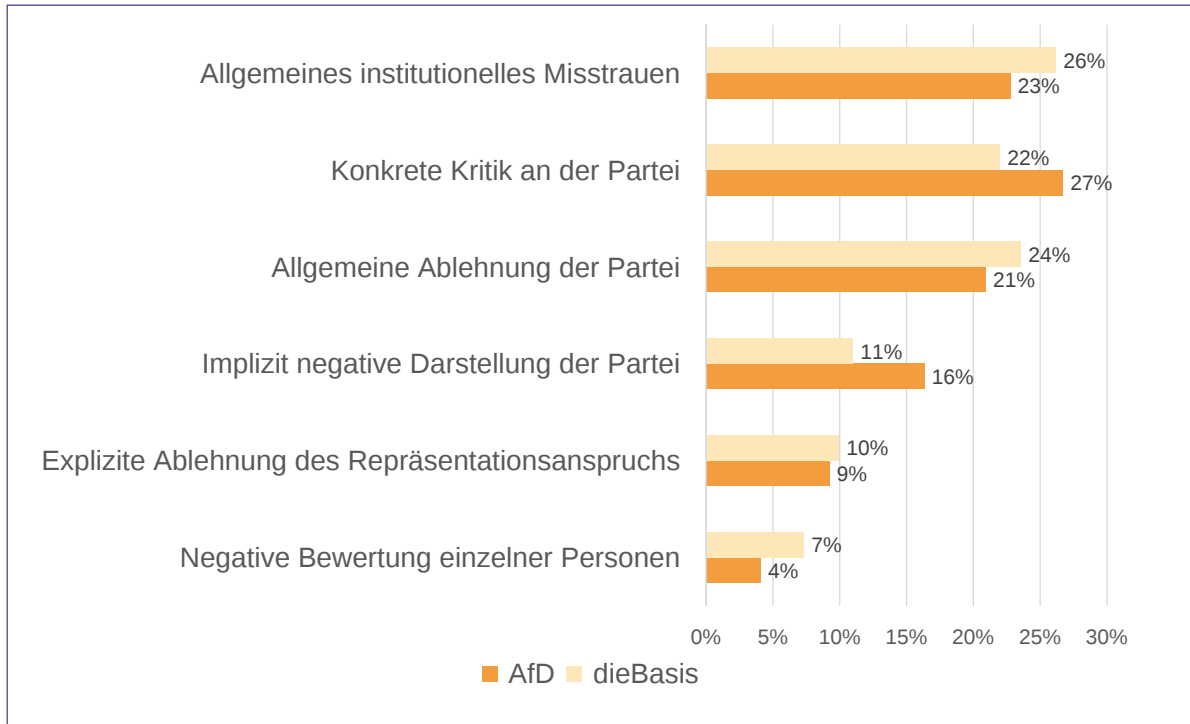


Abbildung 4: Begründungen für die Ablehnung der Repräsentationsansprüche von AfD und dieBasis durch Querdenken & Co in Niedersachsen im Zeitverlauf 2020-2023 (relative Häufigkeiten entsprechender Erwähnungen in öffentlichen Telegram-Gruppen und -Kanälen).

### Strategische Abwägungen zwischen AfD und dieBasis

In insgesamt 127 Nachrichten fanden ausführliche Abwägungen zwischen den beiden Parteien statt, die direkte Einblicke in die strategischen Überlegungen in den Telegram-Gruppen und -Kanälen von Querdenken & Co gewährten. Ein großer Teil dieser Nachrichten (62) betrachtete

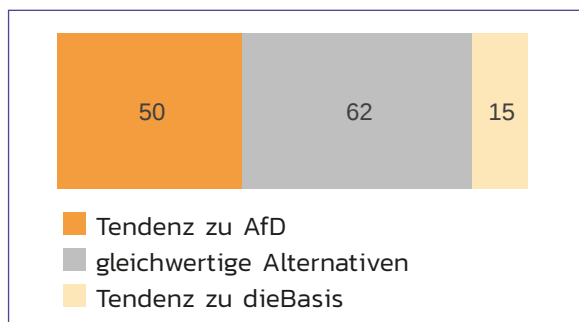


Abbildung 5: Ergebnis expliziter Abwägungen zwischen den Repräsentationsansprüchen von AfD und dieBasis durch Querdenken & Co in Niedersachsen im Zeitverlauf 2020-2023 (absolute Häufigkeiten entsprechender Erwähnungen in öffentlichen Telegram-Gruppen und -Kanälen).

die AfD und dieBasis als gleichwertige Alternativen (Abbildung 5). In vielen dieser Nachrichten wurde betont, dass beide Parteien wählbar seien oder dass die Erst- und Zweitstimmen auf beide Parteien aufgeteilt werden sollten. Dies wurde oft damit begründet, dass Stimmen an sogenannte Altparteien verlorene Stimmen seien, die das bestehende politische System weiter unterstützen würden. Aus den übrigen dieser Nachrichten ging die AfD als klare strategische Favoritin von Querdenken & Co hervor: In fünfzig der 127 Nachrichten kamen die Verfasser\*innen zu dem Ergebnis, dass eher die AfD gewählt werden sollte, während lediglich in 15 der Nachrichten die Ansicht geäußert wurde, dass dieBasis gewählt werden sollte.

Diese Abwägungen gingen häufig mit weiteren strategischen Überlegungen einher. Hierbei wurde deutlich, dass individuelle Wahlentscheidungen und -empfehlungen oft nicht mit inhaltlichen Übereinstimmungen begründet wurden. Vielmehr fußten sie auf einem strategischen Kalkül, wie politische oder systemische Verän-

derungen möglichst effektiv und aussichtsreich bewirkt werden könnten. In vielen dieser Nachrichten war die Intention zu erkennen, den Regierungsparteien durch die Wahl von AfD oder dieBasis einen „Denkzettel“ zu verpassen.

### **AfD, dieBasis und die Repräsentation von politischen Außenseitern**

Zusammengefasst zeigten die Ergebnisse Potenzial für eine Akzeptanz beider Parteien als Repräsentantinnen von Querdenken & Co, das im Zeitverlauf jedoch sehr unterschiedlich ausgeschöpft wurde. So wurde dieBasis von Querdenken & Co kontinuierlich weniger beachtet, während die AfD stetig mehr Aufmerksamkeit als eine – zuweilen: kritisch – diskutierte Verbündete erhielt.

Für beide Parteien fanden sich im Untersuchungszeitraum von 2020 bis 2023 Hinweise sowohl auf eine Annahme als auch auf eine Ablehnung der jeweiligen Repräsentationsangebote in der *Telegram*-Kommunikation von Querdenken & Co in Niedersachsen. Eine explizite und implizite Annahme des Repräsentationsanspruchs sowie eine allgemeine Unterstützung waren zeitweise deutlich präsent. Es kam folglich zumindest in Teilen zu Repräsentationsbeziehungen zwischen Querdenken & Co und der AfD beziehungsweise dieBasis.

Gleichzeitig verdeutlichte die ebenfalls durchgehend geäußerte Ablehnung, dass Repräsentation ein fortlaufender Prozess ist. Obwohl die AfD sich als parlamentarische Repräsentantin von Querdenken & Co anbot und dieBasis aus der Mitte des Netzwerks von Querdenken & Co gegründet wurde, wurden die jeweiligen Repräsentationsansprüche nicht vorbehaltlos akzeptiert. Das grundsätzliche Misstrauen politischer Außenseiter gegenüber politischen Institutionen erschwert deren Repräsentation also auch für Anti-Establishment-Parteien und rechtsradikale Parteien gleichermaßen.

Folgerichtig ließ sich für Querdenken & Co in Niedersachsen feststellen, dass sie auf den Bedeutungsverlust und abnehmenden Mobilisierungserfolg im Untersuchungszeitraum in der Breite nicht mit einer strategischen Institutionalisierung im Vorfeldnetzwerk von AfD oder dieBasis reagierten – das Potenzial dafür besteht jedoch weiterhin.

### **Fazit und Ausblick**

Damit erwiesen sich Querdenken & Co in Niedersachsen in unserer Analyse als heterogenes Netzwerk, das die Repräsentationsansprüche von AfD und dieBasis im Untersuchungszeitraum registrierte, offen und explizit diskutierte, im Ergebnis teils akzeptierte, teils ablehnte und dabei im Zeitverlauf fortwährend neu bewertete.

Während der größte Anteil der analysierten *Telegram*-Nachrichten keine eindeutige Positionierung zu den Parteien erkennen ließ, konnte aus dem Teil der wertenden Nachrichten für beide Parteien eine leichte Tendenz zur Akzeptanz als Vertreterinnen von Querdenken & Co abgeleitet werden. 2021 zeigte sich die höchste Zustimmung zu beiden Parteien bei gleichzeitig relativ hoher Ablehnung; danach überwogen wieder uneindeutige Äußerungen. Insgesamt wurde die AfD im Zeitverlauf stetig häufiger erwähnt, während dieBasis an Relevanz verlor. Die positiven Bewertungen beider Parteien beruhen vor allem auf einer offenen Annahme des formulierten Repräsentationsanspruchs, während negative Bewertungen vor allem mit einem grundsätzlichen Misstrauen gegenüber allen Parteien und dem politischen System insgesamt begründet wurden. Während die AfD mit ihrem Personal bei Querdenken & Co tendenziell eher punkten konnte, wurde das von dieBasis häufiger kritisiert als positiv erwähnt.

Insgesamt verdeutlichte die analysierte *Telegram*-Kommunikation die Hürden einer institutionellen Repräsentation von politischen Außenseitern wie Querdenken & Co, selbst durch

Parteien wie die AfD und dieBasis. Es bleibt abzuwarten, inwiefern eine strategisch variierte Ansprache oder ein neuer Akteur wie das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) die Netzwerke von Querdenken & Co oder weitere Teile des Corona-Protest-Milieus langfristig für sich gewinnen kann.

### Literaturverzeichnis

Borbáth, Endre: Differentiation in Protest Politics. Participation by Political Insiders and Outsiders, in: *Political Behavior*, H. 46/2024, S. 727–750, <https://doi.org/10.1007/s11109-022-09846-7>.

Finkbeiner, Florian: Corona-Proteste, Verschwörungsmymen und Antisemitismus, in: *Demokratie-Dialog*, H. 10/2022, S. 51–59, doi: 10.17875/gup2022-1944.

Frei, Nadine/Nachtwey, Oliver: Quellen des ‚Querdenkertums‘. Eine politische Soziologie der Corona-Proteste in Baden-Württemberg, Universität Basel 2022, <https://doi.org/10.31235/osf.io/8f4pb>.

Grande, Edgar/Hutter, Swen/Hunger, Sophia/Kanol, Eylem: Alles Covidioten? Politische Potenziale des Corona-Protests in Deutschland, Berlin 2021.

Heinze, Anna-Sophie/Weisskircher, Manès: How Political Parties Respond to Pariah Street Protest. The Case of Anti-Corona Mobilisation in Germany, in: *German Politics*, Jg. 32 (2022), H. 3, S. 563–584, <https://doi.org/10.1080/O9644008.2022.2042518>.

Hentges, Gudrun/Wiegel, Gerd: Vergebliche Avancen. AfD und Querdenken, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): *Querdenken. Protestbewegung zwischen Demokratieverachtung, Hass und Aufruhr*, Berlin 2021, S. 281–304.

Hoffmann, Felizia/Höhne, Benjamin/Hüther, Gerald/Mannino, Adriano/Parvanta, Parnian/Schulz, Anne/Woopen, Christiane: *Die Coronavirus-Pandemie. Gesellschaftliche, ökonomische und politische Folgen für Europa*, Frankfurt am Main 2022.

Hutter, Swen/Kriesi, Hanspeter/Lorenzini, Jasmine: Soziale Bewegungen im Zusammenspiel mit politischen Parteien. Eine aktuelle Bestandsaufnahme, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* Jg. 32 (2019), H. 2, S. 163–177, <https://doi.org/10.1515/fjsb-2019-0023>.

Kasten, Nadine/Franzmann, Simon T.: DieBasis. Partei der Unzufriedenen?, in: *Demokratie-Dialog*, H. 12/2023, S. 23–34, <https://doi.org/10.17875/gup2023-2369>.

Koch, Matthias/Miehlke, Marius/Beelmann, Andreas: *Topografie 2021/2022. Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Thüringen*, Universität Jena 2022.

Kuckartz, Udo: *Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung*, Weinheim 2016.

Lehmann, Pola/Zehnter, Lisa: The Self-Proclaimed Defender of Freedom. The AfD and the Pandemic, in: *Government and Opposition*, Jg. 59 (2024), H. 4, S. 1109–1127, <https://doi.org/10.1017/gov.2022.5>.

Nachtwey, Oliver/Schäfer, Robert/Frei, Nadine: *Politische Soziologie der Corona-Proteste*, Universität Basel 2020, <https://doi.org/10.31235/osf.io/zyp3f>.

Nachtwey, Oliver/Truffer, Johannes/Frei, Nadine: Typen des Querdenkertums. Befunde der Mixed-Methods-Analyse der

Coronaproteste, in: Villa, Paula-Irene (Hrsg.): *Polarisierte Welten. Verhandlungen des 41. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie 2022*, H. 41/2023, S. 1–12.

O.V.: Protestzug zum Großen Stern. Bis zu 12.000 „Querdenker“ ziehen durch Berlin – vereinzelte Festnahmen, in: *rbb24*, 03.08.2024, URL: <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2024/08/querdenker-demonstration-berlin.html> [eingesehen am 07.12.2024].

Pitkin, Hanna Fenichel: *The Concept of Representation*, Berkeley 1967.

Poguntke, Thomas: *Parteiorganisation im Wandel. Gesellschaftliche Verankerung und organisatorische Anpassung im europäischen Vergleich*, Wiesbaden 2000, <https://doi.org/10.1007/978-3-322-96391-8>.

Saward, Michael: The Representative Claim, in: *Contemporary Political Theory*, H. 5/2006, S. 297–318, <https://doi.org/10.1057/palgrave.cpt.9300234>

Saward, Michael: *The Representative Claim*, Oxford 2010, <https://doi.org/10.1093/acprof:oso/9780199579389.001.0001>.

Schulze, Heidi/Hohner, Julian/Greipl, Simon/Girgnhuber, Maximilian/Desta, Isabell/Rieger, Diana: Far-right conspiracy groups on fringe platforms. A longitudinal analysis of radicalization dynamics on Telegram, in: *Convergence*, Jg. 28 (2022), H. 4, S. 1103–1126, <https://doi.org/10.1177/13548565221104977>

Weisskircher, Manès: Far-Right Parties and Divisions over Movement-Party Strategy. The AfD and the Anti-Corona Protests of Querdenken, in: Weisskircher, Manès (Hrsg.): *Contemporary Germany and the Fourth Wave of Far-Right Politics. From the Streets to the Parliament*, London 2023, S. 159–173.

Weisskircher, Manès/Hutter, Swen/Borbáth, Endre: Protest and Electoral Breakthrough. Challenger Party-Movement Interactions in Germany, in: *German Politics*, Jg. 32 (2022), H. 3, S. 538–526, <https://doi.org/10.1080/O9644008.2022.2044473>.



**Manon Biediger** absolvierte 2024 ihren Bachelor in Politikwissenschaft mit dem Nebenfach Mensch und Gesellschaft an der Georg-August-Universität Göttingen. Während eines Forschungspraktikums am Institut für Demokratieforschung unterstützte sie FoDEX bei der Erforschung der Querdenken-Proteste.



**Joschua Helmer** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Fachbereich Digitale Öffentlichkeit der Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen (FoDEX) und am Lehrstuhl des Instituts für Demokratieforschung der Universität Göttingen. Zuvor war er am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung als Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsgruppe Politik der Digitalisierung tätig. Er studierte Sozialwissenschaften (B.A.) an der Universität Düsseldorf und Political & Economic Sociology (MPhil) an der University of Cambridge.

DOI: <https://doi.org/>

10.17875/gup2025-2828

Jasser, Greta (2025)

„Empörung auf Knopfdruck.

Wie KI-Inhalte Teil einer

altbekannten Dramaturgie

werden“ In: Demokratie-Di-

alog 15 (2025) S. 76–83.

# Empörung auf Knopfdruck

## Wie KI-Inhalte Teil einer altbekannten Dramaturgie werden

Greta Jasser

**D**er Wahlkampf um die Bundestagswahl im Winter 2025 ist von Neuerungen geprägt – beispielsweise vom Bündnis Sahra Wagenknecht, das erstmals auf Bundesebene antritt.<sup>1</sup> Es ist aber auch der erste Bundestagswahlkampf, in dem Inhalte im großen Stil und von Aktivist:innen wie auch politischen Laien mit Künstlicher Intelligenz (KI) generiert werden können. Von Accounts der Alternative für Deutschland (AfD) wurde beispielsweise ein

Video verbreitet, in dem die ehemalige Bundeskanzlerin Angela Merkel unvoreilhaft verändert wurde<sup>2</sup>; auch die AfD-Kanzlerkandidatin Alice Weidel wurde Opfer einer KI-Retusche. Als sie ein Magazin dazu aufforderte, ein von ihr mittels KI generiertes Bild zu löschen, kam das Medium dieser Bitte nach – nur um kurz darauf ein ebenfalls KI-generiertes Bild von Weidel im weißen Gewand mit AfD-Logo und mit Heiligenschein zu veröffentlichen.<sup>3</sup> Die Nutzung

1 Vgl. Hauck, Uli: Mit Friedenstauben in den Wahlkampf, in: tagesschau.de, 12.01.2025, URL: <https://www.tagesschau.de/inland/bundestagswahl/parteien/bsw-wagenknecht-wahlkampf-100.html> [eingesehen am 20.01.2025].

2 Vgl. Müller, Ann-Katrin: AfD wirbt mit Fakevideo, in: SPIEGEL ONLINE, 10.01.2025, URL: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/wahlkampf-afd-wirbt-mit-fake-video-von-angela-merkel-a-60e9040d-28e2-4e12-ade6-873164b8a681> [eingesehen am 20.01.2025].

3 Vgl. o. V.: AfD-nahes Magazin spottet mit Heiligenschein über Weidel, in: t-online.de, 10.01.2025, URL:

von KI, um Bilder von Personen zu generieren, greift tief in deren Persönlichkeitsrechte ein – etwa in das Recht am eigenen Bild. Die kleinen Veränderungen, die etwa Merkel unvorteilhafter aussehen lassen, oder die überspitzte Darstellung von Weidel als Heilige illustrieren die Ambiguität und das manipulative Potenzial des generierten Materials.

Zwar ist KI-Nutzung im Wahlkampf bislang noch ein Nebenschauplatz. Ihre Massenverbreitung hat jedoch in den vergangenen Jahren, besonders jedoch mit der Veröffentlichung von ChatGPT im November 2022,<sup>4</sup> große Aufmerksamkeit auf sich gezogen: Insbesondere Rechenmodelle, die Texte, Bilder, Videos und Musik ausgeben können – sogenannte generative Künstliche Intelligenz –, haben eine Welle der Begeisterung, der Medienaufmerksamkeit und von Investitionen in den KI-Sektor nach sich gezogen.<sup>5</sup>

Doch auch die Kritiken und Sorgen, die mit der Massennutzung einhergehen, sind vielfältig und schwerwiegend. Sie reichen von der Kritik des exorbitanten Wasserverbrauchs der benötigten Rechensysteme<sup>6</sup> über die Verletzungen von Urheberrechten durch die Einspeisung als Trainingsdaten (beispielsweise wenn urheberrechtlich geschützte Texte oder Bilder ohne Wissen oder Zustimmung der Verfasser:innen genutzt

werden, um eine KI zu trainieren),<sup>7</sup> die Fehlerhaftigkeit von Sprachmodellen<sup>8</sup> bis zur massenhaften Produktion von Desinformation durch KI.<sup>9</sup>

Dieser Beitrag widmet sich der Nutzung von KI-Inhalten durch rechte Gruppierungen; insbesondere untersucht er ihre Strategie, durch KI-Inhalte Medienaufmerksamkeit zu generieren. Der Beitrag geht hierfür zunächst auf die grundlegenden Möglichkeiten ein, die KI (nicht nur) radikalen Gruppen bietet. Anschließend widmet er sich dem Stil, der mit KI-Inhalten assoziiert wird, und gibt einen Überblick über verschiedene Beispiele, in denen KI bereits für politische Zwecke genutzt wurde. Hierbei wird ein besonderes Augenmerk auf die Kommunikationsweise rechter Gruppierungen gelegt und beleuchtet, wie diese – nicht erst seit der Massenverfügbarkeit von KI – mediale Reaktionen hervorrufen können.

### Unbegrenzte Möglichkeiten?

Künstliche Intelligenz kann als Werkzeug von jeder und jedem genutzt werden. Dies schließt auch radikale oder terroristische Gruppen ein.<sup>10</sup>

[https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id\\_100570924/alice-weidel-afd-nahes-magazin-spottet-mit-ki-generiertem-heiligenbild-.html](https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id_100570924/alice-weidel-afd-nahes-magazin-spottet-mit-ki-generiertem-heiligenbild-.html) [eingesehen am 20.01.2025].

4 Vgl. OpenAI: Introducing ChatGPT, URL: <https://openai.com/index/chatgpt/> [eingesehen am 16.01.2025].

5 Vgl. Floridi, Luciano: Why the AI Hype is Another Tech Bubble, in: *Philosophy & Technology*, Jg. 37 (2024), H. 4, hier S. 128, <https://doi.org/10.1007/s13347-024-00817-w>.

6 Vgl. George, A. Shaji/George, A. S. Hovan/Martin, A. S. Gabrio: The Environmental Impact of AI. A Case Study of Water Consumption by Chat GPT, in: *Partners Universal International Innovation*, Jg. 1 (2023), H. 2, <https://doi.org/10.5281/zenodo.7855594>.

7 Vgl. Ji, Ziwei et al.: Survey of Hallucination in Natural Language Generation, in: *ACM Computing Surveys*, Jg. 55 (2023), H. 12, S. 1–38, <https://doi.org/10.1145/3571730>.

8 Vgl. Bender, Emily M. et al.: On the Dangers of Stochastic Parrots: Can Language Models Be Too Big?, in: *Association for Computing Machinery (Hrsg.): Proceedings of the 2021 ACM Conference on Fairness, Accountability, and Transparency*, New York 2021, S. 610–623, <https://doi.org/10.1145/3442188.3445922>.

9 Vgl. Shoaib, Mohamed R. et al.: Deepfakes, Misinformation, and Disinformation in the Era of Frontier AI, Generative AI, and Large AI Models, in: *2023 International Conference on Computer and Applications (ICCA)*, 2023, S. 1–7, <https://doi.org/10.1109/ICCA59364.2023.10401723>.

10 Vgl. Lakomy, Miron: Artificial Intelligence as a Terrorism Enabler? Understanding the Potential Impact of

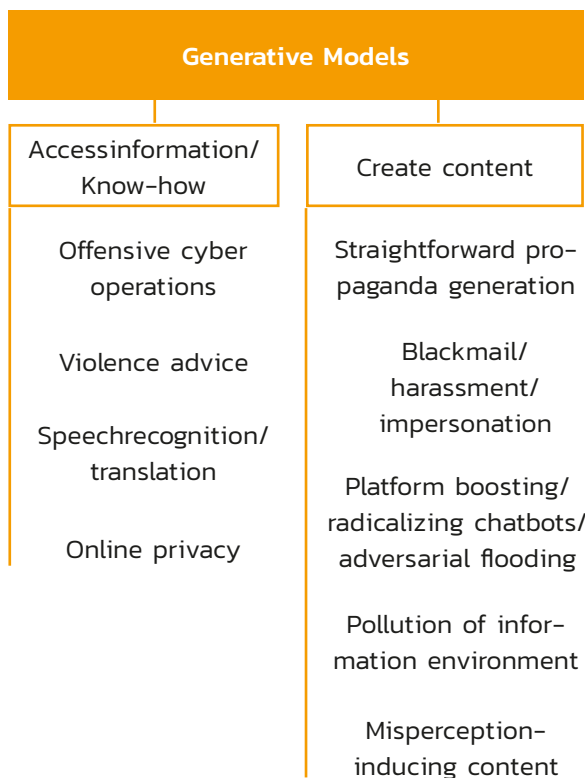


Abbildung 1: Mögliche KI-Nutzung durch extremistische und terroristische Gruppen (Grafik adaptiert aus Stephen J. Baele/Brace Lewys: *AI Extremism. Technologies, Tactics, Actors*, Dublin 2024, S. 24).

Die Möglichkeiten, KI zur Zufügung von Schaden zu nutzen, sind vielfältig. Die Politikwissenschaftler Stephen Baele und Brace Lewys haben ausgearbeitet, wie KI von diesen Gruppen genutzt werden kann. Im Hinblick auf generative KI (andere KIs werden beispielsweise auf die Mustererkennung in der Medizin spezialisiert, etwa um Unregelmäßigkeiten in Röntgenaufnahmen zu erkennen) unterscheiden sie zwischen der Bereitstellung von Informationen und der Erstellung von Inhalten.<sup>11</sup>

So können Sprachmodelle beispielsweise Anleitungen zum Bombenbau oder Vorbereitungsschritte für Anschläge ausgeben. Zwar haben

die Unternehmen, die generative KIs bereitstellen, Sicherheitsmaßnahmen gegen solche Anfragen eingearbeitet; Nutzer:innen können diese jedoch aushebeln.<sup>12</sup>

Neben der Bereitstellung von Wissen zählt auch die Generierung von Text-, Bild- und Videomaterial zu den Funktionen von KI. Dabei kann es sich um fotorealistische Bilder handeln, die entweder zu Erpressungszwecken genutzt werden können oder um sich als andere Person auszugeben. Weiterhin können Falschinformationen und Propagandamaterial erstellt werden. Baele und Lewys warnen daher davor, dass beispielsweise Social-Media-Seiten mit diesem KI-Material überflutet werden können. Plattformen, die zum US-amerikanischen Internetkonzern Meta gehören, wie *Facebook* und *Instagram*, planen zudem ihrerseits die Veröffentlichung von vollständig KI-generierten Profilen.<sup>13</sup> Dies erschwert die Unterscheidung zwischen realen Personen und Fake-Accounts sowie die zweifelsfreie Unterscheidung von gesicherten Informationen und Unwahrheiten.

Oft sind KI-generierte Bilder schnell als solche zu erkennen: Verschwommene Hintergründe, kräftige Farben und perfekte Formen, aber auch grobe Ungenauigkeiten und Eigentümlichkeiten charakterisieren den typischen KI-Stil.

In einem – für diesen Artikel mit DALL-E erstellten – Bild (siehe Abbildung 2) finden sich zahlreiche KI-Eigenheiten und Kuriositäten. So ist beispielsweise die Menschenmenge nicht dem Sprecher zugewandt, sondern dem Reichstagsgebäude. Auf einigen Flaggen, die in unterschiedliche Richtungen wehen, sind undefinier-

Chatbots and Image Generators on Online Terrorist Activities, in: *Studies in Conflict & Terrorism*, 2023, S. 1–21, <https://doi.org/10.1080/1057610X.2023.2259195>.

11 Vgl. Baele, Stephen J. und Brace, Lewys: *AI Extremism. Technologies, Tactics, Actors*, Dublin 2024, S. 24.

12 Vgl. Lakomy: *Artificial Intelligence as a Terrorism Enabler?*, S. 5.

13 Vgl. o. V.: *Meta will Facebook und Instagram mit KI-generierten Nutzern bevölkern*, in: *t-online.de*, 03.01.2025, URL: [https://www.t-online.de/digital/aktuelles/id\\_100564932/facebook-und-instagram-meta-bringt-ki-charaktere-in-soziale-netzwerke.html](https://www.t-online.de/digital/aktuelles/id_100564932/facebook-und-instagram-meta-bringt-ki-charaktere-in-soziale-netzwerke.html) [eingesehen am 20.01.2025].



Abbildung 2: KI-generiertes Bild. Prompt: Bei Einbruch der Dunkelheit findet ein Massenprotest vor dem Berliner Reichstag statt. Die Szene zeigt einen Redner, der im Vordergrund auf einer Plattform steht.

bare Kreissymbole zu sehen, die Protestschilder haben keinen lesbaren Text. Dennoch: Das Bild transportiert eine Proteststimmung.

Trotz dieser Fehlerhaftigkeit von KI-Material werden KI-Bilder in politischen Kampagnen und zur Illustration politischer Inhalte verwendet. Der Journalist Felix Huesmann hat eine dieser Kampagnen dokumentiert: In einem *Facebook*-Beitrag ist ein junger Mann namens Tobias Mayer aus der kleinen Gemeinde Bad Boll abgebildet. Das Bild zielt die klare Botschaft „Gesicht zeigen!“. Im Hintergrund ist unscharf eine Landschaft mit zwei Windrädern zu erkennen. „Ich bin AfD-Mitglied geworden, weil die Verspargelung der Landschaft überhandnimmt“, wird er zitiert. Gemeint ist, dass es zu viele Windräder gebe, die dem Zitat zufolge aussehen wie Spargelstangen. Die Botschaft fügt sich in die von der AfD vertretenen Positionen ein, denn für die Abschaffung aller Windräder hat zuletzt auch Alice Weidel im Januar 2025

im Zuge des Bundestagswahlkampfes plädiert.<sup>14</sup> Das Problem mit dem Bild: Der Mann existiert nicht, das Bild ist KI-generiert. Die Personen der Kampagne wurden teils für echte Personen gehalten.<sup>15</sup> Ein weiteres Beispiel unterstreicht die Emotionalisierung von Debatten, die durch KI-Material verstärkt werden kann. In einem Report des Centres for European Policy Network wird ein Screenshot eines X-Posts gezeigt. Ein AfD-Bundestagsabgeordneter hat ein KI-Bild geteilt, auf dem ein blondes Mädchen gequält den Betrachter:innen entgegenseht. Auf dem Bild steht „Chemnitz 13. März 2023 Afghane at-

14 Vgl. Metzger, Nils und Neuhann, Florian: Windräder wieder abbauen? Das sind die Folgen, in: *zdf.de*, 13.01.2025, URL: <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/weidel-afd-windraeder-reinhardswald-windkraft-kritik-100.html> [eingesehen am 20.01.2025].

15 Vgl. Huesmann, Felix: Wie die AfD mit KI-Bildern Stimmung macht – und wie die anderen Parteien KI nutzen, in: *rnd.de*, 01.04.2024, URL: <https://www.rnd.de/politik/afd-wie-die-partei-kuenstliche-intelligenz-nutzt-WJIGX6BFQVETPBYPW47YRWXHM.html> [eingesehen am 20.01.2025].

tackiert Mädchen mit Reizgas“, klein in der Ecke steht „Symbolbild | Midjourney“<sup>16</sup>. Die Bilder müssen nicht echt sein, um zu wirken.

Die Journalistin Friederike Haupt beschreibt in der *FAZ*, was die Nutzung von KI für die Politiker der AfD, die sich zur Nutzung von KI geäußert haben, interessant macht. Sie stellen vor allem heraus, wie unkompliziert und kostengünstig die Nutzung ist. Auch würde durch die neue Technik ein Zugang zu neuen, originellen Motiven anstelle der gewohnten Symbolbilder aus Bilddatenbanken eröffnet.<sup>17</sup>

### Hohn und Humor in KI-Material

Neben Texten und Bildern können auch Lieder und Videos mittels einer KI erstellt werden. In einer Landschaft der (sozialen) Medien, in der audiovisuelle Inhalte zunehmend bevorzugt abgerufen werden,<sup>18</sup> nehmen diese Kunstprodukte einen zentralen Stellenwert ein.<sup>19</sup> Besondere mediale Aufmerksamkeit erlangte beispielsweise im Vorfeld der Wahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen im Herbst 2024 ein umgedich-

teter Song mit KI-generiertem Video. In dem von der Jugendorganisation der AfD, der Jungen Alternative (JA), veröffentlichten Video wird eine imaginäre „Abschiebe-Fluglinie“<sup>20</sup> gezeigt. Der Songtext fantasiert über die Abschiebung aller Migrant:innen aus Deutschland. Schließlich stellte der ehemalige Grünen-Politiker Volker Beck deswegen Strafanzeige wegen Volksverhetzung.<sup>21</sup> Der Report der BAG „Gegen Hass im Netz“ beschreibt die Wirkung des Videos: Obwohl es rasch von *YouTube* entfernt wurde, verbreitete es sich viral und

„avancierte in AfD-Kreisen sogar zum Theme-Song des Brandenburger Wahlabends. Über solche Provokationen sammeln sich im Umfeld der AfD immer mehr Accounts, die mit KI-generierten Bildern auf politische Entwicklungen reagieren. Dabei werden etwa konkrete Gruppen wie migrantisch gelesene Menschen negativ oder deutsche Politiker\*innen als manipulativ dargestellt.“<sup>22</sup>

Obwohl die KI-generierten Personen in dem Video aufgrund ihrer unnatürlichen Verrenkungen albern wirken, sind es die hier transportierten politischen Inhalte mitnichten. Die Verbindung aus lächerlich aussehenden Verrenkungen und der Melodie eines Party-Songs mit radikalen Inhalten wirkt geradezu höhnisch.

Die dargestellte Lächerlichkeit einiger Videos ist damit eine *Funktion*, kein *Funktionsfehler*. Der Politikwissenschaftler Jordan McSwiney und der Kommunikationswissenschaftler Kurt Sengul untersuchen die Nutzung von Humor durch die radikale Rechte. Sie analysieren, dass Humor, ebenso wie Spott, in der Kommunikation der

16 Küsters, Anselm et al.: The Threat of Digital Populism to European Democracy. A Comparative Look at Germany, Italy, and France, *cepStudy* 2023, S. 16.

17 Vgl. Haupt, Friederike: Die AfD macht Stimmung mit Fotos, die keine sind, in: *faz.net*, 31.03.2023, URL: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/afd-mit-ki-fotos-abgeordnete-der-partei-rechtfertigen-tauschende-bilder-18788651.html> [eingesehen am 20.01.2025].

18 Vgl. Quesada, José Antonio Cortés/Ugarte, Teresa Barceló/Cortina, Gonzalo Fuentes: Audio-visual consumption of Millennials and Generation Z: preference for snackable content, in: *Doxa Comunicación*, Jg. 36 (2023), S. 303–320, <https://doi.org/10.31921/doxacom.n36a1687>.

19 Vgl. Bösch, Marcus und Divon, Tom: The sound of disinformation. TikTok, computational propaganda, and the invasion of Ukraine, in: *new media & society*, Jg. 26 (2024), H. 9, S. 5081–5106, <https://doi.org/10.1177/14614448241251804>.

20 Donner, Christian et al.: Attention Is All They Need. Eine Analyse der Nutzung generativer KI in rechtsalternativen Netzwerken, in: *Machine Against the Rage*, H. 7/2024, o.S., <https://doi.org/10.58668/matr/07.2>.

21 Vgl. Ferber, Dorthe: Anzeige nach „Abschiebesong“ der AfD-Jugend, in: *zdf.de*, 23.09.2024, URL: <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/afd-abschiebesong-wahl-brandenburg-junge-alternative-100.html> [eingesehen am 20.01.2025].

22 Donner: Attention Is All They Need, o.S.

radikalen Rechten durch digitale Medien an Bedeutung gewonnen hat. Humor würde genutzt, um radikale ideologische Inhalte zu entschärfen, soziale Grenzen aufzuweichen und Botschaften zugänglicher zu machen.<sup>23</sup> Ausschließender Humor fördere zudem soziale Interaktionen innerhalb der Bewegung und stärke das gemeinsame Identitätsgefühl. Dieser humoristisch gestaltete Aus- und Einschluss sei Teil eines Diskurses, der solche Inhalte als „nur ein Witz“ rechtfertigt. Menschenfeindliche Witze würden somit als primär unterhaltsam dargestellt, was diejenigen, die die „Witze“ verbreiten, vor Vorwürfen schützen und Kritiker:innen als humorlos darstellen würde. Dadurch könnten Personen Äußerungen tätigen, die sonst als unangemessen gelten. Gleichzeitig würde signalisiert, dass solche Ansichten akzeptabel sind.<sup>24</sup>

Inhalte dieser Art verletzen selten die Grenzen des Legalen, wohl aber, so Politikwissenschaftlerin Ruth Wodak, die „moralischen Grenzen der Mehrheitsgesellschaft“.<sup>25</sup> Die Nutzung von KI-Material hat die Produktion solcher Inhalte einfacher und kostengünstiger gemacht, während über Social Media ihre Verbreitung schneller und effizienter als jemals zuvor funktioniert. Es bedarf also keiner speziellen Designfähigkeiten, um innerhalb von Sekunden Texte, Bilder und Videos erstellen und verbreiten zu lassen.

### KI in der Dramaturgie der Empörung

Diese KI-generierten Inhalte sind auf mehrere Arten aufmerksamkeitsregend: KI ist ein junges Phänomen. Die Nutzung von innovativer Technologie – zunächst unabhängig von wem – ist für Medienkonsument:innen interessant.<sup>26</sup>

Außerdem sind die KI-Inhalte, die von rechten Akteuren generiert werden, oft darauf ausgelegt, Empörung hervorzurufen. Die KI-generierten Inhalte, die besondere mediale Resonanz erfahren haben, waren krude – aber im Sinne der Aufmerksamkeitsökonomie erfolgreich. Sie sind Teil einer bereits wohlbekanntem Dramaturgie. Wodak bezeichnet dieses Vorgehen als Skandalisierung und strategische Provokation. Die Aussagen – oder Bilder und Videos – verlangen nach einer Reaktion, beispielsweise weil sie unwahr oder beleidigend sind oder einen Tabubruch darstellen. Dazu zu schweigen, wäre eine implizite Zustimmung.<sup>27</sup>

Die in der Regel negativen Reaktionen sind also einkalkuliert. Sie werden von Anhänger:innen rechter Parteien und Bewegungen deshalb positiv bewertet, weil sie den Tabubruch bestätigen.<sup>28</sup> Die Reaktionen selbst können zusätzlich als hysterisch und überzogen bezeichnet und herabgewürdigt werden. Auf diese Weise wird die forcierte Aufmerksamkeit verlängert. Die Personen, die Ziel der Angriffe waren, sowie diejenigen, die die Angriffe kritisiert haben,

23 Vgl. McSwiney, Jordan et al.: Sharing the hate? Memes and transnationality in the far right's digital visual culture, in: *Information, Communication & Society* Jg. 24 (2021), H. 16, S. 2502–2521, hier S. 2516

24 Vgl. McSwiney, Jordan und Sengul, Kurt: Humor, Ridicule, and the Far Right: Mainstreaming Exclusion Through Online Animation, in: *Television & New Media*, 2023, 1–19, hier S. 6–7.

25 Wodak, Ruth: The Strategy of Discursive Provocation. A Discourse–Historical Analysis of the FPÖ's Discriminatory Rhetoric, in: Feldman, Matthew/Jackson, Paul (Hrsg.): *Doublespeak. The Rhetoric of the Far Right since 1945*, Stuttgart 2014, S. 101–119, hier S. 101–102 (eigene Übersetzung).

26 Vgl. Bowman–Grieve, Lorraine: Exploring „Stormfront“. A Virtual Community of the Radical Right, in: *Studies in Conflict & Terrorism*, Jg. 32 (2009), H. 11, S. 989–1007, hier S. 990.

27 Vgl. Wodak, Ruth: The Strategy of Discursive Provocation, S. 102.

28 Vgl. Wodak, Ruth: The Strategy of Discursive Provocation: A Discourse–Historical Analysis of the FPÖ's Discriminatory Rhetoric, in: Feldman, Matthew/Jackson, Paul (Hrsg.): *Doublespeak: The Rhetoric of the Far Right since 1945*, Stuttgart 2014, S. 101–119.

werden zusätzlich beschädigt.<sup>29</sup> Dieser Bruch mit konventionellen Regeln und Umgangsformen im politischen Miteinander ist ein integraler Bestandteil der rechten Kommunikationsstrategie geworden. Die logische Fortführung dieser Strategie liegt in der Nutzung der neuen technischen Möglichkeiten: Durch KI kann zuverlässig wie beständig mediale Aufmerksamkeit erzeugt und gesellschaftliche Empörung provoziert werden.

Während KI ein neues Mittel liefert, ist die Strategie also nicht neu; die zugrunde liegenden Mechanismen sind bereits bekannt. Es wäre nun leicht, den Einfluss einer neuen Technologie zu überschätzen. Die Forschungsstelle BAG „Gegen Hass im Netz“ kommt jedoch zu dem Ergebnis, dass beispielsweise in rechten *Telegram*-Kanälen lediglich knapp unter fünf Prozent der analysierten Bilder durch eine KI erstellt wurden.<sup>30</sup> Auch die Politolog:innen Pietro Castelli Gattinara und Caterina Froio stellen bezüglich der Medienstrategie von rechten Bewegungen fest: „far-right social movements deploy media strategies with the intention of determining their own visibility in the news“.<sup>31</sup> Die Nutzung von KI und der Rückgriff auf strategische Skandalisierung vereinfachen es rechtsradikalen Akteuren, diese Sichtbarkeit zu erlangen. Für Medien indes sind neue Technologien und deren Nutzung berichtenswert<sup>32</sup> – nutzen nun rechte Akteure die Neuartigkeit von KI zusammen mit

der bekannten Dramaturgie, scheint eine Berichterstattung garantiert.

## Resümee

Während eine Berichterstattung über rassistische Inhalte und über die Verächtlichmachung von Personen des öffentlichen Lebens sinnvoll ist, ist die Art und Weise der Berichterstattung ausschlaggebend dafür, wie und in welchem Maße Akteure Aufmerksamkeit forcieren können. Die Einordnung der Inhalte kann dazu beitragen, dass beschädigendes Material weniger reproduziert wird. Auch die klare Benennung von Medienstrategien und ihre Einordnung sind zentral dafür, dass Inhalte erklärt und nicht unfreiwillig reproduziert werden. Eine differenzierte und kritische Auseinandersetzung mit den dargestellten Inhalten kann dazu führen, dass sie für Mechanismen der Schaffung von Öffentlichkeit im Allgemeinen sensibilisiert wird.

## Literaturverzeichnis

- Baele, Stephen J. und Brace, Lewys: *AI Extremism. Technologies, Tactics, Actors*, VOX-Pol Network of Excellence, Dublin 2024.
- Bender, Emily M./Geburu, Timnit/McMillian-Major, Angelina/Shmitchell, Shmargaret: *On the Dangers of Stochastic Parrots. Can Language Models Be Too Big?*, in: *Association for Computing Machinery (Hrsg.): Proceedings of the 2021 ACM Conference on Fairness, Accountability, and Transparency*, New York 2021, S. 610–623, <https://doi.org/10.1145/3442188.3445922>.
- Bösch, Marcus und Divon, Tom: *The sound of disinformation. TikTok, computational propaganda, and the invasion of Ukraine*, in: *new media & society*, Jg. 26 (2024), H. 9, S. 5081–5106, <https://doi.org/10.1177/14614448241251804>.
- Bowman-Grieve, Lorraine: *„Exploring Stormfront“. A Virtual Community of the Radical Right*, in: *Studies in Conflict & Terrorism*, Jg. 32 (2009), H. 11, S. 989–1007.
- Castelli Gattinara, Pietro und Froio, Caterina: *Getting 'right' into the news. Grassroots far-right mobilization and media coverage in Italy and France*, in: *Comparative European Politics*, Jg. 17 (2019), H. 5, S. 738–758.
- Chen, Yibei/Zhai, Yujia/Sun, Shaojing: *The gendered lens of AI. Examining news imagery across digital spaces*, in: *Journal of Computer-Mediated Communication*, Jg. 29 (2024), H. 1, S. 1–11.
- Donner, Christian/Böswald, Lena-Maria/Fielitz, Maik/Sick, Harald/Marcks, Holger: *Attention Is All They Need. Eine Analyse der Nutzung generativer KI in rechtsalternativen Netzwerken*, in: *Machine Against the Rage*, Nr. 7, 2024, o.S., <https://doi.org/10.58668/matr/07.2>.
- 29 Vgl. Johnson, Paul: *Owning the Libs. The Contemporary Politics of Envy*, in: *Theory & Event*, Jg. 27 (2024), H. 2, S. 233–257, hier S. 235–236.
- 30 Vgl. Donner: *Attention Is All They Need*, o.S.
- 31 Castelli Gattinara, Pietro und Froio, Caterina: *Getting 'right' into the news. Grassroots far-right mobilization and media coverage in Italy and France*, in: *Comparative European Politics*, Jg. 17 (2019), H. 5, S. 738–758, hier S. 739.
- 32 Vgl. Chen, Yibei/Zhai, Yujia/Sun, Shaojing: *The gendered lens of AI. Examining news imagery across digital spaces*, in: *Journal of Computer-Mediated Communication*, Jg. 29 (2024), H. 1, S. 1–11, hier S. 3.

Ferber, Dorthe: Anzeige nach „Abschiebesong“ der AfD-Jugend, in: zdf.de, 23.09.2024, URL: <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/afd-abschiebesong-wahl-brandenburg-junge-alternative-100.html> [eingesehen am 20.01.2025].

Floridi, Luciano: Why the AI Hype is Another Tech Bubble, in: *Philosophy & Technology*, Jg. 37 (2024), H. 4, <https://doi.org/10.1007/s13347-024-00817-w>.

George, A. Shaji/George, A. S. Hovan/Martin, A. S. Gabrio: The Environmental Impact of AI. A Case Study of Water Consumption by Chat GPT, in: *Partners Universal International Innovation*, Jg. 1 (2023), H. 2, <https://doi.org/10.5281/zenodo.7855594>.

Hauck, Uli: Mit Friedenstauben in den Wahlkampf, in: *tagesschau.de*, 12.01.2025, URL: <https://www.tagesschau.de/inland/bundestagswahl/parteien/bsw-wagenknecht-wahlkampf-100.html> [eingesehen am 20.01.2025].

Haupt, Friederike: Die AfD macht Stimmung mit Fotos, die keine sind, in: *faz.net*, 31.03.2023, URL: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/afd-mit-ki-fotos-abgeordnete-der-partei-rechtfertigen-taueschende-bilder-18788651.html> [eingesehen am 20.01.2025].

Huesmann, Felix: Wie die AfD mit KI-Bildern Stimmung macht – und wie die anderen Parteien KI nutzen, in: *rnd.de*, 01.04.2024, URL: <https://www.rnd.de/politik/afd-wie-die-partei-kuenstliche-intelligenz-nutzt-WJIG-X6BFQVETPBYPW47YRWXHM.html> [eingesehen am 20.01.2025].

Ji, Ziwei/Nayeon, Lee/Frieske, Rita/Yu, Tiezheng/Su, Dan/Xu, Yan/Ishii, Etsuko/Bang, Ye Jin/Madotto, Andrea/Fung, Pascale: Survey of Hallucination in Natural Language Generation, in: *ACM Computing Surveys*, Jg. 55 (2023), H. 12, S. 1–38, <https://doi.org/10.1145/3571730>.

Johnson, Paul: Owning the Libs. The Contemporary Politics of Envy, in: *Theory & Event*, Jg. 27 (2024), H. 2, S. 233–257.

Küsters, Anselm/Poli, Eleonora/Réau, Camille/Warhem, Victor: The Threat of Digital Populism to European Democracy. A Comparative Look at Germany, Italy, and France, *cepStudy* 2023.

Lakomy, Miron: Artificial Intelligence as a Terrorism Enabler? Understanding the Potential Impact of Chatbots and Image Generators on Online Terrorist Activities, in: *Studies in Conflict & Terrorism*, 2023, S. 1–21, <https://doi.org/10.1080/1057610X.2023.2259195>.

McSwiney, Jordan und Sengul, Kurt: Humor, Ridicule, and the Far Right: Mainstreaming Exclusion Through Online Animation, in: *Television & New Media*, 2023, S. 1–19.

McSwiney, Jordan/Vaughan, Michael/Heft, Annett/Hoffmann, Matthias: Sharing the hate? Memes and transnationality in the far right's digital visual culture, in: *Information, Communication & Society* Jg. 24 (2021), H. 16, S. 2502–2521.

Metzger, Nils und Neuhann, Florian: Windräder wieder abbauen? Das sind die Folgen, in: *zdf.de*, 13.01.2025, URL: <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/weidel-afd-windraeder-reinhardswald-windkraft-kritik-100.html> [eingesehen am 20.01.2025].

Müller, Ann-Katrin: AfD wirbt mit Fakevideo, in: *SPIEGEL ONLINE*, 10.01.2025, URL: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/wahlkampf-afd-wirbt-mit-fake-video-von-angela-merkel-a-60e9040d-28e2-4e12-ade6-873164b8a681> [eingesehen am 20.01.2025].

O.V.: Neue Strategie. Meta will Facebook und Instagram mit KI-generierten Nutzern bevölkern, in: *t-online*.

de, 03.01.2025, URL: [https://www.t-online.de/digital/aktuelles/id\\_100564932/facebook-und-instagram-meta-bringt-ki-charaktere-in-soziale-netzwerke.html](https://www.t-online.de/digital/aktuelles/id_100564932/facebook-und-instagram-meta-bringt-ki-charaktere-in-soziale-netzwerke.html) [eingesehen am 20.01.2025].

O.V.: Parteivorsitzende monierte Bild. AfD-nahes Magazin spottet mit Heiligenbild über Weidel, in: *t-online*, 10.01.2025, URL: [https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id\\_100570924/alice-weidel-afd-nahes-magazin-spottet-mit-ki-generiertem-heiligenbild.html](https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id_100570924/alice-weidel-afd-nahes-magazin-spottet-mit-ki-generiertem-heiligenbild.html) [eingesehen am 20.01.2025].

O.V.: Die völkischen KI-Memes von „Wilhelm Kachel“, in: *deutschlandfunk.de*, 29.08.2024, URL: <https://www.deutschlandfunk.de/rechtsextreme-memes-kuenstliche-intelligenz-wilhelm-kachel-propaganda-100.html> [eingesehen am 20.01.2025].

OpenAI: Introducing ChatGPT, URL: <https://openai.com/index/chatgpt/> [eingesehen am 16.01.2025].

Quesada, José Antonio Cortés/Ugarte, Teresa Barceló/Cortina, Gonzalo Fuentes: Audio-visual consumption of Millennials and Generation Z: preference for snackable content, in: *Doxa Comunicación*, Jg. 36 (2023), S. 303–320, <https://doi.org/10.31921/doxacom.n36a1687>.

Shoaib, Mohamed R./Wang, Zefan/Ahvanooey, Milad Taleby/Zhao, Jun: Deepfakes, Misinformation, and Disinformation in the Era of Frontier AI, Generative AI, and Large AI Models, in: *2023 International Conference on Computer and Applications (ICCA)*, 2023, S. 1–7, <https://doi.org/10.1109/ICCA59364.2023.10401723>.

Wodak, Ruth: The Strategy of Discursive Provocation: A Discourse-Historical Analysis of the FPÖ's Discriminatory Rhetoric, in: Feldman, Matthew/Jackson, Paul (Hrsg.): *Doublespeak: The Rhetoric of the Far Right since 1945*, Stuttgart 2014, S. 101–119.

Wodak, Ruth/Culpeper, Jonathan/Semino, Elena: Shameless normalisation of impoliteness: Berlusconi's and Trump's press conferences, in: *Discourse & Society* Jg. 32 (2021), H. 3, S. 369–393.



**Greta Jasser** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin mit Schwerpunkt Rechtsradikalismus am Institut für Demokratieforschung. Sie forscht zu rechten und misogynen Bewegungen und konzentriert sich auf deren Online-Präsenzen und Netzwerke.

DOI: <https://doi.org/10.17875/gup2025-2829>  
Neef-Methfessel, Tobias  
(2025): „Vereinzeltäter. Der Fall Heinz Lembke und die Konstituierung rechtsterroristischer Einzeltäter in der späten Bundesrepublik“ In: Demokratie-Dialog 15 (2025) S. 84–95.

# Vereinzeltäter

## Der Fall Heinz Lembke und die Konstituierung rechtsterroristischer Einzeltäter in der späten Bundesrepublik

Tobias Neef-Methfessel

**A**m 26. Oktober 1981 machten Forstarbeiter in einem Waldstück in der Lüneburger Heide einen aufsehenerregenden Fund: Bei dem Versuch, einen Zaunpfeiler einzuschlagen, stießen sie auf ein Erddepot, das mit Munition, Sprengstoff und Sprengmitteln gefüllt war. In den folgenden Ermittlungen des niedersächsischen Landeskriminalamtes (LKA) wurden insgesamt 32 solcher Verstecke aufgedeckt, gefüllt mit einem martialischen Arsenal: 156 Kilo Sprengstoff, 258 Handgranaten, fünfzig Panzerfäuste, über 13.000 Schuss Munition, tödliche Giftstoffe, Schalldämpfer und weiteres militärisches Material wurden geborgen. Schon nach dem ersten Fund war den ermittelnden Beamten klar, wohin die Spur führte: Der Forstmeister Heinz Lembke,

zuständig für diesen Bereich, war nur wenige Wochen zuvor aus sogenannter Beugehaft entlassen worden. Die Haft war angeordnet worden, um von Lembke im Zusammenhang mit einem Verfahren gegen die Mitglieder der rechtsterroristischen Deutschen Aktionsgruppen eine Aussage zu erzwingen. Lembke, der die Beamten nach der Aufdeckung der ersten Depots – zwischenzeitlich hatten die Beamten bereits weitere Verstecke aufgetan<sup>1</sup> – am 30. Oktober 1981 zu den weiteren Depots leitete, nahm sich in der Nacht zum 1. November 1981 in einer Gefängniszelle das Leben. Ein Leck im Polizeiappa-

---

<sup>1</sup> Niedersächsisches Landesarchiv: Nds. 147 Acc. 2001/069 Nr. 6.

rat stach dem *Spiegel* Lembkes Abschiedsgruß durch: „Es ist Wolfszeit.“<sup>2</sup>

Gerade einmal ein Jahr nach dem Oktoberfestattentat<sup>3</sup> erzeugte der Fund bundesweite Schlagzeilen. Zunächst übernahm eine Sonderermittlungsgruppe des LKA die Ermittlungen, die nach dem Tod Lembkes vom Generalbundesanwalt an das Bundeskriminalamt (BKA) übergeben wurden. Als Folge des Sprengstoffunds leitete der Generalbundesanwalt ein Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung ein, das jedoch bereits ein Jahr später eingestellt wurde. Nachdem „etwa 200 Zeugen vernommen und über 1.600 Personen überprüft“ worden seien, blieb ein toter Einzeltäter – so die einhellige Interpretation von

BKA<sup>4</sup> und Staatsanwaltschaft.<sup>5</sup> Jahre später wurde indes im Rahmen eines weiteren Prozesses eine stille Revision dieser Einschätzung vollzogen: Als der Rechtsterrorist Peter Naumann 1988 aufgrund einer Anschlagsserie verurteilt wurde, stellte die Ermittlungsgruppe des BKA Zusammenhänge zum Fall Lembke her. Naumann selbst öffnete 1995 medienwirksam vorlaufenden Kameras weitere Depots und räumte sowohl seine Beteiligung an der Anlegung der Depots als auch die Beteiligung Lembkes an einigen der durch Naumann verübten Anschläge Ende der 1970er Jahre ein.<sup>6</sup>

Der mysteriöse Tod Lembkes, seine Nachricht und der Umstand, dass derartige Mengen an Waffen in der Nähe der innerdeutschen Grenze aufgefunden wurden, machen den Fall Lembke zum Gegenstand zahlreicher Recherchen, Hypothesenbildungen und Spekulationen: Diese reichen von möglichen Verbindungen von Lembkes Depots zum Oktoberfestattentat<sup>7</sup> über die Vermutung, Lembke sei ein V-Mann westdeut-

2 O.V.: Es ist Wolfszeit, in: Der Spiegel, 08.11.1981, URL: <https://www.spiegel.de/politik/es-ist-wolfszeit-a-8bacbbea-0002-0001-0000-000014344702> [eingesehen am 19.03.2025].

3 Am 26. September 1980 detonierte ein Sprengsatz auf dem Münchener Oktoberfest, der zwölf Menschen das Leben kostete und über hundert Personen verletzte. Unter den Toten befand sich auch der Täter. Da er Beziehungen zur rechtsextremen Wehrsportgruppe Hoffmann gehabt hatte, hatten die Behörden das Attentat zunächst als vermutlich rechtsextremistisch motiviert eingestuft (siehe etwa Bundesministerium des Innern: Jahresbericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Berlin 1980, S. 44). In den folgenden Ermittlungen wurde das Motiv jedoch entpolitisiert und nunmehr in den persönlichen Umständen des Täters gesehen. Erst eine Neuaufnahme der Ermittlungen im Jahr 2014 führte dazu, dass die Bundesanwaltschaft diese Darstellung wieder revidierte. Siehe hierzu: Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof: Einstellung der wiederaufgenommenen Ermittlungen wegen des Oktoberfestattentats vom 26. September 1980, 08.07.2020, URL: <https://www.generalbundesanwalt.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2020/Pressemitteilung-vom-08-07-2020.html> [eingesehen am 19.03.2025].

4 Niedersächsisches Landesarchiv: Nds. 147 Microfiche Acc. 161/89 Nr. 015536.

5 Schmelzer, Pablo: Heinz Lembke (1937–1981), in: Botsch, Gideon/Kopke, Christoph/Wilke, Karsten (Hrsg.): Rechtsextrem. Biografien nach 1945, Berlin/Boston 2023, S. 235–250, hier S. 245, <https://doi.org/10.1515/9783111010991>

6 Muschiol Darius: Einzeltäter? Rechtsterroristische Akteure in der alten Bundesrepublik, Göttingen 2024, <https://doi.org/10.46500/83535724> sowie Panorama: Peter Naumann – ein Rechtsextremist rüstet ab, 17.08.1995, URL: <https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/panorama/archiv/1995/panorama15890.html> [eingesehen am 19.03.2025].

7 Kritisch gewürdigt von Chaussy, Ulrich: Das Oktoberfest-Attentat und der Doppelmord von Erlangen. Wie Rechtsterrorismus und Antisemitismus seit 1980 verdrängt werden, Bonn 2021, S. 220–230. Tatsächlich fehlt zumindest in den Ermittlungen des niedersächsischen Landesbundesamtes ein Abgleich der Sprengstofffunde bei Lembke mit den Asservaten des Oktoberfestattentates.

scher Sicherheitsbehörden gewesen,<sup>8</sup> bis hin zu Spekulationen, ob das Arsenal Lembkes einer Stay-Behind-Einheit<sup>9</sup> im Grenzgebiet zuzuordnen sei.<sup>10</sup>

Die posthumen Debatten über den Fall Lembke sind nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass dieser entgegen den ersten medialen Äußerungen von Polizei und Staatsanwaltschaft letztlich als Einzeltäter präsentiert wurde. Diese gravierende Fehleinschätzung wirft die Frage nach ihrem Zustandekommen auf. Lembke war den Sicherheitsorganen schon seit fast zwei Jahrzehnten bekannt, verschiedene Klagen – auch wegen politischer Gewaltdelikte und Mitgliedschaften in verbotenen politischen Organisationen – waren zum Teil noch anhängig, als er verstarb; zudem war er schon Ende der 1970er Jahre im Zusammenhang mit rechtsterroristischen Aktivitäten ins Visier der Behörden gerückt.

Anhand einer Analyse von Aktenbeständen des niedersächsischen LKA soll im Folgenden dargestellt werden, wie sich die Konstitution des Einzeltäters Lembke vollzog und welche Rückschlüsse sich aus dem Fall auf die polizeiliche Bearbeitung rechter Gewalt in den beginnenden 1980er Jahren ziehen lassen. Es geht also weniger darum, den Fall einer erneuten Aufklärung zuzuführen, als nachzuvollziehen, wie die Sicherheitsbehörden rechtsterroristischen Strukturen begegneten und warum sich ein kontrafaktisches Bild der Person Lembkes in den Ermittlungen durchsetzte.

### **1960–1980: Lembkes politische Biografie im Spiegel der Ermittlungsakten**

Heinz Lembke wurde am 24. März 1937 in Stralsund geboren. 1959 flüchtete er nach Westdeutschland, wo er 1960 dem Bund Vaterländischer Jugend beitrug und binnen kurzer Zeit zu dessen Bundesgeschäftsführer aufstieg. Als die Organisation 1962 in Niedersachsen und anderen Bundesländern verboten wurde, setzten Lembke und seine Ehefrau ihre Aktivitäten in dem später als Nachfolgeorganisation verbotenen Freundeskreis Vaterländischer Jugend fort. Lembke trat anschließend dem Bund Heimattreuer Jugend bei und vermutlich ab deren Gründung der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD), für die er 1968 als Kandidat bei den niedersächsischen Kommunalwahlen antrat.<sup>11</sup>

Bis Ende 1975 registrierte der niedersächsische Staatsschutz Lembke als Teilnehmer an insgesamt elf Veranstaltungen sowie als Mitglied überwachter Parteien und Organisationen. Im Januar 1976 besuchte er eine Veranstaltung der Deutschen Bürgerinitiativen des Rechtsterroristen Manfred Roeder, die den Titel „Überwindung der Demokratie durch geeinten Volks-

8 Zuletzt wurde diese Frage 2017 auf Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke im Bundestag zum Gegenstand eines Gerichtsentscheids des Bundesverfassungsgerichts, das über den Fall Lembke und weitere rechtsterroristische Akteure das Recht auf Auskunftsverweigerung über mögliche V-Personen der deutschen Sicherheitsbehörden verhandelte: Bundesverfassungsgericht: Beschluss vom 13. Juni 2017 – 2 BvE 1/15 –, Rn. 1161, URL: [https://www.bverfg.de/e/es20170613\\_2bve000115](https://www.bverfg.de/e/es20170613_2bve000115) [eingesehen am 19.03.2025].

9 Stay-Behind-Organisationen (SBO) waren paramilitärische Strukturen, die in der Nachkriegszeit entlang der Grenze zum Ostblock gebildet worden waren. Diese meist als kleine einzelne Zellen organisierten Einheiten sollten im Falle eines Angriffs Informationen hinter der Front sammeln oder durch Sabotageakte die logistischen Strukturen des Angreifers stören.

10 Exemplarisch etwa Heymann, Tobias von: Die Oktoberfest-Bombe, Berlin 2008, S. 436–453; Schmidt-Eenboom, Erich und Stroll, Ulrich: Die Partisanen der NATO: Stay-Behind Organisationen in Deutschland 1946–1991, Berlin 2015, S. 217–229.

11 Niedersächsisches Landesarchiv: Nds. 147 Microfiche Acc. 161/89 Nr. 015536.

willen“ trug. Im September 1976 wurde Lembke erstmals im Zusammenhang mit gewalttätigen Ausschreitungen erfasst: Als die NPD in Uelzen eine Veranstaltung abhielt, mobilisierte die örtliche Linke gegen das Treffen. Sie wurde jedoch vor dem Veranstaltungsort von Mitgliedern des Ordnungsdienstes, unter ihnen auch Lembke, angegriffen. Die Protestierenden flüchteten erst in eine Kneipe und von dort aus in ein Jugendzentrum. Ihre Verfolger versuchten hier einzudringen, schlugen anschließend die Scheiben ein und versprühten Tränengas. Nachdem es den bis hierhin passiven Beamten gelungen war, „die Ordner zur Einsicht zu bewegen“, so der Polizeibericht, hätte „die linke Gruppe ungehindert“ abziehen können.<sup>12</sup> Lembke wurden infolge der gestellten Anzeigen Hausfriedensbruch, Volksverhetzung, Nötigung und Körperverletzung vorgeworfen.<sup>13</sup> In zweiter Instanz wurde er jedoch freigesprochen.<sup>14</sup>

Am 11. Januar 1979 ging schließlich die erste Meldung über Lembke beim Staatsschutz ein, die ihn in Zusammenhang mit der „Vorbereitung eines Explosionsverbrechens“<sup>15</sup> bei einem Mitglied des Bundes Heimattreuer Jugend (BHJ) nannte.<sup>16</sup> Am Rande der Ermittlungen war ein

Foto von Lembkes Kleinbus aufgetaucht. Der Berliner Staatsschutz fragte daher zu Lembke an, und in der Antwort des LKA erfolgte auch eine Aufzählung der Zusammenhänge, in denen Lembke mittlerweile geführt wurde: der Bund Vaterländischer Jugend, der Bund Heimattreuer Jugend, die NPD, die Deutschen Bürgerinitiativen und der Republikanische Club Dettmold.<sup>17</sup> In der Antwort betonte das LKA jedoch, dass diese Informationen zu Lembkes Aktivitäten „nur z.T. gerichtsverwertbar“<sup>18</sup> seien.

el: Die Stasi und der deutsche Rechtsterrorismus. Drei Fallstudien Teil II), in: Bundeszentrale für politische Bildung, 19.04.2016 URL: <https://www.bpb.de/themen/deutschlandarchiv/224934/die-stasi-und-der-westdeutsche-rechtsterrorismus-drei-fallstudien-teil-ii/> [eingesehen am 19.03.2025].

17 Wenngleich die Republikanischen Clubs in den ausgehenden 1960er Jahren aus der APO heraus gegründet wurden, scheint es sich lt. Darstellung des LKA bei dem Republikanischen Club Detmold um einen als rechtsextrem klassifizierten Verein zu handeln. Darauf verweist zumindest die Darstellung im Fax des Kriminalkommissariats Uelzen vom 29.09.1980.

18 Niedersächsisches Landesarchiv: Nds. 147 Microfiche Acc. 161/89 Nr. 015536. Konkret bedeutete diese Mitteilung, dass ein Teil der Informationen, die in diesem Zusammenhang vom Staatsschutz weitergegeben worden waren, zunächst nicht für die Verwendung im Gerichtsverfahren geeignet seien. Diese Klausel wird von Sicherheitsbehörden genutzt, um die Enttarnung von V-Personen zu verhindern. Die Mitteilung gelangte auch in eine Antwort der Kriminalpolizei Uelzen an die Sonderermittlungskommission Theresienwiese, die im Falle des Oktoberfestattentats ermittelte. Die *Süddeutsche Zeitung* hatte diesen Umstand in einem Artikel vom 3. Juli 2014 aufgegriffen und gemutmaßt, dass Lembke daher eine V-Person der Sicherheitsbehörden gewesen sein könnte, und die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen hatte diese Mutmaßung in einer Anfrage zum Oktoberfestattentat aufgegriffen (Deutscher Bundestag – 18. Wahlperiode: Drucksache 18/3259: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Konstantin von Notz, Hans-Christian Ströbele, Irene Mihalic, weiterer Abgeordneter und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Berlin 2014). Aufgrund der hier vorliegenden Mitteilung spricht jedoch viel eher einiges dafür,

12 Die Zeugenaussagen konterkarierten dieses Bild insofern, als die Angegriffenen vom Ordnungstrupp während des Abzugs drangsaliert und verhöhnt wurden. Auch hierauf begründeten sich die Anzeigen, die unter anderem gegen Lembke erstattet worden waren.

13 Niedersächsisches Landesarchiv: Nds. 147 Microfiche Acc. 161/89 Nr. 015536.

14 Schreiben des Kriminalkommissariats Uelzen vom 25.06.1981, in: Niedersächsisches Landesarchiv: Nds. 147 Microfiche Acc. 161/89 Nr. 015536.

15 Schreiben des LKA Berlin vom 11.01.1979, in: Niedersächsisches Landesarchiv: Nds. 147 Microfiche Acc. 161/89 Nr. 015536.

16 Nach Informationen des Ministeriums für Staatssicherheit tauchte dieselbe Person zu Beginn der 1980er Jahre im Kontext von Aktivitäten der rechtsterroristischen Hepp-Kexel-Gruppe in der Lüneburger Heide auf. Siehe Salzborn, Samu-

## 1980-1981: Verdichtung der Hinweise

Zwei Tage nach dem Oktoberfestattentat ging beim niedersächsischen LKA ein Fax der Soko Theresienwiese aus Bayern ein. Es verwies auf eine Zeugenaussage, die, wie sich infolge der weiteren Ermittlungen herausstellen sollte, von der Rechtsterroristin Sybille Vorderbrügge von den Deutschen Aktionsgruppen<sup>19</sup> stammte. Die Soko teilte zunächst lediglich mit, dass Lembke „in besitz von sprengmitteln, zuendschnueren, sprengkapseln u.a. sein“<sup>20</sup> solle; „er soll auch ueber ein groesseres sprengstoffdepot verfuegen“, so das Schreiben weiter. Zwar sei ein Zusammenhang mit dem Oktoberfestattentat derzeit nicht erkennbar, jedoch werde diese Mitteilung „zur bearbeitung in eigener zustaendigkeit uebermittelt.“

Das Schreiben aus Bayern führte dazu, dass ein Durchsuchungsbefehl erwirkt wurde: Am Folgetag durchsuchten Beamte der Kripo Uelzen zusammen mit zwei Beamten des Bundesgrenzschutzes, die mit einem Minensuchgerät ausgerüstet waren, das Haus und das Grundstück Lembkes. Dabei wurden zwei Rollen Sprengkabel, das Magazin eines G3-Sturmgewehrs, zehn bronzene Reichskriegsadler mit Hakenkreuzemblemen sowie Ausrüstungsmaterial für paramilitärische Übungen des BHJ gefunden. Lembke wurde außerdem von der Kripo zu dem in Berlin auf-

gefundenen Foto befragt. Diesbezüglich gab er an, dass das Foto vermutlich auf einem seiner Lehrgänge aufgenommen worden sei. Hinsichtlich des Oktoberfestattentats gab Lembke lediglich an, aus den Medien davon erfahren zu haben. „[D]as zustandekommen der hinweise zu spur 253 kann er sich angeblich nicht erklæren“, so der Bericht der Kripo Uelzen. Auch zu möglichen Kontakten zu Manfred Roeder und zur Wehrsportgruppe Hoffmann, die im Fall des Oktoberfestes der Mittäterschaft verdächtig war, gab Lembke nur schmallippig Antwort. Bei Letzterer, so Lembke, habe er lediglich bis zu deren Verbot die Organisationszeitschrift *Wehrsportprogramm* bezogen.<sup>21</sup>

Obwohl nunmehr von zwei Ermittlungsgruppen im Kontext rechtsterroristischer Aktivitäten Anfragen zu möglichen Verwicklungen in Sprengstoffdelikte gestellt worden waren und auch die Hausdurchsuchung entsprechendes Material zutage gefördert hatte, tauchen in der Leitakte zu Lembke keine Hinweise auf weitere Ermittlungen seitens des niedersächsischen LKA auf. Erst im April 1981 kam erneut Bewegung in den Fall: Der zuständige Ermittlungsrichter im Verfahren gegen die Mitglieder der Deutschen Aktionsgruppen um Manfred Roeder ordnete Erziehungshaft gegen Lembke an. Dieser hatte die Aussage zu seinen Verbindungen zu Roeder verweigert und war durch die Aussage Sibylle Vorderbrüggens belastet. Am 15. April 1981 ordnete der Ermittlungsrichter daher eine sechsmonatige Beugehaft für Lembke an,<sup>22</sup> in der dieser den Behörden gegenüber beharrlich schwieg.

Seinen Mithäftlingen gegenüber war Lembke jedoch offener: Im Juni 1981 meldete sich ein ehemaliger Mithäftling Lembkes bei der Kripo

dass mindestens eine der Mitteilungen zu Lembkes Aktivitäten durch eine V-Person mitgeteilt worden war. Wäre Lembke selbst V-Person gewesen, so wäre mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit keine sechsmonatige Beugehaft gegen ihn angeordnet worden.

19 Die Deutschen Aktionsgruppen waren 1980 aus Mitgliedern der Deutschen Bürgerinitiativen gegründet worden und verübten zwischen Februar und August 1980 mindestens fünf Sprengstoff- und zwei Brandanschläge, bei denen mehrere Personen verletzt und die beiden Geflüchteten Nguyễn Ngọc Châu und Đỗ Anh Lân ermordet wurden.

20 Hier und im Folgenden: Schreiben SoKo Theresienwiese, 28.09.1980, in: Niedersächsisches Landesarchiv: Nds. 147 Microfiche Acc. 161/89 Nr. 015536.

21 Schreiben des Kriminalkommissariats Uelzen vom 29.09.1980, in: Niedersächsisches Landesarchiv: Nds. 147 Microfiche Acc. 161/89 Nr. 015536.

22 Schreiben des BKA vom 30.04.1981, in: Niedersächsisches Landesarchiv: Nds. 147 Microfiche Acc. 161/89 Nr. 015536.

Heidelberg. „Lembke teilte ihm mit, dass er einer rechtsextremen Gruppe im Bereich Uelzen angehören würde“<sup>23</sup>, so teilte es die Heidelberger Kripo den Uelzener Kollegen und dem niedersächsischen LKA mit. Der Mithäftling sei von Lembke aufgefordert worden, sich über eine namentlich genannte Kontaktperson an zwei Personen weiterleiten zu lassen, „die ihn dann in die dort bestehende Gruppe aufnehmen und ihn im Umgang mit Schusswaffen und Sprengstoffen ausbilden würden, da in nächster Zeit u.a. auch Sprengstoffattentate geplant seien.“ Der Mithäftling habe dies dem für sein eigenes Strafverfahren zuständigen Staatsanwalt mitgeteilt. Er sei jedoch von der Staatsanwaltschaft angewiesen worden, „bevor von hier aus keine Entscheidung ergangen sei, keine Verbindung [...] aufzunehmen.“ Vor dem Hintergrund der bisherigen Verdachtsmomente wäre es naheliegend gewesen, dass die sich offenbarende Chance vonseiten der niedersächsischen Behörden genutzt würde – die Reaktionen waren jedoch verhalten: Die Kripo Uelzen leitete das Schreiben an die Ermittlungsgruppe des BKA weiter, und das LKA unternahm selbst nichts. Anscheinend sah man hiermit in Hannover seine Pflicht als getan an.<sup>24</sup>

### 1981: Aufdeckung der Depots und Selbstmord Lembkes

Am 26. Oktober 1981 um 07:30 Uhr entdeckte ein Revierförster zufällig das erste Munitionsdepot, das nur 200 Meter von Lembkes Wohnhaus entfernt lag. Die Kripo Uelzen, die zunächst die Ermittlungen übernahm, ließ daraufhin das Haus Lembkes durchsuchen, fand weiteres belastendes Material<sup>25</sup> und nahm Lembke, der die Aussage zu dem Fund verweigerte, in Untersuchungshaft. Einen Tag später übernahm das LKA die Ermittlungen, die nun durch die neu gegründete Ermittlungsgruppe Sprengstoff durchgeführt wurden. Noch vor dem Eintreffen der Ermittlungsgruppe am Fundort ging jedoch ein anonymes Anruf bei der Kripo Uelzen ein, der über ein weiteres Versteck informierte.<sup>26</sup> Hier stießen die Beamten neben Schulungsmaterial der Bundeswehr und der Polizei auf das Depotverzeichnis Lembkes, das für die weiteren Ermittlungen ausschlaggebend war. Da Lembke weiterhin die Aussage verweigerte, wurde nunmehr ein Sprengmittelbeseitigungskommando der Bundeswehr angefragt, um weitere Verstecke zu finden.<sup>27</sup>

Am 30. Oktober 1981 teilte Lembke der Staatsanwaltschaft noch morgens mit, dass er zunächst

23 Hier und im Folgenden: Schreiben der Kripo Heidelberg vom 24.06.1981. Die Mitteilung an das BKA findet sich am Ende eines Faxes, mit dem die Kripo Uelzen den anderen im Verteiler befindlichen Dienststellen Mitteilung über den Ermittlungsstand zu Lembke macht: Schreiben des Kriminalkommissariats Uelzen vom 25.06.1981, in: Niedersächsisches Landesarchiv: Nds. 147 Microfiche Acc. 161/89 Nr. 015536.

24 Diese Sichtweise unterstreichen auch die Stellungnahmen, die vonseiten der zuständigen Kriminalpolizeidienststelle Lüneburg gegenüber dem niedersächsischen Innenministerium vorgenommen wurden. Hier betonte die zuständige Kripo Lüneburg, dass das BKA zu diesem Zeitpunkt „bereits weitgehend in der Sache Lembke tätig“ gewesen sei. Daher sei es ohnehin erstaunlich, dass das BKA den Fall nicht nach den späteren Waffenfunden direkt an sich gezogen habe. Siehe Schreiben des Leiters der Kripo Lüneburg an das Ministerium des Innern, 05.11.1981, in: Niedersächsisches Landesarchiv: Nds. 100 Acc. 149/97 Nr. 152.

25 Unter anderem Folien, die für die Verpackung von aufgefundenem Plastiksprengstoff benutzt worden waren.

26 Der Hinweisgeber wurde dem LKA gegenüber als „anonymer Hinweisgeber“ angegeben, hatte jedoch laut Vermerk der Kripo Uelzen persönlich die Fundstelle gezeigt. Siehe Vermerk der Kripo Uelzen vom 17.02.1982, in: Niedersächsisches Landesarchiv: Nds. 147 Acc. 2001/069 Nr. 11. Da die Person von der Uelzener Kriminalpolizei dennoch im Vermerk anonymisiert wurde und zugleich auf einen Fundort verweist, an dem sich unter anderem Schulungsmaterial der Polizei befand, liegt die Vermutung zumindest nahe, dass es sich bei dem Hinweisgeber selbst um einen Polizeibeamten oder zumindest einen ehemaligen Polizeibeamten handelte.

27 Ermittlungsbericht vom 28.10.1981, in: Niedersächsisches Landesarchiv, Nds. 147 Acc. 2001/069 Nr. 11.

weitere Verstecke nicht preisgeben werde. „Ich will mir dadurch eine Verhandlungsposition verschaffen, und zwar nicht für mich“<sup>28</sup>, so zitiert ihn das Protokoll der Vernehmung. Als Lembke jedoch noch während der Vernehmung mitgeteilt wurde, dass weitere Depots aufgedeckt worden waren, erklärte er sich bereit, zu kooperieren. So wurden mit einer Ausnahme am 30. Oktober 1981 sämtliche verzeichneten Depots mithilfe Lembkes geöffnet. Hinsichtlich weiterer beteiligter Personen gab Lembke jedoch laut Polizeiprotokoll „unmissverständlich zu verstehen, dass es für ihn die Begriffe Moral und Ehre gäbe, an denen er auch heute festhalten werde.“ Zum letzten Container verweigerte Lembke die Führung, „um sich für etwaige Verhandlungen Spielraum zu lassen.“ Bei vier Verdächtigen im Umfeld Lembkes wurden währenddessen Hausdurchsuchungen und Verhaftungen durchgeführt, die unter anderem zahlreiche weitere Waffen, Munition und weiteres militärisches Material aufdeckten.<sup>29</sup>

Im Anschluss an die Begehung der weiteren Depots wurde Lembke erlaubt, seine Frau zu Hause aufzusuchen. Auf dem Weg dorthin erkundigte sich der begleitende Polizeikommissar nochmals nach dem Inhalt des Depots, dessen Offenlegung Lembke bisher verweigerte. Der Kriminalbeamte berichtete:

„Lembke deutete mir an, dass sich in diesem Depot keine Waffen, Munition, Sprengstoff oder andere Einsatzmittel befänden [sic!] sondern Aufzeichnungen, aus denen wir auf weitere für uns in diesem Zusammenhang interessante Personen schließen könnten. Deswegen wollte er über die Preisgabe dieses Materials in Ruhe nochmal nachdenken, er meinte aber, dass wir beide zu einer Regelung kommen könnten [...]. Bei seinen Ausführungen setzte sich Lembke immer wieder mit dem Spannungsfeld auseinander, auf der einen Seite auszusteigen und mit seiner Vergan-

genheit Schluss zu machen, um mit seiner Familie in Frieden leben zu können und auf der anderen Seite nicht zum Verräter an ‚Kameraden‘ zu werden.“<sup>30</sup>

Am folgenden Wochenende ruhten die Ermittlungen und Lembke wurde zurück in die Justizvollzugsanstalt gebracht, wo er sich in der Nacht vom 31. Oktober 1981 mithilfe eines Kabels, das er bei seinem letzten Besuch bei seiner Frau mitnehmen durfte, erhängte. Die Staatsanwaltschaft Lüneburg formte gegenüber der Presse anschließend das Narrativ, das den Selbstmord Lembkes bis heute rahmt: Lembke habe aus „Treue“ gegenüber seinen Gesinnungsgenossen gehandelt, die er durch seinen Selbstmord vor der Enttarnung schützen wollte.<sup>31</sup> 1981 schien damit zumindest aus Sicht der Lüneburger Staatsanwaltschaft klar zu sein, dass es sich bei Lembke nicht um einen Einzeltäter gehandelt haben konnte, sondern dass die Depots einer Gruppierung zuzuordnen waren.

Die Protokolle der Ermittlungen zum Tod Lembkes zeichnen allerdings ein anderes Bild von den Umständen, die zu seinem Selbstmord führten. So meldete sich ein Mithäftling Lembkes noch am Todestag bei der Gefängnisleitung, um eine Aussage zu machen, die er einen Tag später nochmals gegenüber der Polizei wiederholte. Der Häftling berichtete von einem Gespräch bei einem gemeinsamen Hofgang am Nachmittag des 31. Oktobers 1981 – dem Tag von Lembkes Suizid:

„Im Laufe des Gespräches fragte mich Lembke auch, ob es in seinem Falle schon Verhaftungen gegeben habe. Ich antwortete ihm, dass ich im Radio mitbekommen habe, dass Durchsuchungen und Verhaftungen durchgeführt worden seien. Heute erinnere ich mich daran, dass Lembke mei-

28 Hier und im Folgenden Bericht der Ermittlungsgruppe Sprengstoff vom 31.10.1981, in: Niedersächsisches Landesarchiv: Nds. 147 Acc. 2001/069 Nr. 11.

29 Bericht LKA, Abt. 6, 05.11.1981, in: Niedersächsisches Landesarchiv: Nds. 100 Acc. 149/97 Nr. 152.

30 Bericht Kriminalbeamter, in: Niedersächsisches Landesarchiv: Nds. 147 Acc. 2001/069 Nr. 6.

31 So etwa die Hannoversche Presse: o.V.: Heideförster erhängte sich nach Geständnis in der Zelle. Zeitungsausschnitt in: Niedersächsisches Landesarchiv: Nds. 100 Acc. 149/97 Nr. 152.

ne Antwort ziemlich getroffen hatte. Als ich ihm zu verstehen gab, dass es mich doch wundere, weil [sic!] man ihn nicht in einem Sicherheitstrakt untergebracht habe, gab er mir die Antwort, dass er sich darüber auch wundere, er aber von hier nicht weggehen würde, bevor seine Frau nicht bei seinem Bruder in München in Sicherheit sei. [...] L. erschien mir bis dahin ruhig und gelassen.“<sup>32</sup>

Lembke habe ihn nun gefragt, ob er für ihn Zeitungsausschnitte zu seinem Fall sammeln könne, und er sei zusehends nervöser geworden. „Im Gegensatz zu seinem Verhalten im Hof war Lembke beim Hinaufgehen zur Zelle äußerst hektisch. Kurz vor dem Einschließen weinte er und sprach zusammenhanglos über seine Familie“, so der Zeuge weiter. Er habe den Eindruck gehabt, „einen gebrochenen Menschen vor mir gehabt zu haben.“

Die Aussagen konterkarieren das Bild einer Person, die vermeintlich vom Schutz ihrer Gesinnungsgenossen angetrieben freiwillig in den Tod ging. Auch vor dem Hintergrund der in Lembkes Zelle aufgefundenen Notizen erscheint diese Darstellung fragwürdig. Denn Lembke hatte sich anscheinend in den Tagen vor seinem Selbstmord eine Strategie für die weitere Offenlegung seiner Verbindungen zurechtgelegt: „11. Zunächst Auflösung von Oechtringen, Wegzug der Frau und Kinder (14 Tage) danach meine Offenlegung, wieweit 13/14/15 hängt von der Lage ab. 12. Meine Offenlegung planvoll angehen mit Fachleuten.“<sup>33</sup> Führt man die Zeugenaussage und die Notizen, die Lembke angelegt hatte, zusammen, so ergibt sich ein Bild von Lembkes Selbstmord, das deutlich von der Darstellung in der Pressemitteilung der Staatsanwaltschaft abweicht: Lembke hatte sich nicht das Leben genommen, um Kameraden zu schützen. Sein ursprünglicher Plan scheint es gewesen zu sein, seine Familie

in Sicherheit zu bringen und dann zumindest so umfassend wie nötig auszusagen, um seine Haftstrafe zu reduzieren.

### 1981–1982: Nachermittlungen und Einstellung des Verfahrens

Am 3. November 1981 übernahm das Bundeskriminalamt auf Weisung des Generalbundesanwalts die weiteren Ermittlungen im Fall Lembke wegen des Verdachts auf Gründung einer kriminellen oder terroristischen Vereinigung. Zu diesem Zeitpunkt hatten bereits die Medien das Narrativ über Lembkes Freitod zum Schutz seiner Kameraden übernommen. Dieses schien sich durch die Reaktionen aus der rechten Szene zu bestätigen. Kurz nach Lembkes Tod verteilte die Bürgerinitiative gegen die Kriegsschuld und antideutsche Greueltaten um den Neonazi Edgar Geiß Flugblätter, in denen Lembke als „Märtyrer und aufrechter Patriot“<sup>34</sup> bezeichnet wurde. Bei der Staatsanwaltschaft und verschiedenen Polizeidienststellen gingen in den Folgewochen zudem zahlreiche Drohanrufe ein, die Konsequenzen für den „Mord“<sup>35</sup> an Lembke androhten.

Die Hinweise auf Komplizenschaft Lembkes waren zu diesem Zeitpunkt zwar zahlreich, zugleich hatten jedoch sowohl das BKA als auch die Landeskriminalämter Bayern und Niedersachsen durch mangelnde Aufmerksamkeit, Ermittlungsfehler und Fahrlässigkeit die wesentlichen Möglichkeiten, die Strukturen um Lembke aufzuklären, verpasst. Zunächst hatte ein Kommunikationsfehler vonseiten des bayerischen LKA dazu geführt, dass die niedersächsischen Beamten bei der ersten Hausdurchsuchung bei Lembke im Herbst 1980 nur das Grundstück, nicht aber den umliegenden Wald mit Minensuchgeräten durchsucht hatten. Das bayerische LKA hatte ihnen lediglich mitgeteilt, dass Lemb-

32 Hier und im Folgenden: Protokoll vom 02.11.1981, in: Niedersächsisches Landesarchiv: Nds. 147 Acc. 2001/069 Nr. 6.

33 Hinterlassenschaften Lembkes aus der JVA, in: Niedersächsisches Landesarchiv: Nds. 147 Acc. 2001/069 Nr. 6.

34 Schmelzer: Heinz Lembke, S. 244.

35 Niedersächsisches Landesarchiv: Nds. 147 Acc. 2001/069 Nr. 7.

ke über „ein grösseres sprengstoffdepot“<sup>36</sup> verfüge – Sybille Vorderbrügge hatte jedoch in ihrer Vernehmung explizit mitgeteilt, dass er die Depots als Forstarbeiter im Wald angelegt habe.<sup>37</sup> Zudem hatten die weiteren Vernehmungen von Mitgliedern der Deutschen Aktionsgruppen durch das BKA darauf hingewiesen, dass Lembke Personen im Gebrauch von Sprengstoff ausbilde und Anschlagspläne verfolge.<sup>38</sup> Anstatt den Hinweisen nachzugehen, war ein routinierter Vorgang angelegt worden, in dem gegen Lembke wegen des Besitzes von Sprengkabeln und des aufgefundenen G3-Magazins ein Verfahren angestrengt wurde, das ohne weitere Ermittlungen der Polizei eingestellt worden war. Ein – möglicherweise vager – Zusammenhang zum Oktoberfestattentat schien aufgrund der konkreten Belastung Lembkes also möglich. In diesem Zusammenhang war auch die Möglichkeit, sich während seiner Beugehaft durch einen Informanten Zugang zur Gruppe um Lembke zu verschaffen, weder vom BKA noch vom LKA Niedersachsen genutzt worden. Auch die möglichen Zusammenhänge zwischen Lembke und dem Sprengstofffund in Berlin waren nicht weiter untersucht worden. Lembke wurde zudem in der Justizvollzugsanstalt am Wochenende seines Todes weder engmaschig überwacht noch wurden weitere Vernehmungen durch das LKA angestrengt. Nach seinem Suizid fehlte dem BKA somit der wichtigste Zeuge.

Dementsprechend war das LKA vor dem Hintergrund einer regelrechten Berichterstattungswelle über den Fall bemüht, gegenüber dem eigenen Innenministerium die Verfehlungen des BKA aufzuzeigen. In einer Stellungnahme vom 5. November 1981 betonte das LKA, es sei

„[e]rstaunlich, dass das BKA nicht versucht hat, den [Name] als V-Person zu gewinnen und die Sache Lembke damals schon vollständig aufzurollen; vor allem das Umfeld des Lembke vollständig aufzuklären.“<sup>39</sup> Handschriftlich fügte ein Mitarbeiter hinzu, dass die Kripo Uelzen nach den Waffenfunden mit dem BKA telefoniert habe, um die Ermittlungen zu übergeben. Der zuständige Beamte beim BKA habe jedoch „in etwa geantwortet, Lembke sei ein regionaler Rechtsradikaler. Das solle man in Uelzen selber machen.“

Die Strategie des BKA, das den Fall anscheinend nur widerwillig wieder aufnahm, bestand hingegen darin, großflächig nach möglichen personellen Verstrickungen zu suchen. Verschiedene Spuren der vorherigen Ermittlungen liefen zu Bundeswehrangehörigen, Reservisten sowie zu einem ehemaligen Beamten des Bundesgrenzschutzes. Über diesen engeren Kreis hinaus hatten anonyme Anrufe und Schreiben auf mögliche Verbindungen zu weiteren Personen hingewiesen. In mehreren dieser Fälle kam es in den ersten Novemberwochen zu Verhaftungen, Hausdurchsuchungen mit Waffen- und Sprengstofffunden, einer freiwilligen Übergabe von Waffen und Sprengstoff sowie dem Auffinden weiterer Depots, jedoch konnte in keinem dieser Fälle der direkte Zusammenhang mit Lembke nachgewiesen werden.<sup>40</sup> Daher weitete das BKA nunmehr die Ermittlungen aus. Sämtliche Einträge im Telefonbuch Lembkes wurden beim LKA abgefragt, wodurch eine Vielzahl von potenziellen Verknüpfungen entstanden. Es enthielt die Namen und Nummern einer Vielzahl einschlägig bekannter Personen: Mehrere Mitglieder der NSDAP/AO, Mitglieder diverser Wehrsportgruppen, der NPD, der VSBD/PdA, des BJJ und der Wiking-Jugend waren unter den

36 Schreiben SoKo Theresienwiese, 28.09.1980, in: Niedersächsisches Landesarchiv: Nds. 147 Microfiche Acc. 161/89 Nr. 015536.

37 Vermerk BKA, 24.11.1980, in: Niedersächsisches Landesarchiv: Nds. 147 Acc. 2001/069 Nr. 7.

38 Telefax Ermittlungsgruppe BKA vom 25.11.1981, in: Niedersächsisches Landesarchiv: Nds. 100 Acc. 149/97 Nr. 152.

39 Hier und im Folgenden: Schreiben der Kripo Lüneburg an Nds. Mdl, 05.11.1981, in: Niedersächsisches Landesarchiv: Nds. 100 Acc. 149/97 Nr. 152.

40 Telefaxe vom 11.11.1981, 19.11.1981 und 25.11.1981, in: Niedersächsisches Landesarchiv: Nds. 100 Acc. 149/97 Nr. 152.

abgefragten Personen.<sup>41</sup> Das BKA ermittelte offensichtlich binnen kürzester Zeit in alle Richtungen. So entstand schnell die beeindruckende Zahl von 1.600 Personenüberprüfungen und 200 vernommenen Zeugen. Sie ist jedoch vor dem Hintergrund der vorherigen Ermittlungsspannen eher als ein Zeugnis des Scheiterns denn als ein Signum konziser Polizeiarbeit zu sehen. Bei genauerem Hinblick zeugt sie vielmehr davon, dass es trotz der massiven Hinweise auf Mittäterschaften nicht gelungen war, die Strukturen um Lembke aufzuklären.

In seinem Ermittlungsbericht war das BKA 1982 abschließend bemüht, das Handeln Lembkes in einen neuen Kontext zu rücken: Es stellte Lembke als Einzeltäter dar, der „aus einer übersteigerten ‚Russenangst‘ heraus“<sup>42</sup> eine „nahezu wahllose Anhäufung von Sprengstoff, Waffen, Munition und Giften“ betrieben habe, die „eine gezielte Sammlung für terroristische Aktivitäten bzw. andere Straftaten nicht erkennen lassen.“ Zwar ließe sich aus der Anlage von „einigen wenigen Depots“ die Vermutung ableiten, dass Lembke Hilfe erhalten habe. Die Beweisführung gegen den Kern der Verdächtigen sei jedoch „nicht zu führen.“ Diese Bagatellisierung des Komplexes wurde nochmals durch die Darstellung im Ermittlungsbericht des Generalbundesanwalts übertroffen: „Der Lebensweg und die Biografie Lembkes [...] deuten nicht darauf hin, dass Lembke die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik durch Sprengstoffanschlä-

ge oder Mordtaten erschüttern wollte.“<sup>43</sup> Lembke sei von einer „verstandesmäßig nicht völlig fassbaren Furcht vor einem russischen Überfall durchdrungen“ gewesen und entschlossen, „den erwarteten Eindringlingen als Einzelkämpfer oder Führer von Partisanen Widerstand entgegenzusetzen. Zu diesem Zweck könnte er die in den Erddepots gefundenen Kampfmittel gesammelt und vergraben haben.“

Die Mitgliedschaft in verbotenen rechtsextremen Organisationen, die bekannte Gewaltbereitschaft, die offenen Enden und die Widersprüchlichkeiten in den Ermittlungen, die deutlichen Hinweise darauf, dass sich Lembke in verschiedenen Kontexten als Lieferant von Sprengstoffen angeboten hatte, dass er Personen rekrutieren wollte und schließlich dass selbst der Selbstmord Lembkes anscheinend mit der Angst vor möglichen Racheaktionen Dritter verbunden gewesen war – all das blieb im Fazit der Ermittlungskommission des BKA und im Ermittlungsbericht des Generalbundesanwalts unerwähnt. Damit täuschte der Bericht nicht nur über die Ermittlungsfehler hinweg, er konstruierte auch die Figur eines Einzeltäters und entpolitisierte dessen Motiv.

Das in den Abschlussberichten kaschierte Scheitern der Ermittlungen zeugt jedoch weniger von einem Dilettantismus in der Ermittlungsarbeit als davon, dass die Sicherheitsbehörden das Gefahrenpotenzial rechter Gewalt falsch einschätzten. Trotz einer regelrechten Mordwelle, die alleine in den Jahren 1980 und 1981 mindestens 18 Todesopfer gefordert hatte,<sup>44</sup> zeigte sich im Fall

41 Siehe Anfragen des BKA vom 07.11.1981 bis 06.01.1982, in: Niedersächsisches Landesarchiv: Nds. 147 Acc. 2001/069 Nr. 11. Unter den Abfragen fanden sich auch Personen, die im Fall der Hepp-Kexel-Gruppe nach Angaben der Stasi eine wesentliche Rolle spielten und einige Monate nach dem Tod Lembkes in die Lüneburger Heide zogen, wo sie anscheinend logistische Funktionen übernahmen, siehe dazu: Salzborn: Die Stasi und der westdeutsche Rechtsterrorismus.

42 Hier und im Folgenden: Auszug Abschlussbericht BKA, in: Niedersächsisches Landesarchiv: Nds. 147 Microfiche Acc. 161/89 Nr. 015536.

43 Hier und im Folgenden zitiert nach Chaussy, Oktoberfestattentat, S. 226–227.

44 Nguyễn Ngọc Châu, † 23.08.1980; Đỗ Anh Lân, † 25.08.1980; Gabriele Deutsch, Robert Gmeinwieser, Axel Hirsch, Markus Hölzl, Paul Lux, Ignatz Platzer, Ilona Platzer, Franz Schiele, Angela Schütterigkeit, Errol Vere-Hodge, Ernst Vestner, Beate Werner, † 26.09.1980; Shlomo Lewin und Frieda Poeschke, † 19.12.1980; Seydi Battal Koparan, † 01.01.1981. Bei Celalettin Kesim, der schon am 05.01.1980 tödlich

Lembke, dass einzelne Beamte aufgrund einer niedrigen Priorisierung des Falls Gelegenheiten verstreichen ließen, Licht auf die Zusammenhänge zu werfen, mit deren Aufklärung sie beauftragt waren.

## Resümee

Die Ermittlungen folgten damit einer Arithmetik, die bereits aus zahlreichen Prozessen gegen rechtsterroristische Akteure in den 1980er Jahren bekannt ist: Sie konzentrierten sich auf den absoluten Kernbereich der Täter, anstatt die umgebenden Strukturen in den Blick zu nehmen; regelmäßig wurde erst gar nicht der Versuch unternommen, die Beschuldigten wegen der Bildung krimineller oder terroristischer Vereinigungen zu verurteilen. Täter wurden pathologisiert, ihre Motive in der persönlichen Situation gesucht und ihre Taten damit entpolitisiert. Den Kontexten, in denen Taten geplant wurden und sich Täter bewegten, der Wahl der Opfer und den grundierenden Feindbildern und Motiven, die vonseiten der Täter artikuliert wurden, wurde nur unzureichende Aufmerksamkeit gewidmet. Fehlbewertungen und -interpretationen waren dabei nicht nur bei den Sicherheitsbehörden zu finden, sondern sie wurden, darauf verweist Darius Muschiol, in einem Zusammenspiel zwischen Sicherheitsorganen, Politik und Wissenschaft produziert. Eine schiefe Sicht, die den Rechtsterrorismus an den linksterroristischen Strukturen maß und seine historische Eigenständigkeit und seine autonome

verletzt worden war, konnte der Täter nicht abschließend ermittelt werden – es könnte sich um ein Mitglied der faschistischen „Grauen Wölfe“ oder der islamistischen Millî Görüş-Bewegung handeln. Am 05.01.1981 waren Kesim und einige Genossen der kommunistischen TKP von Mitgliedern beider Gruppierungen angegriffen worden, als sie Flugblätter am Kottbusser Tor in Berlin verteilten. Siehe Yücel, Deniz: Aus Liebe zu Allah, in: Jungle World, 02.01.2002, URL: <https://jungle.world/artikel/2002/01/aus-liebe-zu-allah> [eingesehen am 19.03.2025].

Entwicklung verkannte, führte demnach dazu, dass Behörden die rechtsterroristischen Zusammenhänge und die von ihnen ausgehenden Gefahren falsch einschätzten.<sup>45</sup>

Im Fall Lembke drängt sich zudem der Eindruck auf, dass die Vereinzelung des Täters einen nachträglichen Charakter hatte. Sie konstituierte sich durch eine Selektion der Spuren, die zwar durchaus den gängigen Chiffren der vorangegangenen Prozesse gegen rechtsterroristische Akteure folgte, jedoch darüber hinaus bestrebt war, das Scheitern der Ermittlungen zu verdecken. Nicht nur die Diskrepanz zwischen den Stellungnahmen der Lüneburger Staatsanwaltschaft nach dem Tod Lembkes und den abschließenden Ermittlungsberichten verweist hierauf. Auch die Gleichzeitigkeit des Insistierens der an den Ermittlungen beteiligten Beamten auf vorliegende Hinweise auf eine Mittäterschaft und die Bagatellisierung dieser Hinweise im Abschlussbericht des BKA sind so zu erklären.

45 Siehe auch Muschiol, Einzeltäter, S. 383–453. Um nur auf einige dieser Differenzen zu verweisen: Rechtsterroristische Gruppierungen der 1970er und frühen 1980er Jahre organisierten sich oftmals öffentlicher und versuchten, den Schritt in den Untergrund zu vermeiden; Biografien und Altersstrukturen waren heterogener als bei linksterroristischen Gruppen, was Kontinuitäten und Wissenstransfer ermöglichte; die Anziehungskraft von Militär und Exekutive auf Personen mit nationalistischen Einstellungen und die mangelnde Abwehr dieser Institutionen führten dazu, dass Verbindungen zu Personen aus Bundeswehr, Bundegrenzschutz und mitunter auch aus der Polizei häufiger anzutreffen waren; Strukturen waren oftmals kleinteilig oder in autonomen Zellen konzipiert, die zugleich ein hohes Maß an Vernetzung in kultur- und parteipolitische Organisationen des nationalistischen Feldes aufwiesen. In der zeithistorischen Wahrnehmung von Wissenschaft, Politik und Sicherheitsbehörden wurden diese Differenzen regelmäßig als defizitär wahrgenommen.

## Quellenverzeichnis

Niedersächsisches Landesarchiv

Nds. 100 Acc. 149/97 Nr. 152.

Nds. 147 Acc. 2001/069 Nr. 6.

Nds. 147 Acc. 2001/069 Nr. 7.

Nds. 147 Acc. 2001/069 Nr. 11.

Nds. 147 Microfiche Acc. 161/89 Nr. 015536.

## Justizdokumente

Bundesverfassungsgericht: Beschluss vom 13. Juni 2017 – 2 BvE 1/15 –, Rn. 1161, URL: [https://www.bverfg.de/es20170613\\_2bve000115](https://www.bverfg.de/es20170613_2bve000115) [eingesehen am 19.03.2025].

Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof: Einstellung der wiederaufgenommenen Ermittlungen wegen des Oktoberfestattentats vom 26. September 1980, 08.07.2020, URL: <https://www.generalbundesanwalt.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2020/Pressemitteilung-vom-08-07-2020.html> [eingesehen am 19.03.2025].

## Bundestagsdrucksachen

Deutscher Bundestag – 18. Wahlperiode: Drucksache 18/3259: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Konstantin von Notz, Hans-Christian Ströbele, Irene Mihalic, weiterer Abgeordneter und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Berlin 2014.

## Medienbeiträge

O.V.: Es ist Wolfszeit, in: Der Spiegel, 08.11.1981, URL: <https://www.spiegel.de/politik/es-ist-wolfszeit-a-8bacb-bea-0002-0001-0000-000014344702> [eingesehen am 14.02.2025].

Panorama: Peter Naumann – ein Rechtsextremist rüstet ab, 17.08.1995, URL: <https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/panorama/archiv/1995/-,panorama15890.html> [eingesehen am 19.03.2025].

Yücel, Deniz: Aus Liebe zu Allah, in: Jungle World, 02.01.2002, URL: <https://jungle.world/artikel/2002/01/aus-liebe-zu-allah> [eingesehen am 19.03.2025].

## Literaturverzeichnis

Bundesministerium des Innern: Jahresbericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Berlin 1980.

Chaussy, Ulrich: Das Oktoberfest-Attentat und der Doppelmord von Erlangen. Wie Rechtsterrorismus und Antisemitismus seit 1980 verdrängt werden, Bonn 2021.

Heymann, Tobias von: Die Oktoberfest-Bombe, Berlin 2008.

Muschiol, Darius: Einzeltäter? Rechtsterroristische Akteure in der alten Bundesrepublik, Göttingen 2024, <https://doi.org/10.46500/83535724>.

Salzborn, Samuel: Die Stasi und der westdeutsche Rechtsterrorismus. Drei Fallstudien (Teil II), in: Deutschland Archiv, 19.04.2016, URL: [www.bpb.de/224934](http://www.bpb.de/224934) [eingesehen am 14.02.2025].

Schmelzer, Pablo: Heinz Lembke (1937–1981), in: Botsch, Gideon/Kopke, Christoph/Wilke, Karsten (Hrsg.): Rechtsextrem. Biografien nach 1945, Berlin/Boston 2023, S. 235–250, <https://doi.org/10.1515/9783111010991>.

Schmidt-Eenboom, Erich/Stroll, Ulrich: Die Partisanen der NATO: Stay-Behind Organisationen in Deutschland 1946–1991, Berlin 2015.



**Tobias Neef-Methfessel** arbeitete am Institut für Demokratieforschung an der Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen. Seit 2018 erforschte er die Entstehung und Entwicklung des niedersächsischen Verfassungsschutzes.

## Bislang im Demokratie-Dialog erschienen:



### DemDi 1:

**Jonathan Riedl / Matthias Micus:** Der blinde Fleck des Extremismus(-Begriffes)

**Lino Klevesath:** Radikaler Islam

**Katharina Trittel:** Beobachtungen zum 17. Juni – Identitäre Bewegung in Berlin



### DemDi 2:

**Philipp Scharf:** Radikaler Protest im Kontext des G20-Gipfels

**Annemieke Munderloh:** Vom Neonazi zum Muğāhid

**Stefan Eisen / Lars Geiges:** Staatsleugnerinnen vor Gericht



### DemDi 3:

**Lars Geiges:** Landespolitik zwischen Freiheit und Sicherheit

**Joris Sprengeler / Lino Klevesath:** V-Leute in der salafistischen Szene

**Katharina Trittel:** Gedanken zum „Tag der Deutschen Zukunft“



### DemDi 4:

**Philipp Scharf / Matthias Micus:** 1989: Die Göttinger Autonomen im Zenit ihrer Kraft

**Stine Marg:** „Wehrhafte Demokratie“ als historische Legitimationsgrundlage des Verfassungsschutzes

**Niklas Knepper:** Rechtsradikaler Raumforderungskampf in Göttingen und am Campus?



### DemDi 5:

**Niklas Knepper / Marie Nolte:** Von kleinen und großen Germanen – Ein Film als Einladung an die „Neue Rechte“

**Stine Marg / Julian Schenke / Florian Finkbeiner:** Gegen einen formalistischen Demokratiebegriff

**Teresa Nentwig:** Gewaltausbrüche bei den Gelbwesten-Protesten in Frankreich



### DemDi 6:

**Julian Schenke / Florian Finkbeiner / Amelie Neumann:** Das Potenzial der Cleavage-Perspektive

**Anna König:** Ein Blick auf die radikale Linke Italiens seit den 1960er Jahren

**Joris Sprengeler:** Die radikale Scharia in der Bundesrepublik



**DemDi 7:**

*Dominik Dewitz / Marie Nolte:* AfD in Salzgitter

*Florian Grahmann / Lino Klevesath:* Radikalislamische Akteure während Corona

*Joris Sprengeler:* Widerstand 2020



**DemDi 8:**

*Interview mit Simon T. Franzmann:* Über die zukünftige Ausrichtung von FoDEX

*Philipp Scharf / Julian Schenke:* Ein Diskurs sucht seinen Gegenstand

*Katharina Trittel / Florian Finkbeiner / Sören Isele:* Göttingens rechte Protestgeschichte nach 1945



**DemDi 9:**

*Tobias Neef-Methfessel:* Der Sozialist und der Staatsschutz

*Marvin Hild:* Zwischen Schein und Sein

*Florian Finkbeiner:* Niedersächsische Rechtsparteien in Corona-Zeiten



**DemDi 10:**

*Simon T. Franzmann:* Eine polarisierende Zufriedenheit

*Marco Bitschnau:* Wenn nicht nur die Erde sich erhitzt

*Helge Regner:* Zwischen Shoahrelativierungen und Verschwörungsmithen



**DemDi 11:**

*Joschua Helmer:* Neuer Ordner

*Stephanie Buchholz:* Auf der psychoanalytischen Couch

*Alexander Hensel:* Zwischen Gärung und Klärung



**DemDi 12:**

*Nadine Kasten / Simon T. Franzmann:* DieBasis: Partei der Unzufriedenen?

*Philipp Scharf:* Das Imperium schlägt zurück

*Alexander Hensel:* Krisenprotest und neue Polarisierung



**DemDi 13:**

*Philipp Harfst:* Macht Stadtluft zufrieden?

*Greta Jasser:* Antifeminismus als Brückennarrativ der Radikalen Rechten

*Ousama Sheihk Muhammed / Mareike Rohloff:* Takfir als politisches Instrument



**DemDi 14:**

*Simon T. Franzmann / Nadine Kasten / Alexander Hensel:* (K)ein Lückenfüller?

*Alexander Hensel / Greta Jasser:* Weckruf für die wehrhafte Demokratie

*Philipp Scharf:* Der 7. Oktober und die radikale Linke

Bislang erschienene Ausgaben im Universitätsverlag Göttingen



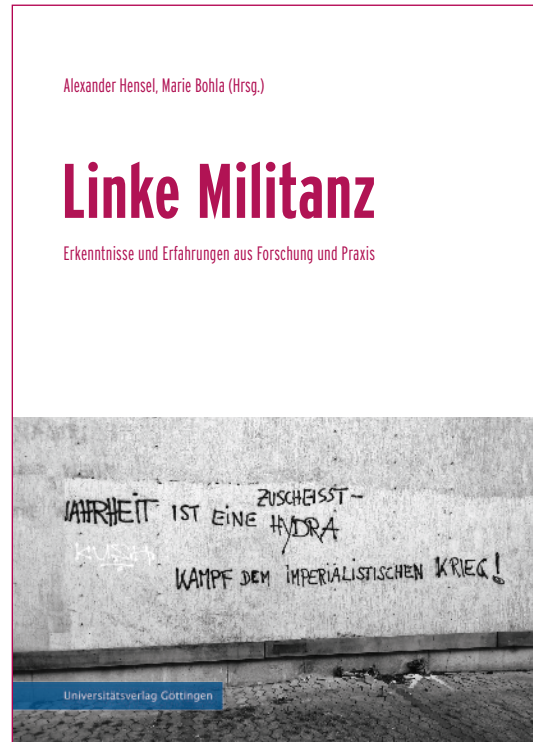
## Linke Militanz

### Erkenntnisse und Erfahrungen aus Forschung und Praxis

Alexander Hensel, Marie Bohla (Hrsg.)  
Universitätsverlag Göttingen  
ISBN: 978-3-86-395-665-3  
<https://doi.org/10.17875/gup2025-2769>



Ob in Vergangenheit oder Gegenwart – linke Militanz ist ein fester Bestandteil der politischen Protest- und Bewegungskultur in Deutschland. Die am Institut für Demokratieforschung der Universität Göttingen angesiedelte „Bundesfachstelle Linke Militanz“ hat sich in den letzten Jahren mit verschiedensten Facetten dieses Phänomens befasst. Sie räumt mit Vorurteilen gegenüber linker Militanz auf und präzisiert den Handlungsbedarf aus Perspektive der Demokratieforschung. Zum Abschluss des vom Bundesprogramm „Demokratie leben!“ geförderten Projekts versammelt die vorliegende Publikation aktuelle Erkenntnisse zu linker Militanz in Deutschland sowie Erfahrungen zum Umgang mit ihr.



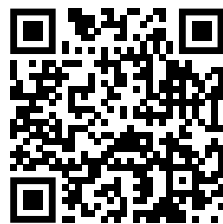
Die Beiträge widmen sich verschiedenen Analysefeldern – wie etwa Häuserkämpfen, Antifaschismus oder Klimaaktivismus – sowie szenetypischen Ausprägungen von Phänomenen wie Sexismus, Antisemitismus oder Radikalisierung. Zugleich werden Ansätze zum präventiv-pädagogischen Umgang mit linker Militanz vorgestellt und kontrovers diskutiert. Die im Band versammelten vielfältigen Beiträge aus Forschung und Praxis ermöglichen sowohl Wissenschaftler:innen als auch Fachkräften aus der politischen Bildung und Präventionsarbeit, sich thematisch fokussiert mit Herausforderungen und Handlungsmöglichkeiten im Umgang mit linker Militanz zu befassen.

Alle bisher erschienenen Studien finden Sie hier online:



**Fodex-Studien**

Abonnieren Sie uns kostenlos:



**Fodex-Abo**

# Impressum

**Verantw. i. S. d. nieders. Pressegesetzes:**

Prof. Dr. Simon Franzmann  
Institut für Demokratieforschung der  
Universität Göttingen  
Weender Landstraße 14  
37073 Göttingen  
Tel.: +49 551 39 1701-00  
Fax: +49 551 39 1701-01

**Chefredakteur:**

Philipp Scharf

**Herausgeber:**

Prof. Dr. Simon Franzmann (Wissenschaftlicher Leiter)  
Dr. Philipp Harfst (Projektmanager)  
Lino Klevesath (Stellvertretender Projektmanager)  
Philipp Scharf

**Lektorat:**

Philipp Scharf

**Layout und Gestaltung:**

Dr. Robert Lorenz

**Satz und Bildbearbeitung:**

Katja Töpfer

Die „Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen“ wird gefördert vom Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport.

**Schrift:**

Kanit Font, Cadson Demak [<http://cadsondemak.com/>], 2015, SIL Open Font License v1.10 [<https://openfontlicense.org/>]

**Rechte:**

Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International Lizenz.



© 2025 Universitätsverlag Göttingen  
<http://univerlag.uni-goettingen.de>

ISSN (Print) 2568-0641

ISSN (Online) 2748-0127

<https://doi.org/10.17875/gup2025-2818>

# FoDEx

Forschungs- und Dokumentationsstelle  
zur Analyse politischer und religiöser  
Extremismen in Niedersachsen

[www.fodex-online.de](http://www.fodex-online.de)

# If|Dem

Institut für | Demokratieforschung Göttingen

[www.ifdem.de](http://www.ifdem.de)